

ZWISCHENBERICHT ZUM GRUNDSATZPROGRAMM
FÜR DEN KONVENT AM 29./30. MÄRZ 2019

VERÄNDERUNG IN ZUVERSICHT

Mit diesem Bericht legen wir nach einem Jahr Grundsatzdebatte in der Partei einen ersten Zwischenstand vor. Er soll zur weiteren Diskussion anregen und Impulse für die zweite Phase des Grundsatzprogrammprozesses liefern. Sie soll bis Sommer 2020 in den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm münden.

INHALTSVERZEICHNIS

Veränderung in Zuversicht	5
Die Werte, die uns einen	8
Ökologie.....	8
Gerechtigkeit	9
Selbstbestimmung.....	10
Demokratie.....	11
Frieden.....	12
Bündnispartei: Gemeinsam in Vielfalt.....	12
Herausforderungen unserer Zeit	14
Zeit des Umbruchs, Zeit der Möglichkeiten.....	14
Der Mensch und der Mensch und der Mensch	14
Der Mensch in der vom Menschen gemachten Umwelt.....	16
Der Mensch in einer Welt in Unordnung.....	18
Der Mensch als Kapital oder das Kapital für die Menschen	19
Der Mensch und die Maschine oder der Mensch als Maschine.....	21
Zeit zum Anknüpfen.....	23
Antworten in Zeiten des Umbruchs	24
Grundsätze eines ökologischen Fortschritts	24
Die ökologische Moderne schaffen	24
Umweltschutz kennt keine Grenzen.....	24
Das Prinzip der Nachhaltigkeit muss politisches Handeln leiten.....	25
Neue Lebensräume und eine neue Landwirtschaft für Artenvielfalt	25
Qualitatives statt blindes Wachstum	26
Technologie als Lösung	27
Umkehrbarkeit als Prinzip der Verantwortung	27
Wirtschaft muss Teil der Lösung sein.....	27
Der Green New Deal entkoppelt Wachstum vom Ressourcenverbrauch.....	28
Teilen ist das neue Haben.....	28
Das System ändern, nicht den Menschen.....	29
Ordnungspolitik als Rahmen	29
Umweltpolitik sozial gerecht gestalten	30

Neue Chancen für Städte	31
Grundsätze einer gerechten und friedlichen Weltordnung	31
Von der Europäischen Union zur Föderalen Europäischen Republik	31
Subsidiarität und progressiver Regionalismus	33
Europa wächst mit verstärkter Zusammenarbeit	33
Die Europäische Union muss weltpolitikfähig werden	33
Eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion schaffen	34
Neue Bewegung für Abrüstung	36
Klimapolitik ist auch Sicherheitspolitik	36
Feministische Außenpolitik	37
Eine globale Flucht- und Migrationsordnung	38
Entwicklungs- und Handelspolitik als globale Strukturpolitik	39
Fairer und offener Welthandel	40
Ein Finanzsystem im Dienst der Menschen	41
Für eine Weltinnenpolitik mit den Vereinten Nationen	42
Strategische Bündnisfähigkeit für sozial-ökologische Machtpolitik	43
Grundsätze einer neuen Sozial- und Wirtschaftspolitik	44
Soziale Sicherung in der neuen Zeit	44
Teilhabe durch starke öffentliche Räume und Institutionen	45
Chancengleichheit durch Bildung	47
Gleiche Macht und gleiche Möglichkeiten für Frauen	48
Familien stärken	49
Ein Recht auf Wohnen	49
Gute Arbeit in der neuen Arbeitswelt	50
Ungleichheit verringern	51
Eigentum verpflichtet	53
Aufbruch in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft	53
Märkte und Wettbewerb für Gründergeist und Innovation	53
Natürliche Monopole in öffentliche Hand	54
Industriepolitik europäisch gestalten	55
Europäischer Rahmen für Wohlstand und Solidarität	56
Grundsätze für den technologischen Wandel	56
Ein europäischer Weg für den technologischen Wandel	56

Den technologischen Wandel demokratisch gestalten.....	57
Für einen feministischen technologischen Wandel	59
Neue Bildungskompetenzen fördern	59
Optimale Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung	61
Gesellschaftliche Debatten organisieren.....	62
Grundsätze einer vielfältigen Demokratie	63
Zusammen in der Demokratie der Vielen.....	63
Demokratie braucht Diskurs und Kompromiss	64
Eine demokratische Gesellschaft ist zwingend eine feministische.....	65
Inklusion: Vielfalt schließt alle ein.....	66
Demokratie lebt von ihren Voraussetzungen.....	66
Demokratie braucht öffentliche Räume und Institutionen	67
Repräsentation ist die Grundform demokratischer Verfahren.....	68
Demokratie braucht Bürgerbeteiligung	69
Rechtsstaatliche Institutionen schaffen Vertrauen	69
Für eine vorsorgende Sicherheitspolitik.....	70
Demokratie ist kein Geschenk, sondern eine Entscheidung.....	71
DANKE!	72

VERÄNDERUNG IN ZUVERSICHT

Vierzig Jahre nach Gründung der Grünen gibt sich unsere Partei zum vierten Mal ein neues Grundsatzprogramm. Das erste wurde 1980 beschlossen, um einer Vereinigung, die sich aus ganz unterschiedlichen politischen Richtungen und gesellschaftlichen Strömungen zusammensetzte, ein gemeinsames Wertekorsett zu geben. Das zweite diente dazu, aus BÜNDNIS 90 und den Grünen im Osten sowie den GRÜNEN im Westen 1993 eine Partei zu machen. Das dritte wurde 2002 verabschiedet, als wir uns in der ersten Regierung neu definieren mussten. Dieses Mal leitet uns eine andere Frage: Wie kann es in einer Zeit der rasanten, radikalen und existenziellen Veränderungen gelingen, den Generationen heute und nach uns ein Leben in Würde und Freiheit zu ermöglichen?

Wenn wir auf unsere Welt schauen und unsere Zeit betrachten, dann sehen wir großen Fortschritt und zugleich große Gefahren, unglaubliche Chancen und unleugbare Krisen. Die globale Erhitzung bedroht unsere Lebensgrundlagen, obwohl die Menschheit alle Mittel in den Händen hält, sie zu stoppen. In einer Welt, in der niemand mehr hungern müsste, hungern eine Milliarde Menschen. Digitaler Fortschritt nimmt uns gleichzeitig die Arbeit ab und die Arbeit weg, Technologie kann Leben retten und Wohlstand mehren, sie kann beides zerstören und den Begriff des Lebens selbst verändern. Die Welt wächst zusammen und driftet auseinander. Und dazwischen sind unendlich viele Facetten.

Wie schreibt man aber ein Programm für eine solch unübersichtliche Zeit? Indem man sich bewusst macht, dass unterschiedliche Wege in die Zukunft nicht nur möglich sind, sondern im Heute bereits angelegt. Und darüber, dass man selbst einen Wertekompass hat, der leitet und eint.

„Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit“ – so lautete der erste Satz des Grundsatzprogramms von 2002. Ein Satz wie ein Ausrufezeichen. Dieser Satz ist der bei allen Veränderungen und Entscheidungen geltende Grundsatz, von dem für uns alles ausgeht und an dem sich alles messen lassen muss.

Davon leitet sich der Schutz von Demokratie und Rechtsstaat ab. Und dies umso mehr, als die Demokratie und die offene Gesellschaft unter Druck geraten. Nur ein demokratischer Rechtsstaat schafft die Voraussetzungen dafür, dass der Mensch in Würde und Freiheit leben kann. Deswegen kommt uns heute eine neue Aufgabe zu, die uns nicht in die Wiege gelegt war, die aber umso wichtiger ist: die Verfassung mit ihren Menschen- und Grundrechten gegen Angriffe zu verteidigen.

In einer demokratisch verfassten Gesellschaft kann es gelingen, auf die extremen Veränderungen zu antworten und sie zu gestalten. Denn ihr Wesen ist Veränderung, sie muss sich stellen, permanent Annahmen und Regeln hinterfragen und sie kann lernen.

Die Auseinandersetzungen unserer Zeit sind ein Indikator, dass wir eine lernende Demokratie sind: Wir sind mittendrin, Regeln und Gemeinsamkeiten für eine vielfältige Gesellschaft neu zu definieren. Politischer Streit ist anstrengend, aber die Voraussetzung für neue Lösungen. Dieses Verständnis einer vielfältigen Debattenkultur ist ein Ja zur offenen Gesellschaft.

Als eine politische Partei, die basisdemokratisch ist und einem offenen demokratischen Prinzip folgt, stehen wir ganz besonders in der Pflicht. Wir sind mehr als ein Korrektiv oder Anstoß. Unsere Politik ist beseelt davon, unseren Kindern und Enkelkindern eine bessere Welt zu hinterlassen, in der auch sie sich frei entfalten und entwickeln können.

Was 1980 eine Außenseiterposition war, sich 1993 mit der Bündnis-Tradition der friedlichen Revolution vereinte und 2002 Impulsgeber einer sich reformierenden Republik war, steht heute im Zentrum der politischen Auseinandersetzung.

Um Vertrauen in unsere Demokratie, um Halt und Orientierung zu geben, braucht es politische Antworten, die so groß sind wie die Probleme unserer Zeit. Um die ökologischen Krisen zu überwinden, müssen wir den Aufbruch in eine ökologische Moderne schaffen. Angesichts der Globalisierung und der Übermacht von Konzernen und der vermeintlichen Ohnmacht von nationaler Politik müssen wir die Marktwirtschaft neu fassen – sozial und ökologisch; die planetaren Grenzen geben den Rahmen vor. Die Wirtschaft soll den Menschen dienen. Ungleichheit wollen wir abbauen. Und um in der komplexen Welt handlungsfähig zu sein und ein freies, würdevolles Leben zu ermöglichen, gilt es, die Europäische Union zu einer *Föderalen Europäischen Republik* weiterzuentwickeln – als einen Raum der Freiheit, der Demokratie und des Rechts, der sozialen Sicherheit und der wirtschaftlichen Prosperität. Die Institutionen des Staates müssen wir durch zivilgesellschaftliches Engagement stärken und wir wollen weiter am Frieden arbeiten. Wir wollen die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern in allen Lebensbereichen vollenden. Frauenrechte sind der Gradmesser für den Stand der Demokratie: Dort wo Frauenrechte beschnitten werden, folgt die Beschneidung von Bürgerrechten. Dort wo Gleichberechtigung gelebt wird, steigt auch die Freiheit.

Dafür arbeiten wir als optimistische, gestaltende gesellschaftliche Kraft im 21. Jahrhundert, für die Breite der Gesellschaft. Wir stehen auf dem Fundament, das aus der Arbeit und dem Engagement der Vielen in den letzten vierzig Jahren gegossen wurde. Sie haben unsere Gesellschaft verändert. Diese Wandlungs- und Fortschrittsfähigkeit ist uns Ermutigung, dass auch die Zukunft gelingen kann. Der zum Teil heftige politische Streit ist so gesehen Zeichen dafür, wie viel Veränderung schon stattgefunden hat, wie sehr Politik die Welt verändern kann.

In einer vielfältigen, immer komplexeren Gesellschaft demokratische Mehrheiten zu organisieren, funktioniert aber unter anderen Bedingungen und anderen Regeln als in einer geschlossenen und homogenen. Die großen Identitätsstifter der Nachkriegszeit, Kirchen, Volksparteien, öffentlich-Rechtlicher Rundfunk, Familie, Firma, haben an Bedeutung verloren oder sich stark verändert. Menschen und Milieus sind dafür vielfältiger und freier geworden. Das schafft Verunsicherung einerseits, neue Möglichkeiten der Verbindungen, der Gemeinsamkeit und der weltweiten Impulse andererseits.

Wir wollen in einer solchen Gesellschaft dennoch zu politischen Verabredungen kommen und den Alltag gemeinsam gestalten. Die politischen und gesellschaftlichen Prozesse müssen so organisiert werden, dass wir Bürgerinnen und Bürger zwischen möglichst vielen Alternativen die jeweils beste wählen können, dass wir es voller Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des politischen Systems tun, mit Freude und Hoffnung gemeinsam etwas Neues zu gestalten, und das unter möglichst breiter Beteiligung und Teilnahme von vielen.

Dieses Herangehen hat in Deutschland ein Vorbild – den Herbst 1989, dessen Geist leider nur kurz andauerte und schnell in den etablierten Ritualen aufging, der aber im Namen unserer Partei fortlebt: Politik als Bündnis zu verstehen. In einem Bündnis zu arbeiten, bedeutet, die Unterschiedlichkeit der Menschen und ihre Andersheit anzuerkennen, sich immer wieder in den anderen hineinzusetzen und dennoch gemeinsam entlang von Werten und Zielen zusammenzuarbeiten. Das umreißt die Aufgabe politischer Parteien im 21. Jahrhundert.

Um den Faden unserer eigenen Geschichte in Ostdeutschland wieder aufzunehmen, vierzig Jahre nach der Gründung unserer Partei im Westen und dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR, bündeln wir diese Kraft für die heutigen Aufgaben: gemeinsam, trotz aller Unterschiede, für Würde und Freiheit zu streiten. Diese Fähigkeit wollen wir als Auftrag nehmen und sie in die Zukunft wenden, statt an sie nur historisch zu erinnern. Wir werden immer wieder die Kraft und die Offenheit brauchen, neue Bündnisse für gemeinsame Ziele zu schmieden. Das ist in einer lebendigen, sich immer wieder verändernden Gesellschaft der Vielen die bleibende und immer neue Aufgabe. Deshalb begreifen wir die Bündnisfähigkeit als dauerhaften Auftrag und uns als Bündnispartei.

Wir sind voller Zuversicht, dass wir die kommenden Aufgaben meistern und bestehen werden. Genauso, wie der Mensch die Macht hat, die Welt zu zerstören, hat er auch die Macht, sie zu einem friedlichen und lebenswerten, sicheren und freien Ort für alle zu machen. Unsere Zukunft fällt nicht vom Himmel. Wir haben sie in der Hand. Zuversicht schafft Vertrauen. Nehmen wir unser Schicksal in die eigene Hand, wenden wir die Dinge zum Besseren.

DIE WERTE, DIE UNS EINEN

- (1) Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und Freiheit. Jeder Mensch ist einzigartig und frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.
- (2) Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden. Dieses Fundament bildet für uns die Grundlage für eine solidarische Gesellschaft, in der sich die Freiheit der und des Einzelnen auch in der Achtung der Würde und Freiheit anderer entfaltet.
- (3) Diese Werte ergänzen sich nicht nur, sie stehen mitunter auch im Widerstreit. Werteorientierte Politik braucht also Diskurs, Streit, Gestaltung und Erneuerung – um das zu bewahren und zu verteidigen, worauf sie beruht. Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine Widersprüche. Eine demokratische Gesellschaft realisiert sich weder in Werte- oder Regellosigkeit noch in starren Dogmen, sondern indem das Verhältnis der Werte zueinander ausverhandelt wird. Dieses demokratische Vorgehen ist grundlegende Voraussetzung für die Legitimität von Politik.
- (4) Unsere Politik gestaltet die Realität im Heute für das Morgen sowie im Bewusstsein für das Gestern. Ohne Woher kein Wohin. Wir blicken nach vorne, indem wir die geglückten Erfahrungen ebenso im Blick haben wie die Katastrophen und verpassten Chancen. Als Europäer*innen handeln wir im Bewusstsein globaler Verantwortung auf Grundlage der Bürger- und Menschenrechte, wie sie sich in Deutschland im Grundgesetz manifestieren. Die Lehren aus den Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Verpflichtung.
- (5) Unsere Politik richtet sich an alle Bürger*innen. Wir verstehen uns als Bündnispartei, die sich nicht an der Summe einzelner Interessen orientiert, sondern permanent an einer gelebten Gemeinsamkeit arbeitet.

Ökologie

- (6) Die Umwelt des Menschen zu schützen und zu erhalten, ist Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Würde. Ohne sauberes Wasser und saubere Luft, ohne Artenvielfalt und fruchtbare Böden ist Leben in Freiheit und Würde sowie in Gleichheit nicht möglich. Eine Politik, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur Selbstbestimmung für uns und künftige Generationen. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sind nicht nur und noch nicht einmal zuallererst um der Natur selbst willen geboten, sondern um unser Leben als Menschheit in einem vollen Sinn zu bewahren. Die Natur braucht uns nicht. Wir brauchen sie. Wir haben nur diese eine Erde, in ihrer Schönheit und natürlichen Vielfalt.
- (7) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Denn wenn wir durch unser Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie Artenvielfalt, Klimaerhitzung oder Meeresversauerung überschreiten, sind die Stabilität unseres Ökosystems und die Lebensgrundlagen der Menschen gefährdet. Es ist unsere Aufgabe, uns

durch technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt so nachhaltig weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und nicht immer weiter zerstören.

- (8) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Künftige Generationen haben ein Recht auf Handlungsspielräume und Entscheidungsfreiheiten.
- (9) Unter der Zerstörung der Natur leiden diejenigen früher und am stärksten, die dazu am wenigsten beitragen und ihr am wenigsten entgehen können. Wo reiche Menschen sich noch teilweise anpassen können, spüren andere die Folgen mit brutaler Härte. Umweltschutz muss soziale Gerechtigkeit immer miteinbeziehen.
- (10) Eine nachhaltige Wirtschaftsweise erhöht Wohlstand und Lebensqualität. Die Umstellung unserer Wirtschaft und unserer Lebensweisen erfordert Investitionen im Heute, die solidarisch finanziert sind.
- (11) Wir denken Ökologie global. Keine Gesellschaft darf sich dauerhaft auf Kosten anderer bereichern. Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet ein Recht aller Menschen auf Entwicklung und Teilhabe. Globale Umweltgerechtigkeit nimmt die historische Verantwortung der Industriestaaten für die Zerstörung der globalen Umwelt in den Blick. Deshalb sind wir in der Pflicht, diejenigen zu unterstützen, die schon heute stark von Umweltzerstörungen betroffen sind und das in Zukunft noch stärker sein werden.

Gerechtigkeit

- (12) Die Würde und die Freiheit des Menschen werden in einer gerechten und solidarischen Gesellschaft verwirklicht. Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerechtigkeit heißt für uns gleiche Freiheit für alle. Soziale Gerechtigkeit braucht einen starken Sozialstaat, der nicht nur materielle Sicherheit und Teilhabe gewährleistet und Menschen vor Armut schützt, sondern über starke öffentliche Räume und Institutionen auch die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, glückliches Leben schafft.
- (13) Eine gerechte Gesellschaft gibt jedem Menschen gleiche Chancen und ermöglicht, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das setzt starke öffentliche Räume und Institutionen voraus wie gute Schulen, Schwimmbäder, Bibliotheken oder Theater, aber auch einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, Internetversorgung für alle sowie gute Krankenhäuser und gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land.
- (14) Eine Gesellschaft ist dann sozial, wenn ihr Wohlstand gerecht verteilt wird. Unregulierter Kapitalismus produziert Ungleichheit und Machtkonzentration. Zu große Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und damit schlussendlich auch die Demokratie. Aufgabe von Politik ist es, durch Regeln und Steuern Ungleichheit zu reduzieren und einen Ausgleich zu schaffen. Vermögen bringt eine soziale Verpflichtung mit sich, allen Menschen die Verwirklichung gleicher Rechte zu ermöglichen.

- (15) Alle Menschen sollen unabhängig vom Geschlecht an der Gesellschaft teilhaben können. Gerechtigkeit bedeutet, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen, Zugang zu Bildung, Eigentum und Zeit gleich zwischen den Geschlechtern verteilt sind.
- (16) Eine gerechte Gesellschaft basiert auf einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, die Raum für Innovation und Fortschritt schafft. Es braucht gemeinsame Regeln, die die freien Kräfte des Marktes begrenzen, um die Konzentration von Macht, Einfluss und Reichtum in Kartellen und Oligopolen zu verhindern. Diese gemeinsamen Regeln verhandeln wir als Gesellschaft demokratisch – und pochen auf ihre Einhaltung. Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft trägt dazu bei, dass Menschen sich verwirklichen können, Informationen effektiv genutzt werden, Wohlstand zum Wohle aller entsteht und die Versorgung mit Gütern gewährleistet ist.
- (17) Um globale Gerechtigkeit zu erreichen, soll auch das Weltwirtschaftssystem ein sozial-ökologisches werden, das nach demokratischen Regeln organisiert ist, auf der Grundlage von Kooperation und Solidarität.

Selbstbestimmung

- (18) Selbst über das eigene Leben und den eigenen Körper bestimmen zu können, macht die Würde und Freiheit eines Menschen aus. Politik hat die Aufgabe, diese zu ermöglichen und zu schützen, indem sie Unterschiede anerkennt sowie undemokratische und damit ungerechtfertigte Herrschaft verhindert. Voraussetzung für Selbstbestimmung, Freiheit und eine freie Entfaltung ist eine Gesellschaft, in der weder das Geschlecht noch die ethnische Zuordnung oder die Herkunft und der soziale Status, die Religion, das Alter, die körperliche Verfassung oder die sexuelle Orientierung einen Einfluss darauf hat, wer dazugehört und wer nicht. Freiheit muss gesellschaftlich aktiv ermöglicht werden.
- (19) Selbstbestimmtes Leben ist auf soziale, rechtliche, demokratische und ökologische Voraussetzungen angewiesen, sonst bleibt es das Privileg weniger. Freie Entfaltung braucht Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Informationelle Selbstbestimmung und informationstechnische Sicherheit sind im digitalen Zeitalter zu garantieren.
- (20) Wirtschaftliche Freiheit ist Teil eines selbstbestimmten Lebens. Die Freiheit, Verträge zu schließen, den Beruf zu wählen, ein Gewerbe oder Unternehmen zu gründen, gehört ebenso dazu wie das Recht, in einer Gewerkschaft für gute Arbeitsbedingungen und Löhne zu kämpfen. Auch die Eigentumsfreiheit ist zu gewährleisten, wird aber durch die soziale Verpflichtung und Gemeinwohlorientierung begrenzt.
- (21) Freiheit ist immer auch eine Herausforderung an Individuen und Gesellschaft, ist riskant und verlangt allen etwas ab. Freiheit und Selbstbestimmung finden ihre Grenze dort, wo sie anderen Menschen und zukünftigen Generationen genommen werden. Nur demokratische Verfahren können die Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung legitimieren.
- (22) Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist Grundsatz unserer Politik. Patriarchale Strukturen bringen Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen hervor. Eine selbstbestimmte Gesellschaft braucht Feminismus. Wir schreiben als Teil der feministischen Bewegung die Emanzipation fort. Gesellschaftlich vorgegebene Rollenzwänge wollen wir überwinden.

Mädchen und Frauen haben ein Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper und ihr Leben.

Demokratie

- (23) In der Demokratie regieren sich die Bürgerinnen und Bürger in Würde und Freiheit selbst. In der Demokratie eignen sich die Menschen ihre Zukunft gemeinsam an und verwandeln äußeres Geschehen in gemeinsame Entscheidungen. Eine vielfältige Demokratie braucht Einmischung, Repräsentanz, Lust zur Auseinandersetzung und Kompromissfähigkeit. Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe aller ist die politische Gleichheit der Menschen, die durch Bürger- und Menschenrechte garantiert wird. Demokratie braucht Freiheit und ist zugleich an soziale Voraussetzungen gebunden.
- (24) Gewaltenteilung und ein starker Rechtsstaat tragen eine demokratische Gesellschaft. Sie gewährleisten das Austarieren der verschiedenen Interessen, den Respekt für und den Schutz von Minderheiten und die Durchsetzung der Rechte aller. Der Rechtsstaat verankert das Gewaltmonopol des Staates und hegt es ein. Entscheidungswege und Verfahren müssen öffentlich nachvollziehbar sein, ebenso jede Art von Einflussnahme – etwa durch Unternehmen, Lobbyisten oder andere Staaten. Demokratie entwickelt sich immer weiter. Sie steht nie still.
- (25) Wir stehen für eine inklusive, vielfältige Demokratie, zu der alle Menschen gleichberechtigten Zugang haben und so politische Gerechtigkeit gesichert ist. In einer immer diverser werdenden Gesellschaft sehen wir die Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen und Gleichberechtigung zu schaffen. Demokratie lebt von der Bereitschaft zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung, von der Bereitschaft zur klaren Orientierung, ebenso wie von der Bereitschaft zum Kompromiss. Ein Auseinanderfallen der Gesellschaft in Partikularinteressen und Vereinzelung höhlt den demokratischen Konsens aus.
- (26) Die Demokratie ist erst dann verwirklicht, wenn Frauen und Männern gleichberechtigte Gestaltungs- und Entscheidungsmacht zukommt, denn die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Öffentliche Institutionen sollen ihre Strukturen geschlechtergerecht gestalten.
- (27) Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Sie braucht eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürgerbeteiligung, freie Medien sowie Bildungseinrichtungen, die den demokratischen Meinungsstreit lehren. Demokratie ist fundamental angewiesen auf intakte Formen der Repräsentation und direkter Bürgerbeteiligung, die die unterschiedlichen Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess einbringen. Deshalb braucht Demokratie klar erkennbare Parteien mit gebündelten Programmen und Haltungen, die sich der öffentlichen Debatte stellen.
- (28) Die europäische Integration ist für uns konstitutiv, denn sie kann demokratische Souveränität in Zeiten der Globalisierung bewahren. Die Europäische Union wollen wir weiterentwickeln zu einer Föderalen Europäischen Republik.

Frieden

- (29) Gelebte Freiheit und garantierte Würde benötigen Frieden. Das Zusammenleben der Menschen fußt auf der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei und friedlich zu lösen und die Menschenrechte aller zu wahren. Wir setzen auf die Mittel der Politik, die dem Geist der Kooperation entsprechen.
- (30) Würde, Freiheit und Gleichheit prägen sich aus in der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte. Die verbrieften Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar – weder gegenüber machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen noch gegenüber einem kulturellen Relativismus. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Dies zu gewährleisten ist Selbstverpflichtung nationaler und internationaler Politik. Wir stehen zur Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen und Völkermord im Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen.
- (31) Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung physischer Gewalt, Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von Interessen und die Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft und europäische Einigung sind die Möglichkeiten, um globale Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes steht, zu bewältigen.
- (32) Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Verwirklichung von Frauenrechten, der Schutz vor geschlechtsspezifischer Verfolgung und Diskriminierung und eine aktive Mädchen- und Frauenförderung in allen Bereichen sollen die internationale Politik leiten.
- (33) Das vereinigte Europa ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Die Europäische Union hat Frieden zwischen den Mitgliedstaaten stabil verankert sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit über ihre Grenzen hinaus gefördert.
- (34) Selbstbestimmung, Solidarität und Nachhaltigkeit erfordern ein globales Denken und Handeln. Humanitäre Verantwortung und internationale Solidarität bestimmen unser politisches Handeln. Unser Ziel sind eine weltweite Ordnung und internationale Institutionen, die das Recht auf Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sichern, Armut verringern, den gleichberechtigten Zugang zu globalen Gemeingütern ermöglichen, Demokratie fördern, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Minderheitengruppen garantieren und das Klima schützen, wie in den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen vereinbart.

Bündnispartei: Gemeinsam in Vielfalt

- (35) Als Bündnispartei einen und verbinden uns die beschriebenen Grundwerte, sie stehen gleichberechtigt nebeneinander. Wir sind aus vielfältigen Wurzeln zusammengewachsen, sie liegen in der Öko- und Anti-Atom-Bewegung, der Frauen- und Bürgerrechtsbewegung, der Lesben-, Schwulen-, Eine-Welt- und Friedensbewegung sowie der Freiheitsbewegung der friedlichen Revolution. Und wir entwickeln uns seit nunmehr vierzig Jahren stetig weiter – neue Menschen, neue Milieus sowie neue Perspektiven und Interessen kommen hinzu und

geben unseren Werten und Zielen Kraft. Das gilt für unsere Mitglieder, für unsere Wähler*innen, aber auch für die vielen Menschen, die sich für gemeinsame Anliegen gesellschaftlich einsetzen – aus Initiativen und Bewegungen, Vereinen und Institutionen, Gewerkschaften und Unternehmen. Vielfalt ist ein Gewinn und die Vielfalt unserer Partei ist unsere Stärke.

HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT

Zeit des Umbruchs, Zeit der Möglichkeiten

Wir leben in einer Welt des immer schnelleren Wandels. Vieles geschieht gleichzeitig, vieles ist widersprüchlich, vieles scheint möglich. Es gibt enorme gesellschaftliche Entwicklungs- und Fortschrittspotenziale, die ein besseres Leben, wachsenden Wohlstand, stärkere Gleichberechtigung und weitere Freiheit verheißen. Quer dazu stehen düstere Szenarien sich verschärfender und sich bedingender Krisen. Die ökologischen Krisen – Erderhitzung, Artensterben, der Kampf um Ressourcen – gehen Hand in Hand mit wachsender Ungleichheit, der Krise der liberalen Demokratien und einem neuen drohenden Wettrüsten. Es gibt große Chancen und riesige Gefahren zugleich.

Wenn wir als politische Partei gesellschaftliche Antworten für diese Zeit geben wollen, müssen wir den Blick für die unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten, die in unserer Gegenwart angelegt sind, schärfen. Wir müssen auseinanderziehen, was ineinander verwoben ist. Damit deutlich wird, an welchen Strängen wir anknüpfen wollen, um die großen Probleme zu lösen. Entsprechend beleuchten wir im Folgenden die spezifischen Herausforderungen mit Hilfe von zwei Perspektiven: dem Einerseits und dem Andererseits. Wir wissen, wie sehr sich die Dinge gegenseitig bedingen und zusammenhängen, aber wir wissen auch, was wir schaffen können, wenn wir auf die Zuversicht vertrauen. Denn es ist die Zeit der Möglichkeiten.

Der Mensch und der Mensch und der Mensch

Die Welt ist demokratischer und freier geworden, das ist eine beispiellose, wenn auch lange nicht vollendete Erfolgsgeschichte. Weltweit aber stehen die Errungenschaften der Emanzipation unter Druck. Es braucht neue Antworten für die vielfältige Demokratie.

Einerseits: Liberale Demokratie, Gleichberechtigung und offene Gesellschaft stehen unter Druck. In vielen osteuropäischen Nachbarländern, in denen die Menschen erst vor kurzer Zeit für Freiheit und Gerechtigkeit ihr Leben riskierten, genauso wie etwa in den ältesten Demokratien der Moderne – England und den USA – oder auch in unserem Land. Menschen verlieren das Vertrauen in die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Institutionen des Staates, hadern mit „der Politik“, sehen autoritäre Staatsformen als Vorbild und machen die Schwächsten zu Sündenböcken. Ihnen ist die offene Gesellschaft mit ihrer Komplexität eine Bedrohung. Sie glauben nicht mehr ohne weiteres daran, dass demokratische Regeln dazu taugen, die Probleme zu lösen.

Derzeit erleben wir ein Missverhältnis zwischen Beteiligungsmöglichkeiten und tatsächlicher demokratischer Macht. Politische Gerechtigkeit, die allen dieselbe Chance zur Mitbestimmung ermöglicht, ist in Teilen ausgehebelt. Ökonomisch gut ausgestattete Interessen und Lobbygruppen haben großen Einfluss, ökonomisch schwache Interessen geringen. Doch das andauernde gleichberechtigte Ausverhandeln zwischen den Interessen, das Ausgleichen ihrer

Stärke und der gleiche Zugang für alle machen den Sinn und Wert von Freiheit aus. Demokratie ist die Voraussetzung zur Lösung, nicht die Ursache der Probleme.

Aber gerade dieser offene und demokratische Willensbildungsprozess ist auch die Achillesferse von demokratischen Gesellschaften. Und er ist von ihren Gegnern ausgemacht worden. Sie versuchen, Meinungen zu manipulieren, das politische Klima aufzupeitschen, Wahlen zu beeinflussen und Demokratien zu destabilisieren. Kontrolle und Manipulation erfolgen durch das Internet und im Internet, digitale Überwachung und Zensur werden ausgeübt. Besonders zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Journalist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Blogger*innen, werden zunehmend Opfer von staatlicher Einschränkung ihrer Arbeit bis hin zur Bedrohung ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit und ihres Lebens. Und der zivilisatorische Firnis ist dünn. Darunter lauern Rassismus und Homophobie, Antisemitismus und Hass gegen alles Fremde. Minderheiten wie Muslim*innen, Jüdinnen und Juden, queere Menschen, Sinti und Roma oder Menschen mit Behinderung haben wieder Angst, Flüchtlinge und ihre Helfer werden kriminalisiert – in unserem Land, in ganz Europa. Die Ideologie der Ungleichheit ist vielerorts wieder salonfähig.

Mit dem Versprechen des „Back“ und „Again“, des Früher-war-alles-Besser, können heute Wahlen gewonnen werden. Wir erleben aggressive Machos, die ihre Frauenfeindlichkeit und ihren Sexismus stolz vor sich hertragen. Ein neuer Nationalismus erstarkt, Eigennutz sticht vielerorts Gemeinwohl. Rechtsextreme Netzwerke organisieren sich und schüren Gewalt, rechtspopulistische Parteien verbreiten ihre Parolen in Parlamenten. Internationale Solidarität gerät in die Krise. Europa, das große, unvergleichliche Friedensprojekt, droht zu zerbrechen. Aber das nationalistische Versprechen gaukelt eine falsche Sicherheit vor, dass es wieder wird, wie es nie war. Wir sehen mit Sorge die Sorgen derjenigen, die bedroht werden oder sich verloren fühlen. Wir wollen durch unsere Politik Menschen Halt und Vertrauen geben, Schutz und Zusammenhalt. Wir sind davon überzeugt, dass die Antworten der Vergangenheit nicht genügen, um die Zukunft zu gestalten. Die vielfältige Demokratie braucht neue.

Andererseits: Seit dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat die Zahl der Menschen, die in Demokratien leben, deutlich zugenommen. Sie können frei wählen, die Gesetze ihrer Dörfer, Städte, Länder mitgestalten, über die Bedingungen ihres Lebens mitbestimmen und ihr Leben in weiten Teilen selbstbestimmt gestalten. Ihre Rechte und Freiheiten sind in zahlreichen Ländern festgeschrieben.

Viele haben gelernt, unterschiedliche Lebensentwürfe und Vielfalt zu respektieren. Frauen haben in Europa die gleichen Rechte und werden Abgeordnete, Parteivorsitzende, Ministerinnen oder Bundeskanzlerin. Frauen dürfen Frauen heiraten und Männer Männer, ein drittes Geschlecht ist rechtlich anerkannt und Deutschland ist längst ein Einwanderungsland, in dem das Zusammenleben funktioniert. Die wirtschaftliche Entwicklung, mit der vor allem Bildungschancen einhergehen, hat in vielen Ländern relativen Wohlstand geschaffen. Politik muss sich weltweit an Werten wie Toleranz, Gleichheit, Meinungsfreiheit oder Menschenrechten messen lassen. Und in Regionen, in denen diese nicht verwirklicht sind, begehren Menschen auf und gehen auf die Straße. Sie verlangen nach Freiheit, sozialer Absicherung und ihrem Recht.

Organisationen wie die internationalen Wirtschafts-, Finanz- oder Umweltorganisationen bis hin zu den Vereinten Nationen haben mehr Kooperation in die Weltpolitik gebracht. Durch internationale Zusammenarbeit wurden Grundlagen für globale Fortschritte gelegt – von den Menschenrechten über internationale Arbeitsnormen bis hin zum globalen Migrationspakt oder dem Pariser Klimaschutzabkommen. In dieser Tradition der gesellschaftlichen Emanzipation setzen wir uns in vielfältigen Bündnissen mit der Zivilgesellschaft für die offene Gesellschaft und die vielfältige Demokratie ein.

Der Mensch in der vom Menschen gemachten Umwelt

Seitdem Menschen sich aufgemacht haben, die Natur zu beherrschen, formen und überformen sie diese. Wir leben im Anthropozän, dem Zeitalter des Menschen, in dem der Mensch in der Lage ist, die natürlichen Lebensgrundlagen nach seinem Willen zu verändern. Damit sind ökologische Fragen immer politisch. Weil wir Menschen die ökologischen Grundlagen verändern und weil wir zugleich nicht ohne diese leben können, stellt sich die Frage nach dem politischen Handeln umso mehr.

Einerseits: Die ökologischen Krisen verschärfen sich von Tag zu Tag. Je weiter sie voranschreiten, desto mehr Freiheit büßen wir ein – als Individuen ebenso wie als Gesellschaften. Auch Wohlstand und Gerechtigkeit sind bedroht. Das Wirtschaftssystem wendet sich heute gegen die Prinzipien, die es einst ermöglichten.

Bereits jetzt sind grundlegende Veränderungen auf dieser Erde in Gang gesetzt. Die Belastungen für die Menschen und die Natur sind massiv – durch die Erhitzung des Klimas, das Aussterben der Arten, die exzessive Übernutzung von Land und Boden und die vom Menschen eingebrachten Mengen an Stickstoff und Phosphor in die Umwelt. Die globale Durchschnittstemperatur hat sich seit Beginn der Industrialisierung um mehr als ein Grad Celsius erhöht. Das ewige Eis ist längst nicht mehr ewig, es schmilzt und lässt den Meeresspiegel steigen. Regenwälder, Moore und Permafrostböden, die bisher Treibhausgase aus der Atmosphäre gebunden und den Planeten gekühlt haben, drohen zerstört zu werden und verloren zu gehen. Dadurch werden diese Entwicklungen sprunghaft und noch schwerer zu beherrschen. Ozeane, Land, Lebewesen und Atmosphäre stehen als natürliche Systeme in direkter Wechselwirkung zueinander. Werden ihre jeweiligen Belastungsgrenzen überschritten, droht die ökologische Katastrophe. Die gerechte Teilhabe an unseren Lebensgrundlagen wird so unmöglich. Umweltschutz bedeutet daher immer Menschenschutz.

Am stärksten treffen die Folgen die armen und ärmsten Regionen der Welt, die am wenigsten zur ökologischen Krise der Erderhitzung beigetragen haben und auf deren Kosten westlicher Wohlstand häufig erzielt wurde. Gerade Mädchen und Frauen verlieren infolge der Klimakrise dort, wo ihr Lebensunterhalt von der Bedarfswirtschaft abhängig ist, die Chance auf Bildung, eine fair bezahlte Arbeit oder auf Teilhabe am politischen Leben.

Andererseits: Die Umweltbewegung hat bewiesen: Wir können positive Veränderungen erzielen. Der Himmel über Bitterfeld ist wieder klar. Die Zahl der Seeadler und Schwarzstörche steigt. Im Rhein schwimmen wieder Lachse. Mit dem Verbot von FCKW ist es gelungen, die Zerstörung der Ozonschicht aufzuhalten. Auch beim Waldsterben gab es eine Kehrtwende. Der Atomausstieg in Deutschland ist beschlossene Sache, der Einstieg in den Kohleausstieg auf dem Weg. Durch den Einsatz so vieler Menschen sind Umwelt und Ökologie weltweit in den Vordergrund und in das Bewusstsein der Menschen gerückt. Die Bewegung für Umwelt- und Klimaschutz ist so stark und global vernetzt wie nie. Gerade die junge Generation fordert lautstark ihr Recht auf eine lebenswerte Zukunft ein.

Doch die Herausforderungen von heute sind umfassender und größer als das Ozonloch, das Abwasser oder tote Tannen. Inmitten der ökologischen Krisen leben acht, absehbar bald zehn Milliarden Menschen. Sie brauchen Platz und Wohnraum, bauen Städte, Straßen, Schienen und Industrien, Staudämme und Energienetze, sie müssen ernährt werden und wollen sich ernähren, sich weiterentwickeln, sich bilden, nach einem besseren Leben streben. Die Aufgabe besteht nicht nur darin, dass der reiche Norden seine Industriegesellschaft und seine Wirtschaftsweise umkrempeln muss, sondern dass Menschen in weniger reichen Regionen ihre Rechte, die wir selbst so selbstverständlich in Anspruch nehmen, auch verwirklichen können. Ihnen diese abzusprechen, nachdem die Industrialisierung schon auf ihre Kosten ging, wäre der Gipfel westlicher Hybris.

In den letzten Jahrzehnten haben wir bereits große ökologische Fortschritte erzielt. Wesentlich durch neues Ordnungsrecht, etwa Verbote von Giftstoffen, durch Grenzwerte und Kontrollen, aber auch durch Förderungen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das wesentlich die Erneuerbaren zur Marktreife entwickelt hat. Im Zusammenspiel mit neuen Rahmen- und Regelsetzungen bringt die Marktwirtschaft ökologische Innovationen hervor und kann uns helfen, den ökologischen Krisenentwicklungen entgegenzusteuern. Wir haben weder ein Defizit an Erkenntnis noch an Möglichkeiten, sondern es fehlen die Handlungen, die Umsetzung ökologisch vernünftiger Politik.

Nachdem die fossile Moderne den westlichen Wohlstand der letzten Jahrhunderte aus Kohle und Öl geschaffen hat, besteht unsere Aufgabe nun darin, eine ökologische Moderne der erneuerbaren Ressourcen zu schaffen, die den kommenden Generationen in allen Regionen der Welt ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Wenn wir das Klima schützen, dann schützen wir nicht nur den Eisbären. Wir schützen damit auch ein menschliches Leben in Würde und Freiheit.

Der Mensch in einer Welt in Unordnung

Konflikte verschärfen sich weltweit, die Globalisierung vertieft die Spaltung, obwohl sie insgesamt den Wohlstand erhöht. Aber die Dimension der Probleme kann dazu führen, dass neue Formen der internationalen Zusammenarbeit entstehen. Technik, Wissenschaft und Bildung können das Leben besser machen.

Einerseits: Die Weltordnung befindet sich in einem dramatischen Wandel, die USA ziehen sich als Ordnungsmacht zurück, ein neues atomares Wettrüsten droht, autoritäre Regime gehen Bündnisse quer zu den alten Machtallianzen ein. Wir erleben eine sich vertiefende Krise der Durchsetzung internationalen Rechts, die Solidarität unter den Demokratien ist brüchig geworden. Entscheidungen werden zunehmend von informellen Clubs gefällt, von Anführer*innen per Handschlag besiegelt. Mit jedem nationalen Rückzug aus bestehenden Abkommen und mit jedem Völkerrechtsbruch wird die multilaterale Kooperation geschwächt. Neue Weltmächte befinden sich in aggressiver Konkurrenz zueinander.

Der dringend notwendige Abschied von Öl, Kohle und Gas kann zusätzlich zu neuen geopolitischen Verwerfungen führen. Wie werden Öl- und Gas-Exportnationen ihren Wohlstand sichern, wenn ihnen niemand mehr ihre Rohstoffe abkauft? Je mehr Regionen klimabedingt nicht mehr bewohn- und bewirtschaftbar sein werden, desto schärfer werden globale Konflikte, die multiple Krisen auslösen können. Für das Jahr 2050 werden 100 bis 150 Millionen Menschen auf der Flucht prognostiziert – allein aufgrund der Klimakrise, wenn sie ungebremsst fortschreitet. Es ist absehbar, dass das Frauen und Kinder überproportional stark treffen wird. Sie haben noch immer im Durchschnitt weniger sozioökonomische Macht als Männer und sind stärker von Armut und Gewalt bedroht.

Eine unregulierte, einseitig auf Gewinnmaximierung getrimmte Globalisierung verteilt ihre Profite ungleich und schafft Verlierer*innen – innerhalb von Gesellschaften, aber auch zwischen ganzen Weltregionen. Es entsteht eine neue Spaltung zwischen den Armen und Reichen, den globalen Mittelklassen und den globalen Eliten, genauso wie zwischen den Regionen. Von vielen wird Globalisierung deshalb als Bedrohung erlebt. Im Zeichen des Standortwettbewerbs werden erkämpfte Bürger-, Umwelt- und Arbeitsrechte „Handelshemmnisse“ genannt. Und wirtschaftliche Vorteile gewinnt man nur durch niedrige Löhne, Steuerdumping, Auslagerung sozialer und ökologischer Kosten. Konzerne sind manchmal mächtiger als Staaten und internationale Konzerne entziehen sich der politischen Kontrolle, der politischen Regulierung und Besteuerung. Gerade autoritäre Staaten bauen Staatskonzerne auf, deren Macht und Einfluss unmittelbar politisch ist. Daten als der „Rohstoff“ digitaler Wirtschaft werden durch ihren Gebrauch mehr. Dadurch haben die zentralen und zentralistischen Monopole einen Informations- und Manipulationsvorteil. Nutzen sie ihn, droht das politische System der Rechte und Freiheiten und der menschlichen Würde nachgerade überrollt zu werden.

Andererseits: Die moderne Welt ist eine, in der Grenzen immer wieder überschritten werden. Und das buchstäblich. Da der Umgang mit den weltweiten Migrationsbewegungen den einzelnen Nationalstaat überfordert, braucht es internationale Partnerschaft. Die Unsicherheit,

wie eine Welt in der Klimakrise aussehen und wie sich ein stabiles System der Sicherheit nach dem Ende der Öl- und Gas-Geopolitik ausnehmen wird, lässt Staaten vernünftigerweise zu neuer Kooperation aufbrechen. Große internationale Verträge wie das Pariser Klimaabkommen wurden unter dem Dach der Vereinten Nationen geschlossen. Eine Bewegung gegen das neue nukleare Wettrüsten oder gegen neue Kriege kann möglicherweise zu neuen Abrüstungsvereinbarungen oder einer neuen Form von Sicherheitsvereinbarungen, vielleicht sogar zu neuen Formen von multilateralen Institutionen führen.

Die Welt wird für viele tatsächlich Schritt für Schritt besser. Die Globalisierung hat insgesamt den Wohlstand erhöht und die Armut reduziert. Gerade wir in Deutschland profitieren überdurchschnittlich von ihr. Der wirtschaftliche Austausch kann einen wichtigen Beitrag zum Frieden leisten. Er bindet zusammen, denn Handel braucht Offenheit und Verlässlichkeit. Eine Reihe von Ländern haben zu den entwickelten Industrienationen aufgeschlossen, Gesundheit und Lebenserwartung sowie Bildungsgrad steigen. Der Anteil der Menschen in extremer Armut hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr als halbiert, heute sind weltweit fast alle Kinder geimpft, die Mehrheit der Mädchen geht zur Schule und die meisten Menschen haben Zugang zu Elektrizität.

Wissen ist auf dem Planeten nahezu unbegrenzt verfügbar, Menschen können im Kommunikationszeitalter direkt, unmittelbar und global miteinander in Austausch treten und neue Formen der Zusammenarbeit etablieren. Neue Formen der Gleichheit entstehen, zwischen den Geschlechtern, Ethnien, Regionen. In einigen Regionen bekommen Kinder so erstmals Zugang zu weiterführender Bildung. Gerade Frauen bringen weltweit große Kraft und viel Ressourcen im Kampf um gleiche Rechte und den Erhalt einer vielfältigen Demokratie ein. Technik und Wissenschaft tragen schon heute dazu bei, das Leben vieler zu verbessern. Wo steht geschrieben, dass die Globalisierung primär Konzerninteressen und Machtakkumulationen dienen muss? Wir wollen die Globalisierung gerecht gestalten und so das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit stärken.

Der Mensch als Kapital oder das Kapital für die Menschen

Auch wenn Deutschland und die westlichen Gesellschaften reich sind, nimmt die Ungleichheit zu, das Vertrauen in das Aufstiegsversprechen schwindet. Allerdings trägt das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft die Voraussetzungen für Antworten in sich.

Einerseits: Global gesehen sind die westlichen Gesellschaften und ist gerade Deutschland reich. Doch auch in den reichen Gesellschaften verstärkt sich Ungleichheit immer weiter. Frauen sind ökonomisch und sozial noch immer nicht voll gleichberechtigt, sie werden im Vergleich mit Männern schlechter bezahlt, sind schlechter abgesichert und haben geringere Aufstiegschancen, auch weil sie den Löwenanteil von unbezahlter Erziehung und Pflege übernehmen, ohne die kein Wohlstand gewonnen werden kann. Das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, alle am Wohlstand teilhaben zu lassen, ist blockiert. Dass die Mittelschicht die Mehrheit stellt, ist nicht

mehr sicher. Frustration und Abstiegsängste nehmen zu. Erodieren die Mittelschicht, gerät Demokratie unter Druck.

Armut verfestigt sich seit Jahren, ein fast feudaler Reichtum entsteht. Das Verhältnis zwischen Leistung, die belohnt wird, und leistungslosen Vorteilen wird immer stärker zu Gunsten derjenigen verschoben, die durch Erbschaft oder Vermögen eh schon Startvorteile haben. Die Finanzwirtschaft hat sich in Teilen von der Realwirtschaft entkoppelt und spekuliert auf Kosten der Allgemeinheit. Das hat Anfang des Jahrhunderts zu einer gewaltigen weltweiten Finanzkrise geführt, die überall auf der Welt Verunsicherung, harte Einschnitte und große Einbußen hervorgebracht hat. Manche Staaten, auch in Europa, blickten in einen Abgrund. Dennoch ist auf unseren Finanzmärkten und in unserem Wirtschaftssystem weiterhin enorm viel Geld vorhanden, aber zu wenig davon steht den Staaten für gemeinwohlorientierte Investitionen zur Verfügung oder wird zukunftsfähig investiert. Das höhlt Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Demokratie aus.

Viele Arbeitsverhältnisse sind unsicher geworden, die Tarifbindung nimmt ab. In den letzten Jahren ist ein großer Niedriglohnsektor entstanden. Viele Menschen arbeiten Vollzeit, sind aber trotzdem arm. Die Institutionen unseres Zusammenlebens, die Kitas und Schulen, die Bahnhöfe, Bibliotheken, Pflegeheime und Krankenhäuser, sind zu häufig in einem schlechten Zustand, die Arbeitsbedingungen in ihnen auch.

Während die einen Wohnraum erben, müssen die anderen große Teile ihres Einkommens für eine Miete ausgeben, die vielerorts kaum mehr erschwinglich ist. Der Generationenvertrag gerät ins Wanken. Hinzu kommt das Wissen um die massiven Veränderungen, die auf uns zukommen. Jobs werden wegfallen, neue zu anderen Bedingungen entstehen, Lohn- wie Arbeitszeitnormen werden unter Druck geraten. Aufgrund fehlender politischer Leitplanken fehlen die Mittel und Innovationen zu einer sozial-ökologischen Modernisierung der Wirtschaft, was hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet. Ungesteuert könnte die vierte industrielle Revolution zu ähnlichen sozialen Verwerfungen führen wie ihre historischen Vorgängerinnen.

Andererseits: Es ist aber möglich, Entwicklung zu steuern: Die Wirtschaftsordnung Deutschlands mit ihrem Mix aus Marktwirtschaft und sozialer Orientierung, aus Privateigentum und gesellschaftlicher Verpflichtung, aus unternehmerischer Freiheit und einem starken Sozialstaat trägt schon in sich die Voraussetzungen für einen sozial und ökologisch gerechten Wohlstand. Unser Land ist wohlhabend und gemessen an anderen Ländern haben wir einen funktionierenden Sozialstaat. Heute studieren fünfmal so viele Menschen wie noch vor fünfzig Jahren. Die deutsche Wirtschaft ist stark und leistungsfähig, mit einem hochentwickelten Industriesektor, einem breiten Mittelstand und einer im Großen und Ganzen funktionierenden Sozialpartnerschaft. Der Sozialstaat hat sich als Stärke erwiesen, von der öffentlichen Sparkasse über die gesetzliche Rentenversicherung, die öffentlich finanzierte Bildung bis hin zu einem leistungsfähigen Gesundheitssystem, das den Zugang zu medizinischen Leistungen unabhängig von der Höhe der Krankenversicherungsbeiträge ermöglicht.

Die Europäische Union ist zum Freiheitsraum geworden. Wir können als Bürgerinnen und Bürger innerhalb des Kontinents ohne Pass reisen, studieren, arbeiten. Das bedeutet für viele enorme

Zugewinne an Lebensqualität und Freiheit, und für Unternehmen einen riesigen Vorteil, der Arbeitsplätze sichert.

Der gesellschaftliche Wohlstand ist von Menschen und Unternehmen erwirtschaftet worden in einem Rahmen, der die Freiheit auf dem Markt mit sozialem Ausgleich zusammenbringen will. Der Leistungsanreiz des Wettbewerbs und der Ausgleich durch den Sozialstaat sind sich bedingende Pole. Entlang dieser Pole müssen wir den Kompass neu eichen und ihn mit Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit aufladen. Es ist möglich, unsere Wirtschafts- und Sozialordnung sozialer und demokratischer zu gestalten und Umweltschutz und Arbeitsplätze zusammenzubringen. Es ist möglich, die Marktwirtschaft sozial-ökologisch neu zu begründen. Dies unter den neuen Bedingungen zu schaffen und durch die richtige Rahmensetzung gesellschaftliche Möglichkeiten für ein Leben in Würde und Freiheit optimal auszuschöpfen, das ist die Aufgabe.

Der Mensch und die Maschine oder der Mensch als Maschine

Die massive technische Umwälzung wird sich durch alle Lebensbereiche ziehen. Allgegenwärtige Überwachung und Manipulation scheinen möglich, die Unterscheidbarkeit von Mensch und Maschine wird immer geringer. Technik ist aber genauso ein Schlüssel, um Probleme zu lösen, Krisen einzudämmen und das Leben besser zu machen.

Einerseits: Die technologische Entwicklung verläuft rasant und sprunghaft: die industrielle Revolution, die Ertragssteigerung in der Landwirtschaft und der erste Schub der Computertechnik vom Mikroprozessor bis zum Smartphone, die Leistungsfähigkeit von erneuerbaren Energien und Batterien – der jeweils nächste Schub vollzog sich schneller als der vorherige. Auch jetzt spricht viel dafür, dass die Geschwindigkeit noch einmal zunimmt. Beschleunigte und vernetzte Informationstechnologie, künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen, revolutionäre Entwicklungen in der Biotechnologie – fast nichts scheint unmöglich. Damit gehen große gesellschaftliche Veränderungen einher.

In der durchdigitalisierten Welt sind Unmengen an persönlichsten Daten verfügbar. Sie sind der Rohstoff für große, monopolistische Konzerne und ein Informationsschatz für staatliche Behörden. Allgegenwärtige Überwachung, Kontrolle und Manipulation des Individuums sind plötzlich möglich. Algorithmen, die Menschen immer genauer auslesen und die Gesellschaft in immer kleinere Kategorien unterteilen – nach Geschlecht, Aussehen, Herkunft, Freundeskreis, Verhalten und prognostiziertem Verhalten –, stellen das Konzept von der verfassungsrechtlich garantierten Gleichheit in Frage. Und wenn die Zukunft vor allem von Menschen programmiert wird, die dieselbe Perspektive auf die Welt teilen, dann schließt das einen großen Teil der Gesellschaft aus und die Diskriminierungen der analogen Welt reproduzieren sich im Digitalen, gerade auch mit Blick auf das Geschlecht.

Die Grenze, die Menschen von Maschinen unterscheidet, wird immer weiter verschoben. Sie war einmal durch die Fähigkeit markiert, Schach zu spielen, dann kreativ zu sein, dann zu sprechen, dann Gefühle zu haben. Heute hat ein Schachweltmeister gegen künstliche Intelligenz keine

Chance, komponieren Programme Choräle im Stil von Johann Sebastian Bach, imitieren Navigationssysteme und Home-Boxes menschliche Sprache und übersetzen Handys für uns während des Urlaubs die Fremdsprache. Durch die Kombination von künstlicher Intelligenz und Biotechnologie wird das Leben verlängert, gar an der Unsterblichkeit geforscht, ewiges Glück in virtuellen Welten simuliert und direkt und immer präziser in das Leben eingegriffen. Mensch und Natur werden so immer weiter optimiert und perfektioniert. Mensch und Maschine verschmelzen. Kann sein, dass wir unsere Körper manipulieren und Leben verlängern können. Aber selbst wenn das anzustreben wäre, es werden sich dies nicht alle leisten können. Und auch die digitale Welt wird immense Auslagerungen haben, vom schmutzigen Rohstoffabbau in Afrika oder Asien bis hin zu gedrückten Löhnen bei uns sowie einem gigantischen CO₂-Ausstoß. Die Welt droht durch die Digitalisierung noch ungleicher zu werden.

Andererseits: Der technologische Wandel lässt Hoffnungen wachsen, dass wir mit technischem, medizinischem und sozialem Fortschritt die planetaren Krisen, vor denen wir heute stehen, überwinden können. Wissenschaftliche Neugierde und Innovationskraft können der Motor sein, um ökologische, soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen. Denn Fortschritt bedeutet für uns jede Entwicklung, die das Leben für die Menschen besser macht, ohne dabei die Natur zu zerstören.

Smarte Städte mit autonomem Verkehr, Mobilität für alle, aber emissionsfrei, eine Energie, die sich aus unendlichen, weil erneuerbaren Rohstoffquellen speist, die intelligent gespeichert wird und jederzeit die Versorgung gewährleistet, eine effiziente, präzise Landwirtschaft, die zehn Milliarden Menschen ernährt und Arten, Umwelt, Gewässer und Tiere schützt – all das kann eben auch durch Technik möglich werden. Digitale Vernetzung und globale Logistik verbinden uns und tragen zu Wohlstand bei. Prozesse jeder Art können effizienter und präziser werden. Und warum sollen Jobs, die Menschen nicht machen wollen, nicht einfach wegfallen? Uns von monotonen Routineaufgaben zu entlasten, uns mehr selbstbestimmte, freie Zeit zu geben, mehr Zeit für das Zwischenmenschliche gerade in den sozialen Berufen und gleichzeitig die Produktivität zu erhöhen und unseren Umweltverbrauch zu verringern, würde den technischen Fortschritt für die Menschen zum großen Vorteil machen.

Die Fortschrittsgeschichte der letzten Jahrhunderte, die fortschreitende Aufklärung des Menschen über Mikro- und Makrokosmos ist zwar auch eine Geschichte nicht gewollter und nicht erwünschter Nebenfolgen. Wissen wurde zum Machtinstrument, Aufklärung zur Herrschafts- und Unterwerfungstechnik und ein Mehr an Freiheit und Lebensqualität ging oft mit massiven ökologischen Schäden und sozialen Verwerfungen einher. Aber darüber ist das Wissen gewachsen. Wissenschaftsethik und Technikfolgenabschätzung helfen, Chancen und Risiken neuer Technologien auszugleichen und verantwortliche Entscheidungen zu treffen.

Das ist es, worauf es ankommen wird. Wir haben als Gesellschaft die Pflicht und Aufgabe, uns darüber zu verständigen, welche Entwicklungen wir wollen. Wir können den Fortschritt qualifizieren: Technik muss dem Menschen dienen, ihm Freiheiten, Selbstbestimmungs- und Entwicklungsmöglichkeiten sowie Sicherheit geben und dabei seine Würde bewahren. Das ist unser Maßstab für den Fortschritt, und entlang dessen ist es Aufgabe der Politik, den Rahmen zu

setzen und den Weg zu ebnen, um den Krisen mit technologischem Wandel zu begegnen – voller Ideenreichtum, Kreativität und Innovationskraft.

Zeit zum Anknüpfen

Einerseits, andererseits, dazwischen viele Schattierungen. In diesem Raum der Alternativen liegt das Politische. Technik ist nicht gut oder schlecht an sich, sie ist eine Möglichkeit, die wir nutzen können oder auch verwerfen. Die Natur und das Klima sagen uns nicht, was zu tun ist. Wir müssen die Entscheidungen politisch treffen. Und nicht zu entscheiden, sich nicht einzumischen, bedeutet, dass andere andere Entscheidungen treffen. Auch die Demokratie ist nicht alternativlos. Aber die Alternativen sind schlechter. Wenn es gelingt, uns auf die hoffnungsvollen Ansätze einzulassen, dann kann die Demokratie gestärkt aus ihrer Krise hervorgehen, um dem Menschen ein Leben in Würde, Gleichheit und Freiheit zu ermöglichen. Auf die Frage, wie das gelingen kann, wollen wir Antworten skizzieren.

ANTWORTEN IN ZEITEN DES UMBRUCHS

Grundsätze eines ökologischen Fortschritts

Die ökologische Moderne schaffen

Wir können die ökologischen Krisen aufhalten. Es mangelt weder an Erkenntnissen noch an Optionen. Es mangelt an einer Politik, die die Ursachen und Treiber der ökologischen Krisen energisch angeht, ökologischen Fortschritt fördert und Umweltzerstörern den Kampf ansagt. Wir wollen das fossile Zeitalter überwinden und eine **ökologische Moderne** schaffen, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und den gegenwärtigen und kommenden Generationen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen.

Unser Ziel ist ein **emissionsfreies Europa**. Dafür braucht es eine **sozial-ökologische Marktwirtschaft**, in der die **Energie zu 100 Prozent** aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird, **Rohstoffkreisläufe** vollständig geschlossen sind und im Kreislauf der Wiederverwertung ein „**Upcycling**“ vorgenommen wird. Wir wollen den **Verlust an Artenvielfalt begrenzen**, denn er ist so dramatisch wie die Klimakrise. Statt die Industrialisierung der Landwirtschaft und die immer intensivere Ausbeutung der Meere voranzutreiben, arbeiten wir an einer **ressourcenschonenden, naturverträglichen und tiergerechten Produktions- und Ernährungsweise**, die die natürlichen Systeme nicht übernutzt. Wir wollen künftig in **Städten mit sauberer Luft** und in **Dörfern mit guter Anbindung an Bus und Bahn** leben.

Umweltschutz kennt keine Grenzen

Weil Klimaerhitzung und Umweltzerstörung nicht an nationalen Grenzen haltmachen, kann die ökologische Moderne nur global gelingen. Auch deshalb ist – in einem ersten Schritt – eine Umwelt- und Klimapolitik auf europäischer Ebene entscheidend. Das Klimaabkommen von Paris hat den Handlungsrahmen für die kommenden Jahrzehnte festgelegt.

Die **Notwendigkeit europäischer und globaler Vereinbarungen** ist auf das vielfältige regionale und nationale Engagement für das Klima oder gegen das Artensterben angewiesen. Dabei hilft, dass die globale Bewegung für Umwelt- und Klimaschutz immer stärker wird. Sie unterstützt dabei, die ökologischen Krisen zu meistern – zumal das Engagement der Bürgerinnen und Bürger dazu beiträgt, politische Mehrheiten zu schaffen.

Mögliche Blockaden auf internationaler Ebene sind für uns kein Argument, um im eigenen Land, in der eigenen Region nicht auch ehrgeizig voranzugehen – zumal eine historische Verantwortung gegenüber den weniger entwickelten Ländern besteht. Die Industriestaaten haben schon heute viel mehr CO₂ ausgestoßen, als weniger entwickelte Staaten jeweils ausstoßen werden. Zugleich treffen die Auswirkungen der Klimakrise die ärmsten Länder zuerst. **Umweltgerechtigkeit** ist ein Handlungsauftrag für uns.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit muss politisches Handeln leiten

Das *Prinzip der Nachhaltigkeit* wollen wir zur Leitlinie politischen Handelns machen. Nachhaltigkeit ist ein sehr altes und mittlerweile weltweit durch die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, die „Sustainable Development Goals“, durchdekliniertes Konzept. Danach dürfen wir die natürlichen Ressourcen nur in dem Maße nutzen, wie sie sich wieder erneuern können. Nachhaltigkeit streng verstanden ist ein übergeordneter Maßstab für Wirtschaftsweisen, Technologien und auch für den privaten Verbrauch und Konsum. Die entscheidende Frage, an der wir unsere Politik ausrichten wollen, ist deshalb: Lässt die Art des Wirtschaftens, der technologischen Entwicklung und des Konsums es zu – wenn alle danach leben würden, und das über viele Generationen –, dass sich alle Ressourcen in ausreichendem Maße erneuern?

Schritt für Schritt wollen wir für all unsere Ressourcenverbräuche und industriellen Kernbereiche, für unsere Konsummuster, Lebensstile und Technologien diese Frage mit „Ja“ beantworten können. Konkret bedeutet das: Alle politischen Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob ihre Folgen mit der *Einhaltung der planetaren Grenzen* vereinbar sind.

Nachhaltigkeit bedeutet „Enkeltauglichkeit“ und das heißt, dass kommende Generationen überall auf unserer Erde Zugang zu Ressourcen, Handlungsspielräume und Wahlfreiheit für ihr Leben haben. Nachhaltigkeit entscheidet darüber, in welchem Ausmaß wir heute in unsere natürlichen Systeme eingreifen dürfen. Nachhaltigkeit bedeutet auch, innerstädtisch etwa durch Aufstockung auf Wohnhäusern, Dachgeschossausbauten oder die Schließung offener Baulücken zu verdichten, anstatt immer mehr Flächen vor den Toren der Stadt zu versiegeln. Daran richten wir unser politisches Handeln in der Gegenwart aus. Nachhaltigkeit bedeutet auch Geschlechtergerechtigkeit. Ökologische Maßnahmen gewinnen an Nachhaltigkeit, wenn sie von Frauen mitgestaltet werden. Denn nur so werden ihre spezifischen Erfahrungswelten eingebracht und mitgedacht.

Neue Lebensräume und eine neue Landwirtschaft für Artenvielfalt

Die biologische Vielfalt sichert unser Leben auf dem Planeten. Sie liefert unsere Nahrung, sorgt für sauberes Wasser und saubere Luft. Aber seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Tier- und Pflanzenarten, die auf der Roten Liste stehen, weil sie vom Aussterben bedroht sind, mehr als verdoppelt. Die Stimmen der Wissenschaftler*innen im Weltbiodiversitätsrat, die Roten Listen und auch die planetaren Grenzen müssen als *„Barometer des Lebens“* der Gradmesser für politische Handlungsleitlinien werden.

Haupttreiber für die gigantische und rasante Ausrottung von Lebewesen ist der Verlust von Lebensräumen durch die Expansion von Nutzflächen – sei es für die Land- oder Forstwirtschaft, für Infrastruktur, menschliche Siedlungen oder Großprojekte wie Staudämme und Bergbau.

Die industrielle Landwirtschaft funktioniert nach dem Prinzip „Wachse oder weiche!“. Konventionelle Landwirt*innen sind gezwungen, immer günstiger und immer intensiver zu produzieren oder den Betrieb aufzugeben. Das führt zu immer weniger und immer größeren Betrieben, einer Übernutzung der Böden, dem Verlust von Arten, der Eutrophierung von Flüssen und Meeren und des Grundwassers.

Unser Ziel ist es, den Schutz und die nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zusammenzubringen. Wir wollen eine *Landwirtschaft, die mit der Natur und*

nicht gegen sie arbeitet. Schutzgebiete und der ökologische Landbau sichern die Artenvielfalt und leisten Umweltschutz. Wir brauchen mehr Gegenden, die frei von jeglicher Nutzung sind, sowohl an Land als auch im Meer. Deshalb lassen wir wieder mehr Wildnis zu und schaffen Urwälder von morgen. Aber nur Schutzkulissenausweitung wird die ökologische Krise nicht beenden. Unser Ziel ist, auch die konventionelle Landwirtschaft nachhaltig auszurichten und zu ökologisieren. Das bedeutet, dass wir die Landwirtschaft flächendeckend natur-, umwelt- und klimafreundlich gestalten müssen. Bei vielen Einzelschritten wird uns die Digitalisierung helfen können, um messbare Verbesserungen für Um-welt-, Natur-, Klima- und Tierschutz zu ermöglichen. Wir wollen der Natur und Umwelt einen Wert geben und den Landwirten die Chance eröffnen, aus den engen Produktionszwängen herauszukommen. Dafür sollen die europäischen Agrarzahungen qualifiziert werden. So schaffen wir eine **Nachfrage nach Umwelt- und Artenschutz.**

Tiere haben Rechte. Die Tiere, die wir halten, um sie zu töten und zu essen oder um ihre Produkte zu nutzen, sollen nicht einfach zu Rohstofflieferanten degradiert werden, sondern artgerecht gehalten werden.

Qualitatives statt blindes Wachstum

Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben innerhalb der planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir einen neuen Wohlstandsbegriff und müssen die Abwälzung sozialer und ökologischer Kosten auf weniger entwickelte Länder beenden. Höhere Bildung, neue Erkenntnisse, neue Erfindungen schaffen immer auch neue wirtschaftliche Betätigungen. Und in einer verflochtenen Weltwirtschaft kann gegenseitiger Austausch Wohlstand und Teilhabe für alle schaffen, wenn er fair organisiert ist. Das war er in der Vergangenheit nicht und er ist es auch derzeit noch nicht. Deshalb muss das Prinzip der Nachhaltigkeit auch in unserer Beziehung zu den Menschen in den weniger entwickelten Ländern wirksam werden.

Wir brauchen ein anderes Wachstumsverständnis und **eine andere Form, Wohlstand zu messen.** Dafür müssen wir die ökologische Blindheit der Marktwirtschaft überwinden. Unser heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft stetig wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es verschärfen sich gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen miteinander im Konflikt.

Unser Ziel ist deshalb, **Wachstum vom Ressourcenverbrauch** und die **Lebensqualität von der Wegwerfgesellschaft** zu **entkoppeln.** Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand und Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und ökologischen Schäden unseres Wirtschaftens. Folgen wir ihm weiterhin blindlings, führt er uns nur tiefer in die ökologischen Krisen. Für diese zweite Entkoppelung braucht es eine andere Form der Wohlstandsmessung. Wir wollen einen **umfassenden Wohlstandsindikator** etablieren, der ökologische, soziale und qualitative Merkmale unseres Wohlstandes erfasst. Dieser Indikator darf auch nicht länger ignorieren, dass die Fürsorge- und Versorgungsarbeit wesentlich zur Wohlstandserbringung beiträgt und er muss dabei auch vor allem die Arbeit mit in den Blick nehmen, die unbezahlt im privaten Bereich und zumeist von Frauen erbracht wird.

Technologie als Lösung

Wir sehen im technischen Fortschritt eine Chance, dass Menschen der Armut entkommen und in die globale Mittelschicht vorstoßen können. Es gilt daher, **nachhaltige Technologien**, eine **umweltgerechte Nahrungsmittelproduktion** und **klimatechnische Mobilität** viel konsequenter zu fördern. Denn bald zehn Milliarden Menschen werden nicht durch Verzichtsappelle zu erreichen sein. So war das Erneuerbare-Energien-Gesetz vielleicht die wirksamste Entwicklungshilfe, die Deutschland je geleistet hat. Heute steht Energie aus Wind und Sonne der Welt zu günstigen Preisen zu Verfügung. Das letzte Jahrzehnt hat zu einer exponentiellen Entwicklung von Energieerzeugung durch Wind- und Solaranlagen geführt – und dazu, dass viele Menschen erstmals Strom haben. Die Transportkapazität und die Speicherfähigkeit von Strom haben ebenfalls massive Fortschritte gemacht. In den nächsten zwei Jahrzehnten wird es darum gehen, diese Techniken überall und ausschließlich einzuführen. Denn nachdem das Erneuerbare-Energien-Gesetz für die Einführung der Erneuerbaren zentral war, wird es für die Phase der Marktdurchdringung darum gehen, ein **neues Marktdesign** zu etablieren, das sich an den Erneuerbaren als Hauptenergieträgern ausrichtet. Darüber hinaus gilt es, die enormen weiteren technologischen Potenziale zu heben, die insbesondere in der Digitalisierung für Ressourceneffizienz und sparsamen Energieverbrauch schlummern. Um qualifiziert abwägen und entscheiden zu können, brauchen wir Forschung. Nicht nur Forschung an Technologien, sondern auch Forschung zu ihren Risiken und Auswirkungen.

Umkehrbarkeit als Prinzip der Verantwortung

Die ökologischen Krisen zu bewältigen, ist eine so drängende Aufgabe, dass keine Lösung von vornherein ausgeschlossen werden darf. Die Entscheidung über die beste Alternative soll in einem grundsätzlich technologieoffenen Markt bei Wahrung des Gedankens der Nachhaltigkeit fallen. Gleichzeitig entbindet die Dringlichkeit der ökologischen Krisen uns nicht davon, genau hinzuschauen und mögliche Risiken und Konsequenzen im Blick zu haben, wie etwa bei der Atomenergie, deren Gefahren und lange Strahlung jedes verantwortbare Maß menschlicher Verantwortung überschreiten, oder bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen. Das gilt auch für technische Maßnahmen des „Geoengineering“, mit denen in die biogeochemischen Prozesse der Erde eingegriffen werden soll, etwa indem Meere gedüngt oder Schwefelaerosole in der Stratosphäre ausgebracht werden, um die Wolken aufzuhellen und die Sonneneinstrahlung zu reflektieren. Dem übergeordneten Ziel einer nachhaltigen Politik entspricht das nicht. Wir werden alle Optionen am **Vorsorgeprinzip** und dem **Prinzip der Umkehrbarkeit** messen: Was kurzfristig hilfreich erscheint, ist untauglich, wenn es in der Folge neue Probleme schafft. Was Folgen mit sich bringt, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können, ist nicht der richtige Weg, denn er nimmt zukünftigen Generationen die Freiheit.

Wirtschaft muss Teil der Lösung sein

Ökologische Politik und wirtschaftliche Prosperität sind keine Gegensätze. Wir wollen Wirtschaftsakteur*innen als Partner*innen, um die **ökologische Modernisierung** voranzutreiben. Zugleich ist die ökologische Modernisierung Vorbedingung dafür, dass Deutschland als Industriestandort erhalten bleibt, dass neue Märkte eröffnet werden und zukünftiger Wohlstand gesichert wird.

Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die Dynamik eines demokratischen Wettbewerbs nachhaltigen Wohlstand und innovative Problemlösungen schaffen können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die soziale Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für **ökologisches Wirtschaften**. Es braucht einen aktiven Staat, um endlich verbindliche Leitplanken zum Schutz von Klima und Umwelt im Sinne einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft zu setzen.

Dazu gehört, dass **Preise die ökologische Wahrheit sagen**, Wettbewerb nicht zu Lasten der natürlichen Lebensgrundlagen entsteht und sich dadurch nachhaltige Technologien und Produkte auf dem Markt durchsetzen. So werden Markt und Wettbewerb zu Treibern der ökologischen Modernisierung und **Suffizienz** kann erreicht werden, also ein möglichst geringer Energie- und Rohstoffverbrauch. Nur dann findet zukünftige Innovation auch in Europa statt. Markt und Ordnungsrecht gegeneinander zu stellen, ist falsch. Markt bedeutet, nach Regeln zu arbeiten. Und diese Regeln müssen neu gefasst werden. Und die oberste Maxime muss sein: Europa ist spätestens 2050 klimaneutral. Daran muss sich eine europäische Industriepolitik ebenso ausrichten wie die europäische Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik. Ohne konsequente Ordnungspolitik wird die ökologische Transformation nicht gelingen. Zugleich muss sie von einer **ökologischen Dynamik von unten** flankiert werden, die Hightech-Unternehmen und Öko-Bäuer*innen, Erfinder*innen und Investor*innen, Umweltverbände und Konsument*innen umfasst. Dann ist der klimaneutrale Hochofen ebenso möglich wie die autofreie Innenstadt.

Der Green New Deal entkoppelt Wachstum vom Ressourcenverbrauch

Wenn die genannten Bedingungen erfüllt sind, rechnen sich ökologische Maßnahmen auch ökonomisch, sind ökologische Produkte wettbewerbsfähig und am Markt erfolgreich. So schaffen wir die notwendige **Begrünung der Schlüsselindustrien** – darunter Automobil, Chemie und Maschinenbau – und sorgen damit für ihren Erhalt. Dann führen wir die Energiewende erfolgreich fort und steigen aus Kohle und fossilem Verbrennungsmotor aus. Dann schaffen wir eine vollständige **Kreislaufwirtschaft**, die keinen Müll mehr produziert, weil Rohstoffe wie Plastik, Metalle oder seltene Erden konsequent wiederverwertet, ja zum Teil zu höherwertigen Produkten upgecycelt werden. Dann gelingt es, dass die Kapitalströme auf den Finanzmärkten durch **Divestment** nicht mehr in Kohle, Öl und Gas, sondern in Solarparks und Green IT fließen. Die Prozesse, die zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft führen, wollen wir in einem **Green New Deal** verankern. Er soll die Investitionen und Innovationen unserer Zeit – öffentliche wie private – in die ökologische Modernisierung unserer fossilen Industriegesellschaft lenken und die sozialen wie globalen Externalisierungskosten reduzieren und beseitigen. Dafür braucht es vor allem auch massive Investitionen in Bildung und berufliche Qualifizierung.

Teilen ist das neue Haben

Die Entkoppelung von Wohlstand und Wachstum braucht **soziale Innovationen**. Privat organisieren sich bereits viele Menschen nach dem Motto „Teilen ist das neue Haben“ und

tauschen oftmals mit Hilfe digitaler Techniken und Plattformen Kleidung, statt sie wegzuerwerfen, organisieren sich in Formen der solidarischen Landwirtschaft oder nutzen das Auto gemeinsam. Das hat Potenzial und wir wollen eine Politik, die solche neuen Formen der Solidarität zumindest nicht erschwert oder verhindert. Viele Unternehmen wirtschaften bereits aus Überzeugung ökologisch, viele Verbraucher*innen kaufen umweltbewusst ein, viele Bürger*innen engagieren sich für Natur- und Klimaschutz. Diese Formen des Engagements und des Wirtschaftens sind Leuchtfener des ökologischen Wertewandels und verdienen hohe Anerkennung und Unterstützung.

Das System ändern, nicht den Menschen

So wichtig das Engagement Einzelner ist: Es reicht nicht aus, den Unternehmer*innen oder den Verbraucher*innen individuell die Verantwortung für die ökologische Modernisierung zu geben. Viele Instrumente für eine wirksame ökologische Politik setzen bei Strukturfragen und bei Institutionen an. Das Abwälzen von politisch notwendigen Entscheidungen allein auf eine Änderung des privaten Konsumverhaltens ist de facto eine Form der Privatisierung. **In einer Demokratie sind Bürger*innen der Souverän, nicht Konsument*innen.** Die neoliberale Haltung, wonach etwa die Bedingungen der industriellen Tierhaltung nicht verändert werden müssen, solange die Menschen beim Discounter Ökoprodukte kaufen können, verkennt die grundsätzliche Bedeutung von Politik. Denn sie muss Regeln schaffen, die weiter reichen als auch noch die besten Vorsätze im Privaten. Dafür ist Politik da: nicht den besseren Menschen schaffen, sondern bessere Regeln.

Ordnungspolitik als Rahmen

Es ist politische Aufgabe, Wettbewerb und Markt so zu strukturieren, dass sich jeweils die ökologischste Lösung als die beste und günstigste durchsetzt. Deswegen stehen wir für eine Umweltpolitik, die klare gesetzliche Vorgaben macht und ordnungspolitische Instrumente einsetzt. Toxische Stoffe wie FCKW, DDT oder Asbest wurden so verboten. Auch die gefährlichsten Pestizide oder Mikroplastik wollen wir untersagen. Andere, die in den natürlichen Stoffkreislauf eingebunden sind, wie etwa Nitrat oder Schwefel, wollen wir so regulieren und kontrollieren, dass sie ihren Nutzen entfalten können. Hier gibt es einen Vorrang des Ordnungsrechts.

Marktlösungen, bei denen ökologische Kosten in den Preisen abgebildet werden, sind immer dann sinnvoll, wenn vielfältig nach neuen Lösungen gesucht wird und neue Technologien entwickelt werden sollen. Das bedeutet: **Die umwelt- oder klimafreundlichere Alternative soll immer auch die günstigere Alternative sein.** Ein Beispiel dafür ist ein **Preis für CO₂**. Eine solche Bepreisung kann sehr breite Wirkung erzielen: Energieerzeugung, die dem Klima und der Umwelt schadet, wird sich damit ebenso wenig lohnen wie ein Verkehrssystem, das auf fossile Verbrennungsmotoren setzt.

Umweltpolitik sozial gerecht gestalten

Der ökologische Wandel steht manchmal kurzfristig im Widerspruch zu sozialen Fragen. Das Spannungsfeld ist uns bewusst. Zugleich leiden unter den ökologischen Auswirkungen, wie schmutzige Luft, verdorrte Böden, hochbelastetes Wasser, schon heute die Ärmsten am meisten – sei es bei uns im Land oder auch weltweit. Wir machen ökologische Politik wegen sozialer Gerechtigkeit.

Eine nachhaltige Politik muss die verschiedenen ökologischen und sozialen Herausforderungen zueinander in Bezug setzen. Sie muss die gesellschaftlichen Konflikte im Blick haben, die entstehen, wenn etwa Freiheiten von heute zu Gunsten zukünftiger Freiheit eingeschränkt werden. Oder hiesige Freiheit zu Gunsten der Freiheiten anderswo. Wir benennen diese Zielkonflikte offen. Nach unserer Überzeugung kann und wird der **sozial-ökologische Wandel nur demokratisch** gelingen, wenn wir es also schaffen, Bündnisse ausgehend von den Problemlagen und Zielen zu schmieden, Menschen von den notwendigen Veränderungen und Handlungskonsequenzen zu überzeugen und neue Wege mit ihnen zu vereinbaren. Die Wahrung der planetaren Grenzen dient einem Leben in Würde und Freiheit und Selbstbestimmung. Das Ziel darf nicht durch die Mittel konterkariert werden. Deshalb achten wir bei allen Maßnahmen auf **sozialen Ausgleich**. Dieser kann allerdings auch in anderen Politikfeldern wie der Bildungs-, Sozial- oder Steuerpolitik erfolgen. Entscheidend ist, dass die sozial-ökologische Transformation als eine Geschichte erweiterter gesellschaftlicher Teilhabe erlebt wird, dass sie zu einem Gewinn an Lebensqualität und Wohlstand führt. Ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit müssen zusammengedacht und zusammengebracht werden. Entsprechend dem obigen Beispiel wollen wir Einnahmen eines CO₂-Preises an alle Verbraucher*innen wieder auszahlen, etwa in Form von Rückerstattung oder einer Absenkung anderer Verbrauchskosten. Wir verteuern die Vergangenheit und machen die Zukunft günstiger.

Große Veränderungen schaffen bei vielen Menschen Unsicherheit und können nicht einfach verordnet werden. Entsprechend gilt es, auch diejenigen in den Prozess miteinzubeziehen, die durch den Wandel unter Druck geraten, sei es im Kohlekraftwerk oder am Autofließband. Ihnen ist am meisten damit gedient, den Umbau weg von den Fossilen früh und sachte zu beginnen – statt spät und abrupt. Der Aufbau von neuen Arbeitsplätzen geht oft mit dem Abbau alter einher. Und nicht immer findet ein Tausch in der gleichen Region statt. Deshalb muss der Strukturwandel in die sozial- ökologische Marktwirtschaft durch eine **aktive Regionalpolitik** und **Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** begleitet werden. Der Staat muss private Investitionen ankurbeln, massiv in die Infrastruktur investieren und steht als großer Arbeitgeber in der Pflicht, Regionen, die durch den Wandel negativ betroffen sind, mit neuen Jobs zu helfen, etwa indem er in öffentliche Infrastrukturen und Institutionen investiert. Doch nicht alle Menschen können oder wollen dorthin umziehen, wo neue Jobs entstehen. Damit nicht überfüllten Großstädten ein verödeter ländlicher Raum gegenübersteht, muss das **Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse** neue Kraft entfalten. Digitalisierung und Share Economy bieten dafür neue Möglichkeiten.

Neue Chancen für Städte

Im urbanen Raum wird sich entscheiden, ob und wie erfolgreich wir den großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen. Die menschengemachte Erderhitzung müssen wir sehr schnell begrenzen und uns an ihre Folgen anpassen – ohne das an Menschenwürde orientierte Leitbild unserer Stadtgesellschaften und unsere demokratischen Strukturen zu gefährden. Damit ergeben sich gerade in den Städten Verteilungsfragen in besonderer Intensität, sei es mit Blick auf gesunde Lebensumstände, auf Nutzungsrechte für begrenzte Flächen, auf die Frage von Teilhabe und wirtschaftlichem Wohlstand. Mit einer an Nachhaltigkeit und den Klimazielen ausgerichteten Politik können wir die Lebensqualität in urbanen Räumen verbessern. Denn Städte sind voller Lösungen: alternative Möglichkeiten der Mobilität, kurze Wege, große Effizienzpotenziale, hohe Veränderungsbereitschaft, dynamische Unternehmen und vieles andere mehr. Sie bieten die Grundlage für einen ökologischen und gerechten Umbau. Mit einer Ausweitung und Qualitätsverbesserung für den öffentlichen, den Fuß- und den Radverkehr bei gleichzeitig massivem Rückgang des motorisierten Individualverkehrs bis hin zu **autofreien Innenstädten**, dem Umstieg auf **emissionsfreie Antriebe** und der Vernetzung der Verkehrsträger schaffen wir eine sichere und saubere Mobilität und gleichzeitig mehr Freiheit. Durch mehr Mobilität bei weniger Autoverkehr ermöglichen wir mehr Flächen für Wohnen, städtisches Leben, Stadtgrün und Erholung und ersetzen das überholte Leitbild der autogerechten durch die **lebenswerte Stadt**. Dazu gehört auch eine gute Vernetzung mit den umliegenden ländlichen Räumen, die flächendeckend und bezahlbar an den öffentlichen Nachverkehr angebunden werden müssen. Wenn wir auf unseren Dächern Sonnenstrom erzeugen, unsere Gebäude besser dämmen und die vielfältigen klimafreundlichen Wärmequellen gemeinsam nutzen, schaffen wir die Voraussetzung für die nötige Verbindung von erneuerbarer Energieerzeugung, sauberer Mobilität und klimaneutralem Heizen. Unser Ziel ist die **Null-Emissionen-Stadt**.

Grundsätze einer gerechten und friedlichen Weltordnung

Von der Europäischen Union zur Föderalen Europäischen Republik

Eine an Frieden und globale Gerechtigkeit orientierte Politik ist heute so notwendig wie selten, doch die multilateralen Institutionen sind stark unter Druck. Die Situation erfordert eine Politik, die sich traut, global zu denken, wenn andere lieber die Augen verschließen und sich allmächtige Nationalstaaten zurückwünschen, die es nie gegeben hat. Angesichts einer global zunehmenden Politik nach dem Recht des Stärkeren braucht es Bündnisse all derer, die weiter an die Stärke des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben. Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert ein **starkes Europa**, das sich seiner Verantwortung in der Welt bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Denn die großen Menschheitsprobleme werden sich nicht hinter nationalen Mauern lösen lassen.

Die Europäische Union ist eines der bemerkenswertesten Friedensprojekte der Geschichte. Souveräne Staaten haben freiwillig Hoheitsrechte abgetreten. Das gab es so zuvor noch nie. Die

EU hat unserem vernarrten Kontinent eine bisher beispiellose Phase des Friedens und der Sicherheit gebracht. Ihr Wesen ist der Kompromiss. Das macht sie mitunter angreifbar, aber sie hat unter Beweis gestellt, dass ein friedliches Zusammenleben möglich ist, dass Konflikte gewaltfrei gelöst werden und Interessen ausgeglichen werden können. Und sie garantiert ihren Bürgerinnen und Bürgern unveräußerliche Rechte. Nie waren die Menschen in Europa so frei und sicher wie heute. Damit immer mehr davon profitieren, müssen wir die Fundamente des europäischen Hauses erneuern.

Angesichts einer komplexen Weltlage und begrenzter internationaler Einflussmöglichkeiten Deutschlands wirken manche Herausforderungen übermächtig. Gerade deswegen denken wir unsere Politik konsequent europäisch. Unsere Antwort auf die aktuellen europäischen Probleme und die globalen Herausforderungen ist eine **stetige Vertiefung und Verbesserung der EU**.

Gerade um die nächsten Integrationsschritte zu ermöglichen und ein Europa der Bürger*innen zu bauen, das die europäische Demokratie zu den Menschen bringt, braucht Europa eine Perspektive. Wir wollen die Europäische Union zu einer **Föderalen Europäischen Republik** weiterentwickeln und sie so demokratischer machen. Ihr Kern sind die europäischen Grundrechte, verbrieft in der Charta. Sie werden in der Föderalen Europäischen Republik für alle Bürger*innen gegenüber den jeweils nationalen und regionalen Regierungen garantiert. So kann es gelingen, in einem Bündnis der europäischen Demokratien gegen ein Europa des Nationalismus, das europäische Einigungswerk fortzusetzen und Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken. Der zentrale Ort für alle europäischen Entscheidungen sind das Europäische Parlament und ein Zweikammersystem. Ihre föderale Struktur, also eine Union von Staaten, Regionen und Städten, sorgt dafür, dass die Entscheidungen immer genau auf der Ebene getroffen werden, auf der die jeweiligen Probleme sachlich am effektivsten geregelt werden können. Der Haushalt der Föderalen Europäischen Republik soll sich auch aus eigenen Mitteln speisen und vom Europäischen Parlament im Zweikammersystem der föderalen Republik beschlossen werden.

Auf dem Weg dorthin ist es notwendig, eine europäische Öffentlichkeit, einen Kommunikationsraum für alle Europäerinnen und Europäer zu schaffen. Denn bislang reden wir in Europa vor allem übereinander, aber noch zu selten miteinander. Wir brauchen einen paneuropäischen Diskurs über europäische Themen. Eine nichtkommerzielle europäische digitale Plattform könnte Raum für Nachrichten, Beteiligung und Austausch sein als Alternative zu den digitalen Monopol-Plattformen. Außerdem wollen wir die demokratische Mitbestimmung der Bürger*innen in Europa stärken, damit Instrumente wie die Europäische Bürgerinitiative mehr Durchschlagskraft entfalten können.

Doch das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Auch die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat wollen wir im Zusammenspiel mit einer starken Europäischen Union unterstützen. Das gilt auch für den Erweiterungsprozess. Die EU steht in der politischen Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern mitzugestalten.

Subsidiarität und progressiver Regionalismus

Weil wir wollen, dass Europa weiterhin ein weltoffener Kontinent bleibt, der sich nicht abschottet, stellen wir einer regulierten Globalisierung einen **progressiven Regionalismus** an die Seite, der sowohl die lokale Zugehörigkeit als auch die zwischenmenschliche Solidarität weltweit als Grundsätze vereint.

Denn die Globalisierung hat paradoxe Effekte. Einerseits erweitert sie den Horizont der Menschen, andererseits schafft sie in ihrer aktuellen Form neue Komplexität, Konflikte und eine hohe Geschwindigkeit des Wandels. Das stärkt oft den Wunsch nach Orientierung, Identität und Zugehörigkeit. Dieser Wunsch kann bis zur Ausgrenzung anderer führen und von nationalistischen Kräften instrumentalisiert werden.

Was lokal, national oder regional besser oder gleich gut entschieden werden kann, soll auch dort entschieden werden. Die Internationalisierung von Entscheidungen ist kein Selbstzweck, sondern braucht immer eine gute Begründung. Deshalb orientieren wir uns am **Subsidiaritätsprinzip**, nachdem Herausforderungen auf der niedrigstmöglichen Ebene und so bürgernah wie möglich angegangen werden. Kultur und Daseinsvorsorge, die medizinische Grundversorgung, den Sport, das Ehrenamt, die Schule und die Kirche wollen wir im Dorf lassen. Das Fördern regionaler Wirtschaftskreisläufe, der Schutz regionaler Marken, die Stärkung der kommunalen und regionalen Demokratie oder die Stärkung lebendiger regionaler Kultur, etwa über eigene Sprachen, sind für uns wichtige Säulen unserer Politik. Starke Regionen geben Halt in einer entgrenzten Welt und machen unsere Gesellschaft vielfältiger. Sie schaffen Raum für regionale Traditionen und für Identifikation in einer offenen Gesellschaft.

Europa wächst mit verstärkter Zusammenarbeit

Mehr denn je ist eine Politik vonnöten, die die europäische Solidarität und Handlungsfähigkeit und nicht allein das nationalstaatliche Interesse im Blick hat. Eine Politik, die auf mehr Miteinander, auf Augenhöhe und Interessenausgleich statt auf die Dominanz großer Mitgliedstaaten setzt. Wenn wir die EU voranbringen und die Zustimmung der Bürger*innen stärken wollen, brauchen wir vor allem eine stärkere europäische Integration in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, beim sozialen Europa und in der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik. Und weil wir anerkennen, dass nicht alle Staaten in Europa immer dasselbe und das zur selben Zeit wollen, begrüßen wir es, wenn manche Mitgliedstaaten nächste Schritte eher gehen als andere und wenn sie in manchen Dingen gemeinsam vorangehen. Europa wächst mit **verstärkter Zusammenarbeit**. Dabei muss immer sichergestellt sein, dass alle Mitgliedstaaten sich jederzeit anschließen können und dass weitere Schritte das europäische Projekt als Ganzes nicht gefährden.

Die Europäische Union muss weltpolitikfähig werden

Die Europäische Union kann, wenn sie ihre Schwächen überwindet, zum Vorreiter für die Lösung der globalen Zukunftsfragen werden. Sie kann zeigen, wie internationale Märkte sich zu sozial-ökologischen Marktwirtschaften weiterentwickeln. Denn Staaten können in regionaler Kooperation und Integration Regeln vereinbaren, die die Akkumulationsgewinne von Macht und Kapital in Bahnen des Gemeinwohls lenken. Die Europäische Union ist das bisher größte und weitestgehende Modell dieser Art. Europa kann weltweit einen starken Klimaschutz forcieren,

die Menschenrechte im Handel durchsetzen und die Digitalisierung im Interesse der Menschen regulieren. Europa als Ganzes ist stark genug, ökologische und soziale Regeln im Welthandel und auf den Weltfinanzmärkten durchzusetzen.

Mit einer immer stärker geeinten Europäischen Union können wir in der globalisierten Welt demokratische Gestaltungskraft entfalten. Die EU muss angesichts einer neuen geopolitischen Konfrontation alter und neuer hegemonialer Mächte ihre eigene Rolle neu definieren. Dafür muss die EU **weltpolitikfähig** werden. Mit einer gemeinsamen europäischen Stimme kann die EU dazu beitragen, die globalen Umbrüche zu ordnen. Dafür muss Europa zu mehr **strategischer Souveränität** gelangen, um auf der Grundlage eigener Werte und Interessen das internationale Umfeld mitzugestalten und nicht bloß Empfängerin strategischer Entscheidungen anderer zu sein. Diese stärkere Souveränität soll auf der Basis einer menschenrechtsbasierten Politik erfolgen, die auch dann **wertegeleitet** agiert, wenn gegenläufige Interessen aufeinanderprallen. Das gilt besonders im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Das **Primat des Zivilen** und das breite Spektrum vorhandener ziviler Instrumente zeichnen die EU gegenüber anderen Akteur*innen aus. Wer Friedensmissionen, zivile Krisenprävention, Diplomatie und Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärkt – institutionell, personell und finanziell –, stärkt die Fähigkeit der **EU als Friedensmacht**. Eine einheitliche außenpolitische Strategie der EU ist dafür genauso notwendig wie eine Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Wir wollen die Idee eines **Europäischen Zivilen Friedenskorps** wiederbeleben, das auf nichtmilitärische Formen der Krisen- und Konfliktprävention spezialisiert ist. Es soll einen Pool an zivilen Berater*innen, Diplomat*innen, Polizist*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen aus den EU-Staaten bereithalten und diese zur Prävention oder Nachsorge von Konflikten entsenden. Der Friedensauftrag der Europäischen Union leitet sich auch aus der kolonialen Geschichte der Nationalstaaten Europas ab, die Millionen von Menschen das Leben kostete, jahrtausendealte Gesellschaften und Kulturen zerstörte und verheerende ökologische Auswirkungen hatte. Noch immer ist die Zeit der kolonialen Herrschaft und sind ihre Folgen nicht aufgearbeitet.

Die EU muss anknüpfen an die Tradition des Multilateralismus, einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit und Koordinierung, einer Stärkung der zivilen Kooperation, gemeinsamen Handels als globaler Strukturpolitik und einer Entwicklungszusammenarbeit als Kooperationsinstrument. Wir wollen eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die grundlegende Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Rüstungsexporten und Klimaschutz vorantreibt. Alle Politikfelder sollen in einer **gemeinsamen europäischen Strategie zur Umsetzung der VN-Ziele für nachhaltige Entwicklung** verankert werden. Gegenüber anderen Akteur*innen, ob staatlichen Großmächten, multinationalen Konzernen oder globalen Finanzmarktakteur*innen, die versuchen, ihre Interessen durchzusetzen, und nicht zur Kooperation bereit sind, muss die EU geschlossen und selbstbewusst auftreten.

Eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion schaffen

Angesichts der ungewissen Weltlage und der zukünftigen Herausforderungen braucht es eine stärkere europäische Zusammenarbeit für Stabilität und Frieden. Wir wollen die EU zu einer globalen Friedensakteurin machen, die ihre Sicherheit zunehmend selbst in die Hand nimmt und stärkt. Dabei leitet uns das **Konzept der menschlichen Sicherheit**, das Menschenrechte, globale Gerechtigkeit, Konfliktprävention und Wiederaufbau ins Zentrum rückt. Zu diesem erweiterten Sicherheitsbegriff gehört auch, dass **Frauenrechte** und die Lebensrealitäten von Frauen und Mädchen stärker als bisher in den Fokus der Außen- und Sicherheitspolitik

genommen werden müssen. Wesentlich bleibt für uns das VN-Konzept der **Schutzverantwortung (Responsibility to Protect)**, das Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schützen soll und das wir im Sinne der Konfliktprävention weiterentwickeln wollen.

Unser Ziel ist eine **gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion**. Eine permanente und enge Zusammenarbeit der europäischen Streitkräfte ist dringend geboten. Auf dem Weg dorthin wollen wir die Bundeswehr in die Lage versetzen, einen verlässlichen Beitrag zur europäischen und globalen Sicherheit zu leisten, insbesondere im Rahmen von VN-Friedensmissionen. Das bedeutet, sie bestmöglich entsprechend ihrem Auftrag auszustatten und ihre Strukturen effizienter zu gestalten. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, Teil unseres demokratischen Rechtsstaats und braucht einen demokratisch verfassten, gut ausgebildeten und vielfältigen Personalkörper. Die Entsendung der Bundeswehr in militärische Einsätze ist für uns unverrückbar die Ultima Ratio der Sicherheitspolitik. Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Darum brauchen Auslandseinsätze ein Mandat der Vereinten Nationen und die Einbettung in ein politisches Gesamtkonzept, das Prävention und zivilen Wiederaufbau miteinbezieht. Insgesamt ist es an der Zeit, den Sicherheitsrat entsprechend den veränderten internationalen Beziehungen so zu reformieren, dass eine gerechte Repräsentation der Staaten und Weltregionen in ihm abgebildet wird. Gleichzeitig muss ein Veto in Fällen von schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Völkermord ausgeschlossen sein, um sich dem Dilemma zwischen der Verpflichtung zum Schutz vor schwersten Menschenrechtsverletzungen auf der einen Seite und der Achtung des VN-Mandatsgebots für Militäreinsätze auf der anderen Seite zu stellen.

Um zu mehr Synergien zu kommen, setzen wir auf den **Ausbau multinationaler Einheiten** sowie auf die Stärkung des gemeinsamen **europäischen Hauptquartiers in Brüssel**. Es soll mehr Kompetenzen und Personal erhalten, um Auslandseinsätze europäischer Einheiten zentral planen und durchführen zu können. **Europäische Cybereinheiten** sollen mögliche Cyberangriffe, zum Beispiel auf kritische Infrastruktur, abwehren und gegen gezielte Desinformation vorgehen können. Militärische Parallelstrukturen und Überkapazitäten werden durch eine Umschichtung nationaler Mittel auf die europäische Ebene abgebaut. Ein erheblicher Teil der nationalen Verteidigungsetats der Mitgliedstaaten kann für diese Integration der Streitkräfte auf EU-Ebene genutzt werden. So kann sichergestellt werden, dass keine (zivilen) Mittel auf EU-Ebene für militärische Zwecke umgewidmet werden und nicht noch mehr Geld in den Rüstungssektor fließt. Es macht wenig Sinn, national etwas weiterzuführen und zu finanzieren, das parallel bereits europäisch getan wird. So kommen wir auch insgesamt zu **mehr Abrüstung**. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist an eine Stärkung der europäischen Ebene geknüpft, die auf der **parlamentarischen Kontrolle durch das Europäische Parlament** fußt.

Nach diesen Grundsätzen soll die EU die ihr übertragenen sicherheitspolitischen Aufgaben wie Krisenprävention, Krisenmanagement oder die Stabilisierung nach Konflikten stetig ausbauen und sich deutlich stärker als Auftragnehmerin an Friedensmissionen der Vereinten Nationen beteiligen, insbesondere durch **europäische multinationale Einheiten**. Partner sollen sich auf die EU verlassen können.

Die NATO ist mittelfristig auch ein unverzichtbarer Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur – auch wenn zunehmend divergierende sicherheitspolitische Interessen innerhalb der Allianz offenbar werden und die NATO in ihrer jetzigen Form nicht in Stein gemeißelt ist. Eine Alternative zur oder eine nationale Loslösung von der NATO ist derzeit unrealistisch, denn dies würde Rüstungsausgaben erfordern, die weit über den in der NATO

geforderten zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Die EU sollte sehr viel stärker auf militärische Zusammenarbeit und Koordinierung setzen, um als Kontinent stärker europäische strategische Interessen – gerade auch innerhalb der NATO – vertreten zu können, wobei Doppelungen vermieden werden sollten.

Neue Bewegung für Abrüstung

Eine große Gefahr liegt in einer neuen Aufrüstungsspirale wie zu Zeiten des Kalten Krieges, wieder in Europa. Wir nehmen die Sicherheitsbedenken unserer osteuropäischen Nachbarn ernst. Dennoch müssen wir ein neues Wettrüsten unbedingt verhindern. Unser Anspruch ist eine **atomwaffenfreie Welt** und dafür setzen wir uns ein. Wohl wissend, dass ein solches Ziel mit den europäischen Atomwaffenstaaten wie Frankreich und Großbritannien nicht leicht zu verhandeln sein wird.

Neue Waffensysteme unter Einschluss künstlicher Intelligenz, bei denen Auswahl und Bekämpfung von Zielen keiner Steuerung durch den Menschen mehr unterliegen, stellen eine besondere Bedrohung dar. Sie sind in unseren Augen nicht nur ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko, sondern auch ethisch nicht vertretbar. Es ist darum wichtig und ein Wettlauf gegen die Zeit, **autonome Waffentechnologien** wie Killerroboter, Kampfdrohnen, Cyberwaffen oder auch neuartige Bio-Kampfstoffe international zu **verbieten**.

Waffen und Rüstungsgüter in Krisengebiete und an Diktatoren zu exportieren, ist das Gegenteil einer menschenrechtsbasierten Politik. Deshalb lehnen wir dies entschieden ab. Wir brauchen eine gemeinsame restriktive europäische Rüstungskontrolle mit stärkeren Institutionen wie einem **europäischen Aufsichtsgremium für Rüstungsexporte** unter der Schirmherrschaft der EU-Außenbeauftragten und im Einklang mit den EU-Leitlinien für Rüstungsexporte, basierend auf der Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts. Außerdem muss die Sanktionierung von EU-Mitgliedstaaten möglich sein, die gegen die bindenden europäischen Rüstungsexportkriterien verstoßen.

Klimapolitik ist auch Sicherheitspolitik

Die Klimakrise und das Überschreiten der planetaren Grenzen sind ein globales Sicherheitsrisiko. Doch der Kampf dagegen bietet auch eine Chance für mehr internationale Kooperation und Partnerschaft, denn die Klimakrise lässt sich nur gemeinsam eindämmen. Daher liegt ihre Bekämpfung im gemeinsamen globalen Interesse. Die Folgen der Klimakrise und der Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern werden internationale Machtkonstellationen, Abhängigkeiten und Allianzen komplett verändern. **Klimapolitik** muss **ein zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik** werden.

Und sie ist geeignet, den unter Druck geratenen multilateralen Ansatz der Weltordnung neu zu beleben – eben weil die Auswirkungen alle Staaten treffen können, ergibt es Sinn, international zusammenzuarbeiten und eine **neue Sicherheitsarchitektur** zu bauen. Dafür brauchen wir neue Strategien, um Staaten und Regionen zu schützen und zu unterstützen, die besonders von den Folgen der Klimakrise oder von Rohstoffknappheit betroffen sind – insbesondere in den

Bereichen erneuerbare Energien, Anpassung an die Klimakrise, Wirtschaft und Handel, Flucht und Migration.

Um ökologische Krisen als Sicherheitsrisiko völkerrechtlich in den multilateralen Institutionen zu verankern, schlagen wir ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Umweltkonflikten vor: die **Responsibility to Prepare**. Dieses Sicherheitskonzept – analog zur Responsibility to Protect, also der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für den Schutz der Bevölkerung vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – soll im Rahmen der Vereinten Nationen und innerhalb der EU-Strukturen von der Staatengemeinschaft verankert werden. Auf diese Weise soll der Bereich Klima und Sicherheit systematisch und regelmäßig in den jeweiligen Sicherheitsorganen auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene beraten und bearbeitet werden. Die vereinbarten Ziele und Prinzipien sollen sicherstellen, dass Klimakonflikte rechtzeitig erkannt, analysiert und schnell und effektiv gemeinsam bearbeitet werden können. Dazu gehört auch die Verpflichtung, die wir im Rahmen des Pariser Klimaabkommens eingegangen sind: die von der Klimakatastrophe besonders betroffenen Länder bei der technischen und finanziellen Anpassung an die Klimakrise und bei der Bewältigung ihrer Folgen zu unterstützen (loss and damage).

Feministische Außenpolitik

Für nachhaltigen Frieden und die positive Entwicklung aller Gesellschaften sind Geschlechtergerechtigkeit und die **Überwindung von patriarchalen und diskriminierenden Strukturen** unabdingbar. Friedensabkommen halten länger und haben eine höhere Erfolgchance, wenn Frauen im Prozess aktiv mitgewirkt haben. Daher muss internationale Politik stetig **Geschlechtergerechtigkeit** fördern. Frauen und Mädchen sind oft in besonderem Maße von Gewalt, den Auswirkungen von kriegerischen Auseinandersetzungen, von Armut und Naturkatastrophen betroffen. Wo staatliche Ordnung fehlt, leiden insbesondere Frauen unter sexuellen Übergriffen und anderen Formen von Gewalt und Unterdrückung. Eine feministische Außenpolitik hinterfragt bestehende patriarchale Machtverhältnisse und zeichnet Wege auf, diese abzubauen. Sie ermöglicht nicht nur einen klareren Blick auf patriarchale Strukturen und für die Bedürfnisse und Rechte marginalisierter Gruppen, sondern befähigt zu einem **grundlegenden Perspektivwechsel**. Denn eine feministische Außenpolitik setzt an Bedürfnissen der Menschen statt von Staaten an. Damit trägt sie zur Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung von internationaler Politik bei.

Wir wollen dafür sorgen, dass die feministische Perspektive auch in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU verankert und angewandt wird. Eine **gleichberechtigte Vertretung** von Frauen auf allen Ebenen der internationalen Politik ist unsere Maßgabe. Auch jede Art diplomatischer Verhandlungen sowie die Zusammensetzung sicherheits- und außenpolitischer Gremien oder die Planung und Durchführung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit müssen darauf ausgerichtet sein, Geschlechtergerechtigkeit zu fördern und die gleichberechtigte Teilhabe an sozialen, ökonomischen und politischen Ressourcen zu stärken.

Globale Gerechtigkeit herzustellen bedeutet, neben der sozialen Ungleichheit zwischen Staaten und Weltregionen auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zu beenden. Dazu muss die Genderperspektive auch in der internationalen Handelspolitik verankert werden. Projekte der Entwicklungszusammenarbeit sollen geschlechtergerechte Gesellschaften fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen weltweit Geltung haben. Frauen und Mädchen müssen uneingeschränkten Zugang zu gleichwertiger Bildung bekommen. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen für alle Frauen ein und wollen Frauenrechte im ländlichen Raum und in der Landwirtschaft stärken. Insbesondere wollen wir gleichberechtigten Zugang zu Landeigentum und Produktionsmitteln sicherstellen.

Eine globale Flucht- und Migrationsordnung

Regionale Bewegungen von Menschen veränderten in den vergangenen Jahrhunderten die Welt, förderten den Austausch von Ideen und schufen neue Verbindungen zwischen Menschen. Migration ist und war stets eine Triebfeder der menschlichen Entwicklung, Quelle von Innovation und ist seit jeher ein zentrales Element der Anpassung des Menschen an sich verändernde Bedingungen – seien es klimatische, gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische. Durch Globalisierung und Digitalisierung nimmt das Leben und Arbeiten an den unterschiedlichsten Orten weiter enorm und rasant zu. Fragen von Arbeitsbedingungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Mitnahme von Rentenansprüchen, und zwar in alle Richtungen. Aus Deutschland und Europa raus, ebenso wie rein. Ein besseres internationales Regelwerk zu den Rechten und Pflichten von Migrant*innen sowie von Staaten ist in unser aller Interesse. Wir wollen daher aufbauend auf dem Global Compact on Migration an einer solchen **internationalen Migrationsordnung** weiterarbeiten. Das schließt ein, dass Menschen zwischen ihrem Herkunftsland und den aufnehmenden Ländern mehrmals ein- und ausreisen können. So unterstützt zirkuläre Migration den Austausch von Know-how zwischen Europa und den Herkunftsländern.

Flucht hingegen ist das unfreiwillige Verlassen der Heimat. Die Lehre aus dem schlimmsten Menschheitsverbrechen, der Shoa, war daher, dass jede*r, die oder der vor Krieg, Folter oder massiven Menschenrechtsverletzungen flieht, ein Recht hat, in einem anderen Land Schutz zu suchen. Dieses Recht von Geflüchteten muss geschützt und gestärkt werden. Die weltweite Zahl von Flüchtlingen ist in der letzten Dekade immer weiter angestiegen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Kriege und Hungersnöte, immer stärker auch die globale Erhitzung. Für die Menschen, für die politische Ordnung und für die Transit- und Aufnahmestaaten sind diese globalen Bewegungen eine große Herausforderung. Und für die Menschen selbst bedeutet Flucht immer großes Leid. Frauen sind dabei besonderen Herausforderungen und Nöten ausgesetzt. Obwohl sie gerade vor Krieg und Gewalt fliehen, sind sie auch auf der Flucht und in den Ländern, in denen sie ankommen, zum Teil massiver Gewalt ausgesetzt. Vergewaltigung und Zwangsprostitution sind in vielen Flüchtlingslagern an der Tagesordnung. Deswegen sind besondere Schutzmaßnahmen für Frauen und vulnerable Gruppen auf der Flucht notwendig.

Viele Staaten und Politiker*innen reagieren auf Menschen auf der Flucht mit nationaler Abschottung. Damit verlagert sich aber nur die Fluchtroute. Ebenso wenig, wie sich an den Ursachen etwas ändert, kommt es durch Abschottung zu geordneteren Verfahren. Selbst wenn Flucht nie strukturiert sein kann und wird, hilft die Stärkung von **internationalen Abkommen und Regelwerken**, um zu humaneren und geordneteren Verfahren zu kommen. Bilaterale Abkommen können sinnvoll sein, aber die Vereinten Nationen sind für uns auch mit Blick auf das Flüchtlingsrecht die legitime Instanz. Das gilt für die Regeln beim Resettlement-Programm, nach denen wir Menschen entsprechend den vom UNHCR ermittelten Bedarfen aufnehmen wollen, wie für die Unterstützung von Aufnahme- und Transitstaaten sowie bei der zuverlässigen und ausreichenden Finanzierung von Hilfs-Organisationen.

Das **Grundrecht auf Asyl** und die völkerrechtlich verbindlichen Regeln, insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten uneingeschränkt. Wir wollen einen sicheren Zugang zu einer menschenwürdigen Erstversorgung sowie zu fairen, nach völkerrechtlichen Standards ausgerichteten Asylverfahren in Europa garantieren. Dafür braucht es **konsequent kontrollierte Außengrenzen** sowie schnelle, rechtsstaatliche Verfahren, konsequente Rückführungen und ein **einheitliches europäisches Asylsystem**, das die Verantwortung innerhalb der EU entsprechend der jeweiligen Wirtschaftskraft fair verteilt.

Humanitäre Verantwortung heißt, das Sterben, das Leid und die Entrechtung auf den Fluchtrouten zu beenden und sichere, geordnete und reguläre Zugangswege nach Europa zu schaffen. Verursacherverantwortung heißt, die Gründe für die Flucht zu bekämpfen statt die Menschen auf der Flucht. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder Rüstungsexportpolitik darf nicht länger nur einseitig an ihrem Nutzen für unsere Gesellschaften gemessen werden, sondern muss konsequent auf ihre Wirkungen auf Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit überprüft und entsprechend gestaltet sein. Zukunftsverantwortung heißt anzuerkennen, dass die Klimakatastrophe zu einem immer gewichtigeren Grund zur Flucht für immer mehr Menschen wird, die wir durch entschiedenes Handeln noch beeinflussen können. Als Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase stehen die Industriestaaten in der Verantwortung, den betroffenen Menschen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – und zwar frühzeitig, bevor sie zur Flucht gezwungen werden. Wir wollen, dass die EU gemeinsam mit anderen Industriestaaten dazu beiträgt, den Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, die Migration zu ermöglichen – innerhalb ihres Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa.

Entwicklungs- und Handelspolitik als globale Strukturpolitik

Um Frieden, einen gesunden Planeten oder Finanzmarktstabilität zu sichern und eine global nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, braucht es eine **globale Strukturpolitik**, die sich vom Ansatz einer „Politik nach außen“ löst. Denn in einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich zwangsläufig auch alle Bereiche der eigenen nationalen Politik, egal ob Umwelt-, Agrar-, Bildungs- oder Rechtspolitik, sogar und immer mehr auch die Innenpolitik. Um **politikfeldübergreifend und interdisziplinär zu denken und zu handeln**, ist es dringend erforderlich, die Regierungsstrukturen in Deutschland und der EU an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts

anzupassen, den Tunnelblick auf das eigene Ressort in den Ministerien zu beenden und innere Widersprüche im Regierungshandeln konsequent auszuräumen. Unser Ziel ist eine EU, die ihre eigene Politik konsequent auf friedens- und sicherheitspolitisch kontraproduktive Wirkungen prüft und Schädliches unterlässt.

Globale Strukturpolitik heißt darüber hinaus, einen kooperativen Ansatz mit globalen Partner*innen zu verfolgen, um gemeinsam vereinbarte Ziele mit Hilfe von Instrumenten der zivilen Krisenbearbeitung, der Entwicklungszusammenarbeit und der Diplomatie zu erreichen.

Europäische Handelspolitik im Sinne einer sozial-ökologischen Machtpolitik und einer menschenrechtsgeleiteten Außenpolitik heißt, diese fair, ökologisch, feministisch und multilateral zu begreifen und zu betreiben. Eine Handelspolitik im Sinne von „Eigeninteresse first“ wird dagegen die Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten weiter vergrößern. Um der wachsenden Unzufriedenheit und Verunsicherung der Menschen angesichts der Globalisierung zu begegnen, wollen wir Klimaschutz, Kernarbeitsnormen und Menschenrechte zu wesentlichen Bestandteilen in Handelsabkommen machen. Handelspolitik ist ein starkes Instrument, um Umwelt- und Klimaschutz sowie Schutz von Arbeitnehmer*innen und Menschenrechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen. Wir setzen auf Bündnisse von Staaten und Akteur*innen, die für dieses Ziel vorangehen wollen.

Fairer und offener Welthandel

Wir wollen nicht zurück zu national abgeschotteten Märkten, sondern den Handel fair gestalten. Ein fairer und offener Handel unterliegt Regeln und ist demokratisch gesteuert. Er dient den Interessen von Menschen und Umwelt. Nicht jeder Transport einer Ware über den Erdball erhöht unseren Wohlstand. Die ökologischen Kosten des Transports müssen sich in den Preisen spiegeln. Unser Ziel ist die Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, überall dort, wo dies die ökologischere Alternative ist. Handel soll Menschen helfen, der Armut zu entkommen. Durch Handel haben sich in Schwellen- und Entwicklungsländern neue Mittelschichten herausgebildet.

Formal gleiche Rechte bei ungleich verteilter Macht führen jedoch zu ungerechten Ergebnissen. Wir wollen deshalb die am wenigsten entwickelten Länder im Welthandel mit einer **asymmetrischen Zollpolitik** stärken, um ihre Entwicklung zu fördern. Sie sollen souverän entscheiden können, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und welche Bereiche sie vorerst schützen wollen. Die entwickelten Länder sollen ihre Märkte hingegen für wenig entwickelte Länder öffnen. Heute ist das Gegenteil der Fall. Etwa wenn wir keinen Zoll auf Rohkaffee aus den Anbauländern erheben, aber einen immens hohen Zoll auf gerösteten Kaffee. Damit verhindern wir aktiv eine weiterverarbeitende Wirtschaft in den Herkunftsländern. Die Zollregeln dürfen nicht der Abschottung dienen, sondern müssen die ökologische und soziale Entwicklung fördern sowie die Einhaltung der Menschenrechte sicherstellen. Das gilt für die gesamten Lieferketten. Die neuen digitalen Möglichkeiten können uns dabei helfen, den kompletten Weg eines Produkts transparent zu machen und eine **Lieferkettenhaftung** zu verankern. Die Produktion der Waren auf dem europäischen Markt muss frei sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit.

Wir setzen auf eine **demokratische Welthandelsordnung** unter dem Dach einer reformierten WTO. Wir müssen die Idee eines regelgebundenen Ausgleichs der Interessen am Leben erhalten. Dazu können auch fortschrittliche bilaterale Abkommen Teil einer schrittweisen Lösung sein. Sie

müssen transparent und demokratisch zustande kommen und sich an globalen Gemeinwohlinteressen ausrichten. Durch Handelsabkommen darf kein Privatisierungs- und Deregulierungsdruck auf öffentliche Güter wie beispielsweise Bildung, Gesundheit oder Wasser entstehen.

Statt bei der Verhandlung neuer Handelsverträge die eigenen umwelt- und klimapolitischen Standards abzusenken, gilt es gerade, die Standards der sozial-ökologischen Marktwirtschaft zu schützen. Bei Handelsstreitigkeiten darf es keine Sonderrechte und keine Sonderjustiz für Konzerne geben. Fairer Handel ist gegenseitig. Eine falsche Orientierung an nationaler Wettbewerbsfähigkeit, die Staaten als Gegner statt als Partner betrachtet, hat in einzelnen Staaten zu Überschuldung und Arbeitslosigkeit geführt und Ressentiments gegen den offenen Welthandel erzeugt. Wir stehen zu einem Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel.

Ein Finanzsystem im Dienst der Menschen

Internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite Entwicklung. Unregulierte globale Finanzmärkte dagegen haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts die größte Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten ausgelöst, die weltweit Menschen arbeitslos, überschuldet und ihrer Alterssicherung beraubt zurückgelassen hat. Eine solche Krise darf sich nicht wiederholen. Wir müssen deshalb zurück zum sogenannten „*boring banking*“. Wir wollen den Finanzmarkt und seine Akteur*innen besser regulieren mit einfachen, glasklaren Regeln ohne Lücken. Dafür braucht es eine **Finanztransaktionssteuer**, damit die Volatilität gedämpft wird und sich eine Kurzfristorientierung ökonomisch nicht mehr lohnt. Mit Steuerumgehung und nicht gesicherten Spekulationen soll man künftig kein Geld mehr verdienen können. Wir wollen dafür sorgen, dass mehr Anlagegelder künftig statt in fossile Rohstoffe in den ökologischen Umbau und die soziale Infrastruktur fließen und dazu beitragen, kleine Unternehmen und Existenzgründungen zu finanzieren. Keine Bank soll mehr so groß sein, dass sie eine ganze Volkswirtschaft mit in den Abgrund reißen kann. Und kein*e Akteur*in darf unreguliert bleiben.

Die heutige Finanz- und Währungsordnung wurde von den Industrieländern entworfen. Gerade in ärmeren Ländern wären Kredite aus reicheren Ländern geboten, damit sie in ihre Entwicklung investieren können. Stattdessen müssen sie sich heute vom internationalen Kapital mit seiner kurzfristigen Renditeorientierung abhängig machen. Deswegen kommt es immer wieder zu einem abrupten Austrocknen der Finanzquellen ärmerer Länder, in denen dann in Folge eigentlich zukunftsfähige Unternehmen in den Ruin getrieben werden. Nach anfänglichen Fortschritten wurden so bereits viele Schwellen- und Entwicklungsländer in ihrer Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Für die ärmsten Länder der Welt ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung zentral.

Wir streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern ermöglicht, langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre Währungen absichern. Dafür braucht es **globale öffentliche Institutionen**. Unser langfristiges Ziel ist eine **Weltzentralbank**, die dem globalen Finanzmarkt einen stabilen Rahmen setzt und Krisen verhindert, indem sie Liquidität sicherstellt. Schon die Existenz einer solchen Institution wird die Währungsspekulation verringern und so die Entwicklung fördern. In der Zwischenzeit wollen wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf Entwicklungsländer berücksichtigt. Um den Anspruch einer europäischen Weltpolitikfähigkeit durchzusetzen und

unseren Werten und Normen Einfluss zu verleihen, soll der **Euro zur globalen Leitwährung** werden. Über die Geldpolitik kann Europa so helfen, spekulative Kapitalflucht aus weniger entwickelten Ländern zu vermeiden, und deren Entwicklung fördern. So buchstabiert die Europäische Union ihren Anspruch auf Weltpolitikfähigkeit aus.

Für eine Weltinnenpolitik mit den Vereinten Nationen

Mit einer immer stärker werdenden EU verfolgen wir das Ziel einer Weltinnenpolitik im Rahmen der Vereinten Nationen. Ein logischer Schritt wäre ein **europäischer Sitz im Sicherheitsrat**. Insgesamt muss der Sicherheitsrat entsprechend den veränderten internationalen Beziehungen reformiert werden, so dass eine gerechte Repräsentation der Staaten und Weltregionen in ihm gewährleistet ist.

Deutschland ist seit Langem in den Vereinten Nationen nur ein mittelmäßig aktiver und wenig innovativer Mitgliedstaat, der weit hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Das wollen wir ändern. Denn der Multilateralismus ist letztlich der Schlüssel zur Bewältigung der globalen Herausforderungen. Keine globale Organisation besitzt mehr Legitimität und Durchsetzungsstrukturen als die Vereinten Nationen. Langfristig gehören darum alle multilateralen Prozesse unter ihr Dach.

Die Vereinten Nationen sind das Forum, das völkerrechtliche Normen entwickelt und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele verständigt. Dabei ist es gelungen, die Zieldebatte im Rahmen der Völkergemeinschaft mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen nahezu abzuschließen. Von der Charta der Vereinten Nationen, den ständig weiterentwickelten Menschenrechten, der Stärkung der Frauenrechte auch in Konflikt- und Krisensituationen über die Verständigung auf Ziele für die globale Entwicklung bis hin zum Pariser Klimaabkommen ist sich die Weltgemeinschaft heute zumindest auf dem Papier weitestgehend einig darüber, wohin sie will. Zum anderen haben die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahrzehnten eine weltweite Infrastruktur an Institutionen aufgebaut, die stetig an den langfristigen Herausforderungen arbeiten. So versorgt etwa das Flüchtlingshilfswerk weltweit einen Großteil der Geflüchteten, die Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) hat dazu beigetragen, dass heute fast alle Mädchen und Jungen zur Schule gehen, und in Krisensituationen sind die VN mit ihren Friedensmissionen, Programmen zum Wiederaufbau und über ihre zahlreichen Unterorganisationen aktiv, um die Welt friedlicher und nachhaltiger zu machen. So wurde durch mehrere VN-Resolutionen dafür gesorgt, dass Frauenrechte auch in Konflikt- und Krisensituationen und beim Wiederaufbau gestärkt wurden und so Grundlagen für eine gerechtere Nachkriegsordnung geschaffen werden konnten. Die Vereinten Nationen erhalten Gesprächsfäden aufrecht, sind und bleiben vor Ort – gerade da, wo sich bilaterale Partner*innen zurückziehen.

Die Institutionen der Vereinten Nationen sind jedoch noch lange nicht gut genug aufgestellt. Es mangelt an Effizienz, Personal und vor allem an finanziellen Mitteln. Und schließlich hapert es derzeit vor allem dort an Lösungen, wo es politische Interessenkonflikte zwischen den Mitgliedern des Sicherheitsrates gibt. Viele dieser Interessenkonflikte lassen sich nicht einfach auflösen oder umgehen. Im Gegenteil: Mandatsüberdehnungen beschädigen langfristig den internationalen Frieden mehr, als dass sie kurzfristig nützen würden.

Wir verfolgen für die Vereinten Nationen ein dreifaches Ziel: Sie sollen zum **einzigsten Ort für Entscheidungen von globaler Reichweite** werden, sie sollen **sich demokratisieren** und sie sollen

weltweit flächendeckend starke Institutionen zur Bearbeitung der globalen Herausforderungen **vorhalten**.

Vieles in den VN ist in den letzten Jahren jedoch ins Stocken geraten. Dabei verstellen die Blockaden im Sicherheitsrat nicht nur Resolutionen, sondern auch die Reform der schwerfälligen VN-Strukturen selbst. Die Vereinten Nationen werden jedoch nicht besser, wenn nur über Reformen geredet wird, sondern erst dann, wenn sie auch tatsächlich reformiert werden. Wir wollen, dass Deutschland und die EU diese Verantwortung übernehmen, indem sie ihr **Engagement innerhalb der Vereinten Nationen finanziell und personell substanziell verstärken** und die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und kohärent in nationale und europäische Politik umsetzen. Nur wenn Regierungschef*innen, Regierungsmitglieder und EU-Kommissar*innen nicht mehr nur für kurze Reden und schöne Bilder zu VN-Konferenzen fahren, sondern präsent sind und Allianzen schmieden, werden sie die Vereinten Nationen langfristig entscheidend voranbringen.

Strategische Bündnisfähigkeit für sozial-ökologische Machtpolitik

Durch die Krise des Multilateralismus verschwimmen alte Allianzen zusehends und es wird schwieriger, Mehrheiten für globale Lösungen zu erreichen. So gibt es auf die Herausforderungen der Globalisierung verschiedene Antworten. Populist*innen aller Couleur haben resigniert und predigen den Weg zurück zur nationalen Scholle, um politische Souveränität zurückzugewinnen. Sie verheimlichen dabei, dass dieser Weg mit Wohlstandseinbußen und enormen Anpassungskosten verbunden wäre. Neoliberale Akteur*innen hingegen wollen sich dem Sachzwang globaler, unregulierter Märkte und eines Standortwettbewerbs unterwerfen und geben so politischen Gestaltungsanspruch vollständig auf. Wir dagegen wollen einen dritten Weg beschreiten und die **Regeln in der globalen Arena aktiv gestalten**. Wir handeln in dem Bewusstsein, dass dieser Weg sich gegen mächtige Interessen durchsetzen muss. Nicht jede unserer Positionen wird sich im Einvernehmen erreichen lassen. Nicht jede Reform wird sich sofort auf globaler Ebene verwirklichen lassen. Doch wir treiben die Veränderung pragmatisch und mit großer Geduld und Ausdauer in Deutschland und Europa zusammen mit allen Gleichgesinnten voran.

Dafür setzen wir auf eine **Doppelstrategie**: Zum einen werden wir dort, wo es aus ökologischer oder sozialer Sicht notwendig ist, mit wechselnden Partner*innen auf einer gemeinsamen Wertebasis vorankommen, auch wenn diese in anderen Bereichen nicht unsere Politik verfolgen. Zum anderen wollen wir weltweit verstärkt Allianzen mit Verbündeten unterschiedlichster Art schmieden, um in Zeiten des multilateralen Stillstandes nicht den Gegner*innen einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung das Feld zu überlassen. Rahmen dabei ist für uns, dass dies im Sinne der **Stärkung des internationalen Rechts** und der internationalen Ordnung passiert und ihr nicht zuwiderläuft, sondern ihre Intention stärkt.

Wir setzen dafür auf Bündnisse nicht nur zwischen Staaten, sondern auch mit Städten und Regionen und einer zunehmend internationalen Zivilgesellschaft, an deren Seite wir den sozial-ökologischen Wandel vorantreiben. So können wir in zentralen Bereichen wie beim globalen Handel oder in der Flucht- und Migrationspolitik vorangehen, auch wenn es noch keine Einigung auf ein internationales Vorgehen gibt.

Vorreiter sind nötig, um den Druck zu erhöhen, globale Lösungen zu finden. Wir setzen auf Maßnahmen, die aus dem Wettbewerb um Standards nach unten einen **Wettbewerb nach oben**

machen. Wer ökologisch, sozial und menschenrechtskonform produziert, soll einen Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut, sollte auch negative Konsequenzen spüren. Wir werden unsere Marktmacht einsetzen, um unsere Ziele zu erreichen. Kein globales Unternehmen kann darauf verzichten, in Deutschland und Europa zu verkaufen. So können wir global Regeln befördern, auch für die Produktion in anderen Ländern, und so Klimaschutz und Menschenrechte weltweit stärken. Um dies zu erreichen, sind Zölle notwendig, die sich an den ökologischen und sozialen Standards der Produkte orientieren (**Klima- und Sozialzölle**). So ist es uns zum Beispiel möglich, ambitionierte Klimaschutzstandards einzuführen und gleichzeitig zu verhindern, dass es zu Konkurrenz durch schmutzige Importe oder zur Verlagerung von Produktionsstätten und anschließendem Import dieser Produkte kommt.

In diesem Sinne bekennen wir uns zu einer **sozial-ökologischen Machtpolitik**, die sich gegen Steuerdumping oder Deregulierung aktiv zur Wehr setzt. Weil wir nur so schrittweise eine gerechte Weltwirtschaftsordnung erreichen können. Aber wir wollen unsere Regeln immer so formulieren, dass sich für alle anderen das Mitmachen lohnt und Kooperation Vorteile bringt.

So setzen wir zum Beispiel auf ein **global reguliertes Finanzsystem**. Solange dieses Ziel aber nicht erreicht ist, müssen wir national und europäisch vorangehen und dürfen auch dann nicht vor Regulierungen zurückschrecken, wenn sie uns kurzfristig zum Nachteil gereichen. Denn sie können Vorbildcharakter haben und dabei helfen, unser langfristiges Ziel zu erreichen. Das Gleiche gilt für unsere Steuern und Abgaben. Im globalen und europäischen Wettbewerb sind sie vor allem für die großen Konzerne und für Wohlhabende gesunken. Damit werden die Lasten der Finanzierung unserer Wohlfahrtsstaaten mehr und mehr auf die schwächeren Schultern verlagert, die doch eigentlich gestärkt werden sollten. Die Vernachlässigung von öffentlichen Institutionen, von Infrastruktur und Bildung wegen der klammen Staatshaushalte untergräbt die Grundlagen unseres Wohlstands für ein paar kurzfristige, vermeintliche Vorteile. Die Handlungsfähigkeit der Staaten wird durch die Teilnahme am unsolidarischen Steuerwettbewerb gerade jetzt eingeschränkt, wo unsere Sozialstaaten durch die Digitalisierung und eine älter werdende Gesellschaft vor gewaltigen Aufgaben stehen. Wir setzen deshalb auf **europäisch und möglichst auch global harmonisierte Steuern**. Aber auch hier gilt, dass wir uns bis zum Erreichen dieses Ziels nicht am Wettbewerb um niedrige Steuersätze beteiligen werden und aktiv gegen Unternehmen und Staaten vorgehen, die Steuerdumping betreiben.

Grundsätze einer neuen Sozial- und Wirtschaftspolitik

Soziale Sicherung in der neuen Zeit

Wir wollen das **Garantieversprechen des Sozialstaates stärken**. Unser Leitgedanke dabei ist, dass jeder Mensch verlässlich abgesichert sein muss. Wir wollen, dass jeder Mensch selbstbestimmt leben kann, auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit oder bei Pflegebedürftigkeit.

Sicherheit im Wandel erfordert mehr als die Garantie, nicht in Armut zu stürzen. Der Kern des deutschen Sozialstaats sind die solidarische Absicherung der großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit sowie der Erhalt des Lebensstandards auch im Alter. All das wird durch unsere Sozialversicherungen garantiert. Wir wollen sie erhalten, weiterentwickeln und fit machen für die Herausforderungen der Zukunft. Wir sehen unsere

Sozialversicherungen nicht als Belastung. Sie sind vielmehr Grundlage auch unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Immer mehr Menschen finden Arbeit und Einkommen in einer wachsenden Gesundheits- und Pflegebranche und tragen erheblich zur Wertschöpfung bei.

Um auf neue Anforderungen zu reagieren, wollen wir das System der Grundsicherung grundlegend reformieren: Wir wollen Hartz IV überwinden und eine **Garantiesicherung** schaffen. Auch in einer Notlage sollte jede*r Zugang zu Leistungen haben, die nicht nur die bloße Existenz, sondern auch die soziale und kulturelle Teilhabe und Teilnahme gewährleistet. Dieses soziokulturelle Existenzminimum soll über dem heutigen Satz für das Arbeitslosengeld II liegen. Es wird in Abhängigkeit von Einkommen, Vermögen und Bedarf, aber ansonsten bedingungslos gewährt. Menschen wollen tätig sein. Das Sozialsystem soll vor allem über Anreize zur und Belohnung von Beschäftigung wirken. Die Gleichsetzung von Arbeit mit Erwerbsarbeit ist ein zu enger Rahmen, um die Vielfalt und Vielzahl von gesellschaftlicher Tätigkeit abzubilden. Schrittweise wollen wir existenzsichernde Sozialleistungen zusammenführen, mit Steuern und Abgaben abstimmen sowie die Auszahlung in das Steuersystem integrieren und so vereinfachen und automatisieren.

Die deutschen Sozialversicherungen fußen noch sehr stark auf den klassischen Beschäftigungsverhältnissen des 20. Jahrhunderts. Wir wollen die Sozialversicherungen deshalb zu **Bürgerversicherungen** weiterentwickeln, um sie an die Bedingungen einer sich verändernden Arbeitswelt, der Digitalisierung und des demographischen Wandels anzupassen. Wir wollen schrittweise erreichen, dass alle Menschen vom Schutz der Sozialversicherungen profitieren und sich alle anhand ihres Einkommens, egal ob Lohn oder Zins, solidarisch beteiligen.

Das Umlagesystem der **Rentenversicherung** hat viele Krisen gut überstanden. Zuletzt hat es sich in der Finanzkrise gegenüber einer privat organisierten Kapitaldeckung als klar überlegen erwiesen. Doch Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung stehen durch die Alterung der Gesellschaft vor einer großen Herausforderung. Das Absinken des Rentenniveaus bedroht die lebensstandardsichernde Wirkung unserer Rentenversicherung. Sie zu erhalten hat für uns oberste Priorität, weshalb das Rentenniveau zumindest nicht weiter sinken darf. Die Zuwanderung von Fachkräften, eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine breitere Solidarität über die Bürgerversicherung helfen, diese Herausforderungen zu bewältigen. Weitere Fragen im Zusammenhang mit der künftigen Finanzierung der Rente werden wir diskutieren.

Private und betriebliche Altersvorsorge kann die gesetzliche Rente sinnvoll ergänzen. Die bestehenden privat organisierten Finanzprodukte sind jedoch häufig intransparent, teuer und haben eine geringe Rendite. Deshalb wollen wir neue Formen der privaten und betrieblichen Altersvorsorge aufbauen. Eine attraktive Rendite zu geringen Kosten bietet dabei ein **öffentlich verwalteter Rentenfonds**, in den alle, die nicht aktiv widersprechen, bis zu einer Obergrenze einzahlen.

Teilhabe durch starke öffentliche Räume und Institutionen

Unser Leben ist von Kindesbeinen an untrennbar verknüpft mit öffentlichen Räumen und Institutionen. Wir verbringen einen großen Teil unserer Lebenszeit in Kitas und Kindergärten, in Schulen und Universitäten, im Stadtviertel und im öffentlichen Nahverkehr, in Kultureinrichtungen, Schwimmbädern oder auf Sportplätzen. In medizinischen Notfällen sind sie für uns sogar überlebenswichtig – deshalb sollte ein Krankenhaus mit guter Ausstattung in

Minuten zu erreichen sein. Bei den öffentlichen Infrastrukturen entscheidet sich, ob wir in einer **Teilhabegesellschaft** leben oder nicht.

Menschen machen ihr Vertrauen in den Staat und in die Politik auch davon abhängig, ob öffentliche Infrastrukturen **erreichbar, verfügbar und gut ausgestattet** sind. Oder ob und wie oft ein Bus in die nächstgelegene Stadt fährt und ob das Schwimmbad geschlossen werden muss, weil die Stadt es nicht länger unterhalten kann. Öffentliche Institutionen und Dienste sind Voraussetzung für ein gutes und solidarisches Zusammenleben in einer modernen und offenen Gesellschaft. Sie sind elementar, um gleiche Lebenschancen für alle zu bieten und jedem Menschen zu ermöglichen, gleichberechtigt am demokratischen, sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben.

Zugleich wachsen die Anforderungen und Ansprüche an die Qualität der Dienstleistungen in unseren öffentlichen Räumen und Institutionen. Unsere Gesellschaft verändert sich, sie wird vielfältiger und immer älter, Geschlechterrollen werden neu justiert und die Erwartungen an die Flexibilität der und des Einzelnen nehmen zu. Angesichts der vielfältigen Anforderungen quietscht und ächzt es in unseren öffentlichen Räumen und Institutionen heute vielerorts. Es fehlen Kitaplätze, Pflegekräfte sind überfordert, Schulen holen den digitalen Rückstand nur schwer auf. Dabei kommt es nicht nur auf gute Gebäude und gute Geräte an, sondern genauso auf eine hohe Qualität der Dienstleistungen. Entscheidend ist die **inklusive Qualität unserer Infrastrukturen**. Nur wenn wir die Zugänge öffnen und gleichzeitig eine gute Qualität anbieten, schaffen wir Teilhabe und Vertrauen.

Oft leben die eigenen Eltern mehrere hundert Kilometer weit entfernt. Brauchen sie **Pflege**, können Kinder dies nicht mehr ausschließlich selbst übernehmen und möchten die Eltern dennoch versorgt wissen. Doch ein gutes Netz aus Pflegeeinrichtungen, aus Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege, ist längst nicht überall vorhanden. Auf den Wandel, den der deutsche Sozialstaat durchläuft, muss Politik mit verlässlichen Infrastrukturen der Betreuung und Pflege antworten. Wir wollen ein Pflegesystem, das die Selbstbestimmung und eine hohe Lebensqualität auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit erhält. Wir wollen diejenigen unterstützen – auch jenseits familiärer Bande –, die für alte und/oder pflegebedürftige Menschen Verantwortung übernehmen, etwa durch den Ausbau von Infrastruktur und die Förderung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Wir müssen unser Gesundheitssystem so ausbauen, dass gerade auch in ländlichen Regionen Hebammen und Landärzt*innen nicht nur aus dem Fernsehen bekannt sind.

Für uns ist entscheidend, dass gute öffentliche Dienstleistungen nicht davon abhängig sind, ob der Geldbeutel gut gefüllt ist, welche Postleitzahl der Wohnort hat oder wie viele Einwohner*innen. Wir wollen die **sozialen Berufe aufwerten** und besser bezahlen. Uns ist klar: Wer öffentliche Dienstleistungen für die Herausforderungen unserer Zeit rüsten will, muss hier Prioritäten setzen und strukturell mehr Geld investieren. Wir wollen uns dieser Herausforderung stellen und das kommende Jahrzehnt zu einem **Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen** machen. Dabei ist klar, dass manche Regionen aufgrund ihrer Strukturschwäche eine besondere Unterstützung brauchen.

Zur Finanzierung dieser Aufgaben wollen wir den Solidaritätsbeitrag Ost in einen „**Soli Gleichwertige Lebensverhältnisse**“ umwandeln. Damit verhindern wir, dass sich die Spaltungslinie zwischen starken und schwachen Kommunen weiter vertieft. Politik kann regionale Unterschiede nicht komplett ausgleichen. Und sie wird scheitern, wenn sie das Geld mit der Gießkanne verteilt. Die Lösung sind **regionale Cluster** und die Entwicklung neuer Formen der Kooperation zwischen den Kommunen. Die Digitalisierung kann helfen, eine Grundversorgung

auch in strukturschwachen Regionen aufrechtzuerhalten, etwa durch E-Health-Systeme oder digitale Marktplätze und Bildungsangebote.

Chancengleichheit durch Bildung

Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht gerechte Lebenschancen und jedem Menschen, gleichberechtigt am demokratischen, sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben. Bildung ist dafür der zentrale Schlüssel, dass Menschen eigenverantwortlich und selbstbestimmt ihr Leben gestalten können und in der Arbeitswelt ihren Platz finden. **Bildung ist ein Grundrecht**, das der Staat und die Gesellschaft gegenüber jedem und jeder Einzelnen unabhängig von Herkunft einlösen müssen. Bildung muss von der frühkindlichen Bildung bis zum lebensbegleitenden Lernen den ganzen Menschen in seiner gesamten Lebensspanne in den Blick nehmen: als Privatperson, Staatsbürger*in und als wirtschaftlich Tätige*n.

Doch Kitas, Kindergärten, allgemeinbildende und berufliche Schulen stehen heute vor neuen Herausforderungen. In einer vielfältigeren Gesellschaft werden auch die Voraussetzungen, mit denen Kinder in das Bildungssystem aufbrechen, immer vielfältiger. Nicht allein die unterschiedliche Bildungsnähe von Elternhäusern muss heute durch das Bildungssystem ausgeglichen werden, sondern auch Fragen von Migration, veränderten Formen des Zusammenlebens in Familien, vom Leben in armen Stadtvierteln mit allen damit zusammenhängenden Problemen, von ellenlangen Schulwegen auf dem Land oder sich ändernden Arbeitswelten. All das prägt die Biografien und Kenntnisse von Kindern. Bislang gelingt es noch viel zu wenig, die Unterschiede auszugleichen und die **Potenziale ganz verschiedener Kinder** bei ihrer Entfaltung zu unterstützen. Wir wollen das Bildungssystem auf diese Herausforderungen bestmöglich vorbereiten, damit nicht mehr die Postleitzahl oder der Beruf der Eltern darüber entscheidet, ob ein Kind später arbeitslos oder Astronaut*in wird.

Das heißt zuallererst eine deutlich **bessere Mittelausstattung** für Kitas, Kindergärten, Schulen und das Bildungssystem insgesamt. Gute Schule beginnt mit gut ausgebildeten Lehrkräften, moderner Ausstattung und einem Unterricht, der den jungen Menschen in den Mittelpunkt stellt und stärkt. Das Bildungssystem muss so weit wie möglich ungleiche Startchancen im Leben ausgleichen. Dafür braucht es mehr Durchlässigkeit, längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung in inklusiven Ganztagschulen. Erst wenn aus Brennpunktschulen Leuchttürme und aus Defiziten Potenziale werden, können unerfüllte Träume zu ergriffenen Chancen wachsen. Kita und Schule sollen für jedes Kind den Weg öffnen, sich nach den eigenen Potenzialen und Talenten entwickeln zu können und später für sich zu sorgen. Jedes Kind sollte sich auf die Solidarität unserer Gesellschaft verlassen können und nicht auf glückliche Zufälle angewiesen sein. Um Unterschiede bei den sozialen Voraussetzungen auszugleichen, muss die frühkindliche Förderung erheblich ausgeweitet und ausgebaut werden. Eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung und Betreuung muss für alle Kinder zur Verfügung stehen – ganz egal, welche Voraussetzungen und Fähigkeiten sie mitbringen, ob sie eine Behinderung haben oder nicht.

Wir glauben an jedes einzelne Kind. Es geht uns darum, Sackgassen im Bildungssystem aufzulösen, **soziale Mobilität und Durchlässigkeit** herzustellen. Weil niemand ausgeschlossen bleiben darf, wollen wir Alphabetisierung und Grundbildung stärken und allen jungen Menschen einen Berufsabschluss ermöglichen. Bessere Bildungschancen für alle zu schaffen ist ein zentraler Schlüssel, sowohl für die zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes

gerade in Zeiten der Digitalisierung als auch für das Ziel einer inklusiven Gesellschaft und sozialer Gerechtigkeit.

Mit der zunehmenden Vielfalt sind auch die Anforderungen an Erzieher*innen und Lehrkräfte gestiegen. Kitas, Kindergärten, allgemeinbildende und berufliche Schulen müssen im 21. Jahrhundert viel mehr leisten als Betreuung oder reine Wissensvermittlung. Doch individuelle Förderung braucht Zeit und Raum. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung und der Abbau von Sprachbarrieren sowie Unterricht mit digitalen Mitteln können nur dann gelingen, wenn Bildungseinrichtungen als attraktive Lern- und Lebensräume auch personell gut ausgestattet werden. In Kitas brauchen wir deshalb überall im Land **gute Personalschlüssel**, in den Schulen setzen wir auf mehr Personal und multiprofessionelle Teams, die sich in ihren Kompetenzen ergänzen, gegenseitig entlasten und so alle Schüler*innen in ihren Stärken fördern können. Es sollte deshalb Standard sein, eine zweite Lehrkraft oder eine*n zweite*n Sozialpädagog*in in der Klasse zu haben.

Erwerbstätige mit Berufsausbildung verdienen im Laufe ihres Berufslebens eine viertel Million Euro mehr als diejenigen ohne Ausbildung. Deshalb braucht es bei **Bildungs- und Berufsabschlüssen** Garantien, die an die Stelle des unübersichtlichen Durcheinanders von Fördermaßnahmen treten. Der Übergang von der Schule in den Beruf darf nicht in einer Sackgasse enden, kein Ausbildungsschritt ohne Anschluss und Abschluss bleiben. Jede und jeder Jugendliche soll direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können, die angemessen bezahlt ist. Weder die soziale noch die regionale Herkunft dürfen ihnen dabei im Weg stehen. Und deshalb muss das Recht auf Bildung auch für das Lernen in späteren Lebensphasen gelten und Weiterbildung gerade für diejenigen, die davon bislang faktisch ausgeschlossen sind, gefördert und unterstützt werden.

Als wichtige Zukunftsinvestition müssen die Ausgaben für Bildung deutlich angehoben werden. Zugleich ist klar: Eine gute Bildungspolitik ersetzt keine gute Sozialpolitik. Denn Probleme wie Ausbeutung und soziale Ungleichheit kann Bildungspolitik allein nicht verhindern.

Gleiche Macht und gleiche Möglichkeiten für Frauen

Frauen haben heute auf dem Papier die gleichen Rechte wie Männer. In der Realität tun sich jedoch weiterhin große ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern auf. Wenn wir wollen, dass unsere Töchter nicht immer noch schlechter bezahlt werden als unsere Söhne, dass sie nicht mit der gleichen Armutgefährdung im Alter zu kämpfen haben wie die heutige Generation der Frauen, dann müssen wir in den nächsten Jahren unser Wirtschafts- und Sozialsystem endlich geschlechtergerecht aufstellen. Der Gender-Pay-Gap – heute etwa 20 Prozent – wird zum **Gender-Pension-Gap**: Frauen bekommen 60 Prozent weniger Rente als Männer. Diese Rentenlücke werden wir nicht durch kleinere Korrekturen im Rentenrecht lösen. Es geht uns darum, dass Frauen schon im Arbeitsleben echte Gleichberechtigung erfahren. Wir wollen, dass sie **gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit** erhalten wie ihre männlichen Kollegen. Dazu müssen vor allem die sozialen Berufe aufgewertet und besser bezahlt werden. Ehegattensplitting, Minijobs, die kostenlose Mitversicherung, kombiniert mit fehlenden Kita- und Hort-Plätzen, führen dazu, dass sich Erwerbstätigkeit für Frauen oft zu wenig lohnt. Wir wollen das Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht an **ökonomischer Unabhängigkeit** ausrichten.

Obwohl Frauen heute oft einer Erwerbsarbeit nachgehen, leisten sie weiterhin den Großteil der unbezahlten **Sorge- und Pflegearbeit**. Doch wenn Frauen dafür zu lange aus dem Beruf

aussteigen, finden sie oft nur schwer oder gar nicht in den Beruf zurück, mit den beschriebenen Folgen im Alter. Dabei wollen Mütter und Väter sich die Erziehung von Kindern oft gleichberechtigt aufteilen. Mütter wollen oft mehr, Väter tendenziell weniger Zeit bei der Erwerbsarbeit verbringen. Diese Wünsche können sie heute aber oft nicht realisieren. Wir wollen dafür die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Gerade in einer Phase mit Kindern brauchen Familien Flexibilität, gut ausgestattete Kitas, die Möglichkeit zur Partnerschaftlichkeit und die finanzielle Unterstützung dazu, die **Erwerbsarbeitszeit für eine bestimmte Zeit zu reduzieren**.

Familien stärken

In Familien wird Zusammenhalt gelebt. Die klassische Familie als gesellschaftlicher Mikrokosmos hat sich gewandelt. Menschen leben heute in vielen unterschiedlichen Familienkonstellationen. Aber der Kern von Familie ist eine ethische Beziehung, dass man nämlich Liebe, Zuneigung, Zeit und Geld gibt, ohne zu fragen, was man dafür kriegt. Diese ethische Dimension des Zusammenlebens in einer materialistischen Welt ist kostbar und verdient politischen Schutz. Wir wollen alle Familien unterstützen, **ob mit oder ohne Trauschein, ob alleinerziehend oder verpartnert, ob Patchwork oder in Mehr-Eltern-Konstellationen**. Kinder sind im wahrsten Sinne des Wortes unsere Zukunft. Eine Gesellschaft des Zusammenhalts stellt Kinder in den Mittelpunkt ihrer Politik und richtet die strukturellen Rahmenbedingungen daran aus. Dafür braucht es nicht nur eltern- und kinderfreundlichere strukturelle Rahmenbedingungen, sondern auch eine andere gesellschaftliche Atmosphäre.

Die finanzielle Absicherung von Familien darf sich deswegen nicht mehr nach der Frage richten, in welchem Lebensmodell die Eltern leben. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Kinder nicht länger ein Armutrisiko sind. Jedes Kind ist gleich viel wert. Ihr Aufwachsen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben soll die Solidargemeinschaft mit einer **Kindergundsicherung** unterstützen, unabhängig von Lebensweise oder Einkommen der Eltern. Sich um andere zu kümmern, die Eltern zu pflegen, mit Kindern zu spielen, Zeit zu teilen, für den Unterhalt zu sorgen: All diese Formen der familiären Solidarität verdienen unsere Anerkennung.

Ein Recht auf Wohnen

Unser Grundgesetz sichert die Freiheitsrechte sehr weitgehend ab. Soziale Grundrechte aber fehlen und werden behelfsmäßig aus dem Sozialstaatsgebot und der Würde des Menschen abgeleitet. Liberale Freiheitsrechte bleiben jedoch ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen nicht betrachtet werden. BÜNDNIS 90 hat sich im Rahmen des Einigungsprozesses dafür eingesetzt, auch **soziale Grundrechte** in unser Grundgesetz aufzunehmen. Das nehmen wir uns heute zum Vorbild und streben das erneut an. Damit folgen wir auch der europäischen Grundrechtecharta. Ein Beispiel dafür ist ein Recht auf Wohnen.

Wohnen ist zur zentralen sozialen Frage in unseren Städten geworden. Guter, bezahlbarer Wohnraum ist eine öffentliche Aufgabe. Hier muss das Primat des Gemeinwohls gelten, nicht das Primat des Marktes. Das **Recht auf Wohnen** wollen wir als einen Bestandteil von neuen sozialen Grundrechten in unser Grundgesetz aufnehmen. Die öffentliche Hand hat sich aus der Versorgung mit Wohnraum aber immer weiter zurückgezogen. Das wollen wir ändern und wieder einen hohen Bestand an öffentlichem und sozial gebundenem Wohnraum erreichen. Beim Wohnen sollte der Mensch im Vordergrund stehen. Unser Leitbild ist das einer lebendigen,

durchmischten und selbstbestimmten Stadt mit lebenswerten Wohnquartieren, in denen Menschen nicht nur wohnen, sondern auch arbeiten und ihre Freizeit gestalten können.

Die **soziale Verpflichtung von Eigentum** gilt bei Grund und Boden stärker als bei anderem Eigentum. Privateigentum von Immobilien muss sozialen Regelungen unterliegen und eine echte Mitbestimmung der Bewohner*innen und Mieter*innen ermöglichen. Renditeerzielung muss in ihrer Höhe begrenzt werden. Wir wollen genossenschaftliche Formen des Wohnens besonders fördern und weiterentwickeln. Der Gebäudebestand muss CO₂-neutral werden. Die Kosten für energetische Sanierungen dürfen nicht mehr auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Durch den verstärkten Einsatz von **erneuerbarer Energie im Wärmebereich** und durch **digitalisierte Steuerung** lässt sich eine deutliche und günstigere CO₂-Vermeidung erzielen. Der demographische Wandel braucht neue Konzepte, vom altersgerechten Umbau bis hin zu neuen Formen des Zusammenlebens der Generationen.

Gute Arbeit in der neuen Arbeitswelt

Erwerbsarbeit hat in unserer Gesellschaft eine zentrale Bedeutung, für viele ist sie mehr als nur Broterwerb. Über sie nehmen wir an der Gesellschaft teil, sie stiftet Sinn, das Arbeitsumfeld ist oft ein zentraler sozialer Bezugsrahmen. Umso bedeutender sind die Veränderungen, die sich für die Menschen in der Zukunft abzeichnen.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend. Während neue Möglichkeiten und Freiheiten winken, etwa um Leben und Arbeit besser zu vereinbaren, drohen zugleich neue Formen der Ausbeutung und Überforderung. Im Plattformkapitalismus verschwimmen die klassischen Grenzen von Arbeitgeber*in und Arbeitnehmer*in, zwischen Kunde und Unternehmen. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden wegfallen oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Aufgaben, die wir uns heute vielfach noch gar nicht vorstellen können, werden entstehen. Und von diesem Wandel werden wohl nicht nur Routinetätigkeiten betroffen sein. Künstliche Intelligenz kann dazu führen, dass selbst hochindividualisiertes, empathisches oder künstlerisches Tun in Konkurrenz zu Maschinen gerät. Spiel, Sprache, Kreativität – das galt lange als dem Menschen vorbehalten. Doch auch in diesen Bereichen entwickeln sich Roboter und künstliche Intelligenz immer weiter. Mit der Digitalisierung kann aber auch der Traum von Karl Marx Wirklichkeit werden, dass wir Menschen uns endlich von nicht gewollten Tätigkeiten befreien. Statt einer Entfremdung durch Arbeit würden wir demnach Selbstverwirklichung erreichen. Die Digitalisierung hat aber auch das Potenzial für einen Albtraum, dass Menschen nutzlos werden, die Gesellschaft ihre Integrationskraft durch Arbeit verliert und Menschen gezwungen werden, ihre Arbeitskraft in Konkurrenz zur Maschine anzubieten.

Der **Strukturwandel** der kommenden Jahre wird sich unterschiedlich auf die Menschen auswirken. Für manche wird sich wenig ändern, andere werden profitieren, einige werden ihre Arbeit verlieren und mit ihren bisherigen Qualifikationen nicht so leicht wieder Anschluss finden. Gerade diese Gruppe wollen wir mit Mitteln des Staates dabei unterstützen, Arbeit zu finden. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** umbauen, um einen **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** einzuführen.

Arbeit umfasst für uns aber nicht allein Lohnarbeit, sondern auch **unbezahlte Sorgearbeit** in Erziehung und Pflege sowie unbezahlte gesellschaftliche Arbeit, die nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet wird. Diese Arbeit ist existenziell für unsere Gesellschaft. Deshalb wollen

wir alle Menschen stärken, die füreinander Verantwortung übernehmen, und sie mit einer verlässlichen und guten Infrastruktur unterstützen. Und wir wollen, dass Sorge-Arbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt wird.

Es ist politische Aufgabe, Ideen zu entwickeln, um den Wandel der Arbeitswelt solidarisch und gerecht zu gestalten. Diese Aufgabe ist nicht kleiner, als es die Herausforderungen zu Beginn der Industrialisierung waren: Damals waren Dinge wie Arbeitsschutz, eine Fünf-Tage-Woche oder gesetzlicher Jahresurlaub für die Menschen zunächst kaum vorstellbar. Gerade deshalb machen sie Mut, auch große Aufgaben anzupacken.

So sehen wir auch heute ein großes Potenzial, Arbeitszeit weiter zu verkürzen, sie mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und **Arbeit umzuverteilen**, sowohl Erwerbs- als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer gerechteren Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Es ist daher Zeit für einen Paradigmenwechsel: Wir wollen, dass sich künftig die Arbeit am Leben der Menschen ausrichtet und nicht länger das Leben an der Arbeit. Dafür braucht es mehr Mitsprache bei Umfang, Art und zeitlicher wie örtlicher Lage der Arbeit.

Das Leben ist ein Puzzle aus unterschiedlichen Bereichen – der Job, unentgeltliche Arbeit, die Familie, die Partnerschaft, der Haushalt, die Freundinnen und Freunde, das gesellschaftliche Engagement, die Hobbys. Erwerbsarbeit sollte so gestaltet werden können, dass Zeit für alle Bereiche bleibt. Denn das Leben ist bunt. Und das Leben verändert sich über die Jahre. Auszubildende haben andere Bedürfnisse als ein Vater von zwei kleinen Kindern. An die Filialleiterin richten sich neue, zusätzliche Anforderungen, wenn ihre alt gewordenen Eltern Unterstützung brauchen. Ein einziges Arbeitszeitmodell reicht nicht aus für ein ganzes Erwerbsleben. Wir schlagen einen **Vollzeit-Arbeitszeitkorridor** im Bereich von 30 bis 40 Stunden vor. Innerhalb dieses Korridors sollen Beschäftigte – unter Einhaltung von Ankündigungsfristen – ihren Arbeitszeitumfang frei bestimmen können. Zudem wollen wir besondere Zeiten für Erziehung, Pflege und Weiterbildung. Und um den Möglichkeiten und Bedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen, aber keine weitere Einschränkung der Rechte von Arbeitnehmer*innen zuzulassen, streben wir an, dass Unternehmen ein **Überstundenkonto** einrichten, das die gesammelten Überstunden des Betriebes erfasst. Wir wollen damit den Missstand von Millionen nicht erfasster und nicht bezahlter Überstunden transparent machen.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung und die Steigerungen der Produktivität wollen wir nutzen, um Menschen in die Lage zu versetzen, souveräner gegenüber Arbeitgeber*innen zu agieren und nicht jede Tätigkeit zu jedem Lohn annehmen zu müssen. Unsere Steuern und Sozialleistungen müssen so verändert werden, dass es auch für Menschen mit geringem Einkommen möglich wird, Arbeitszeit zu verkürzen.

Ungleichheit verringern

In Gesellschaften, in denen Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt sind, sind die Menschen im Durchschnitt unzufriedener und weniger gesund. Soziale Probleme der Ungleichheit führen auch bei den Wohlhabenden zu einem Verlust an Lebensqualität. Zu große Ungleichheit ist auch wirtschaftlich schädlich und führt zu gesellschaftlicher Instabilität. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Ungleichheit in Deutschland zugenommen. Gerade einmal 45 Deutsche besitzen derzeit so viel wie die ganze ärmere Hälfte der Menschen im Land. Löhne und Kapitalgewinne haben sich weiter auseinanderentwickelt. Die Spaltung ist in den

vergangenen beiden Jahrzehnten in Deutschland zu groß geworden und schadet dem Zusammenleben. Wir streben eine gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen an.

Ein gewisses Maß an ökonomischen Unterschieden regt auch zu Leistung an, belohnt unternehmerisches Geschick und fördert die Bereitschaft, Risiken einzugehen. Neue Ideen, Trends, Erfindungen realisieren sich über neue Geschäftsideen. Und viele Menschen beziehen ihre Motivation für Bildung und Teilhabe geradezu aus dem Versprechen, dass ein sozialer Aufstieg möglich und erstrebenswert ist. Diese Ungleichheit, die wirtschaftliche Dynamik ermöglicht und von der auch die Schwächsten noch profitieren, ist gerechtfertigt. Ungleichheit dagegen, die allein auf ererbtem Vermögen und Privilegien beruht, die Chancengleichheit verhindert und das Aufstiegsversprechen aushöhlt, lehnen wir ab.

Eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit und Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der **Sozialpartner**. Dabei wollen wir sie stärken. Doch eine erneuerte sozial-ökologische Marktwirtschaft braucht auch neue Instrumente, weil der Druck auf die Sozialpartner immer größer wird. Tariffucht und Strukturwandel untergraben ihre Möglichkeiten immer weiter. Und gerade die großen Digitalkonzerne versuchen, Betriebsräte und Tarifverträge zu verhindern. Wir wollen die **kollektive Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder **stärken** und **prekäre Beschäftigung überwinden**. Unternehmer*innen, die einem Tarifvertrag angehören und einen Betriebsrat fördern, sollen gegenüber denjenigen bevorzugt werden, die aus Tarifverträgen flüchten und ihre Gewinne auf dem Rücken der Beschäftigten machen.

Auch die Rolle der Politik wird dabei wichtiger werden, der gesetzliche Mindestlohn ist dafür ein gutes Beispiel. Ein **starkes Arbeitsrecht** ist unerlässlich für einen funktionierenden Sozialstaat. Dazu zählen faire Löhne, Lohngleichheit, klare Vorgaben zu Arbeits- und Gesundheitsschutz und Regelungen von Arbeitszeiten.

Wenn ein großer Teil des Wohlstandes etwa durch Monopolgewinne in die Hände weniger fließt, lässt sich das allerdings auch durch das beste Steuersystem der Welt nicht korrigieren. Das Steuersystem soll dazu beitragen, Teilhabe am Wohlstand gerecht zu organisieren. Ein gutes Steuersystem ist Voraussetzung für eine funktionierende Staatlichkeit mit Straßen, Schulen, Schwimmbädern und Krankenhäusern, und es sorgt dafür, dass sich alle nach ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen sollen auch relativ mehr zur Finanzierung beitragen als Menschen mit geringeren materiellen Ressourcen. Während jedoch die Ungleichheit in der Vergangenheit zugenommen hat, hat die **korrigierende Wirkung unseres Steuersystems** nachgelassen. Wirtschaftlich bevorzugt unser aktuelles Steuersystem den Status quo der Vermögensverteilung. Hohe Vermögen werden bei der Steuererhebung nicht ausreichend berücksichtigt. Wir wollen Einkommen – egal ob Löhne, Gewinne oder Zinsen – gleich behandeln. Ein Steuersystem, das die wirtschaftliche Dynamik begünstigen will, konzentriert sich stärker auf bestehendes Vermögen und begünstigt stattdessen neue Aktivitäten und Investitionen. Wir wollen deshalb das Aufkommen der Steuern aus Kapital- und Gewinneinkommen und großen Vermögen wieder erhöhen.

Wenn sich Einzelne ihrer Steuerverantwortung entziehen können, zerstört das schleichend die Solidarität in einer Gesellschaft. Wir wollen deshalb **Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit und Sozialbetrug** wirksam **verhindern**. Diese Aktivitäten leben davon, dass sie geheim gehalten werden können. Deshalb ist für uns die **Pflicht zur Transparenz**, also zur Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse, das Mittel der Wahl, genauso wie eine Verwaltung, die in der Lage ist, das Recht effektiv durchzusetzen. Die höchsten Steuern nützen

nichts, wenn Einkünfte dem Fiskus entzogen werden. Transparenz und Anzeigepflichten sind die Voraussetzung dafür, Steuerdumping und Steuerhinterziehung zu verhindern.

Eigentum verpflichtet

Die Sozialbindung von Eigentum ist zu einer Floskel verkommen. Wir wollen sie wieder aktiv einfordern. Immer mehr Genossenschaften und soziale Unternehmer*innen stellen sich bereits heute der sozialen Verpflichtung von Eigentum. Diese Formen des Eigentums, die unser Gemeinwesen stärken, wollen wir begünstigen und zu einer **Gemeinwohlökonomie** weiterentwickeln.

Wissen spielt eine immer größere Rolle im Wirtschaftsprozess. Wie **geistiges Eigentum** ausgestaltet wird, das wird eine entscheidende Verteilungsfrage im 21. Jahrhundert. Die zum Teil exorbitanten Gewinne aus dem Gebrauch der Daten gehen häufig zu Lasten Dritter. In einem gewissen Sinn sind Daten öffentliche Güter. Wir alle produzieren sie unentwegt und hinterlassen Spuren. Es braucht für ihre Nutzung neue Regeln und auch neue Formen der Besteuerung wie etwa eine **Digitalsteuer**.

Über Privateigentum von **Boden** werden heute leistungslos hohe Renditen erzielt. Boden ist zu einem Spekulationsobjekt verkommen. Wir wollen einen Paradigmenwechsel hin zu mehr öffentlichem Eigentum an Boden, indem auch Kommunen ihr Vorkaufsrecht wieder stärker nutzen. Erbbau- und Erbpachtrecht wollen wir wieder stärken.

Aufbruch in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft

Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und Würde entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso fördert, wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf globale Gerechtigkeit zielt und gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert. Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und ökologische Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für eine erneuerte sozial-ökologische Marktwirtschaft.

Die **Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft** unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts muss die Spaltungstendenzen zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft heilen, die ökologische Wende abbilden, die ökonomische Leistungsfähigkeit erhalten und die Veränderungen der Arbeitswelt und des Begriffes der Arbeit selbst reflektieren sowie die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwinden. Wir brauchen eine Neuformulierung des politischen Leitbilds, nach dem sozial-ökologischer Fortschritt, freie Initiative und wettbewerbliche Leistungsfähigkeit zusammenpassen und kein Widerspruch sind. Sie bedingen sich gegenseitig.

Märkte und Wettbewerb für Gründergeist und Innovation

Märkte sind ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, und genau zu diesem Zweck wollen wir sie auch einsetzen. Der Wettbewerb zwischen Unternehmen ist die zentrale Triebfeder für Qualität, Innovation und Wohlstand. Dazu braucht es Freiheit für unternehmerisches Handeln und die Anerkennung von Leistung und Risikoübernahme. Ein

Staat, der für Innovation den passenden politischen Rahmen setzt, ist für uns auch deshalb von zentraler Bedeutung, weil nur so die technologischen Voraussetzungen geschaffen werden können, um den sozialen und ökologischen Wandel zu ermöglichen.

Eine zentrale Rolle dabei spielen **Gründerinnen und Gründer**. Sie sind die Treiber für innovative Sprünge. Ihnen wollen wir deshalb in Europa mehr Chancen bieten, ihre innovative Kraft zu entfalten. Dafür ist der europäische Binnenmarkt von großer Bedeutung. Hier müssen noch bessere Voraussetzungen für Start-ups geschaffen werden, insbesondere mit Blick auf einen finanzstarken **europaweiten Markt für Wagniskapital**. Auch in die Förderung von Forschung in oder für Start-ups muss mehr und langfristig investiert werden. Das eröffnet die nötige Dynamik und sorgt dafür, dass der Ideenreichtum der Vielen zum Nutzen aller eingesetzt wird. Regulierung muss kleine Unternehmen stärken und nicht, wie heute oft der Fall, benachteiligen.

Märkte allein aber garantieren keinen Wohlstand. Eine übersteigerte Marktgläubigkeit in den vergangenen Jahrzehnten hat dazu geführt, dass in mehr und mehr Bereichen eine Marktlogik eingedrungen ist. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass Märkte oft zukunftsblind und instabil sind und dadurch Wohlstand zerstören. **Klare Regeln** müssen sicherstellen, dass Märkte und Wettbewerb funktionieren und im gesellschaftlichen Interesse wirken. Denn ohne Regeln sind Märkte krisenanfällig, schaden der Breite des unternehmerischen Mittelstands, hebeln Wettbewerb durch Marktmacht aus oder tragen ihn auf Kosten von Löhnen und Qualität aus.

Mit Blick auf die großen Veränderungen durch Globalisierung und Digitalisierung ist es entscheidend, **fairen Wettbewerb** zu erhalten. Denn im Zuge der weitgehend unregulierten Digitalisierung und Globalisierung erleben wir eine Monopolisierung ganzer Branchen. Kleine und mittelständische Unternehmen, die ihre Produkte online bewerben wollen, kommen an den digitalen Giganten kaum noch vorbei. Die so überrannte Marktwirtschaft von heute droht zur **Machtwirtschaft** zu degenerieren. Ein zu großer Teil der Wertschöpfung fließt an wenige Finanzzentren, zu große wirtschaftliche Macht liegt bei wenigen großen Banken und Unternehmen. Für sie lohnen sich Lobbyismus und Übernahmen bislang deutlich mehr, als sich selbst dem Wettbewerb zu stellen. Durch Marktmacht erzielen diese Unternehmen hohe Rendite, auch wenn ihre Produkte nicht immer besser sind als die der Konkurrenz.

Natürliche Monopole in öffentliche Hand

Globale Monopole bedrohen den Wettbewerb, Innovation und das Primat der Politik. Wir haben stattdessen die Vision einer Welt, in der die Wirtschaft auf fairem Wettbewerb und einem **starken Mittelstand** basiert, in der Wirtschaft erfolgreich ist, weil es darum geht, echten Wohlstand für die Menschen zu schaffen im Einklang mit der Natur, und in der Mittelstand, Handwerk und Industrie sich ergänzen und beflügeln. Deshalb wollen wir ein **digitales Kartellrecht**, das Monopole reguliert, verhindert, auflöst oder vergemeinschaftet.

Die digitalen Plattformen sind meist werbebasierte Privatunternehmen. Aber sie werden benutzt wie eine öffentliche Infrastruktur. Wir wollen ein europäisches Gegengewicht schaffen und dafür einen **Förderfonds für öffentliche digitale Dienste** auflegen, die nach dem Open-Source-Prinzip arbeiten und ihre Algorithmen transparent machen müssen.

Wir wollen nicht alle Bereiche des Lebens kapitalisieren. **Infrastrukturen** sind eine öffentliche Aufgabe. **Öffentliche Güter und Institutionen** müssen für alle zugänglich sein und das muss der Staat garantieren. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des Rechts und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die kommunale

Daseinsvorsorge und die kommunale Selbstverwaltung dürfen nicht Optimierungs- und Privatisierungszwecken unterstellt werden. An den öffentlichen Räumen und Institutionen entscheidet sich zentral, ob alle gleichermaßen Zugang zu den relevanten Gütern für ein selbstbestimmtes Leben haben. Hier liegt eine entscheidende Voraussetzung für unsere Demokratie. Und hier liegt auch eine Voraussetzung für einen fairen ökonomischen Wettbewerb mit gleichen Zugangschancen.

Industriepolitik europäisch gestalten

Historisch betrachtet haben sich tiefgreifende Innovationen und neue Branchen selten allein über Marktprozesse etabliert. Bei ihrer Entstehung spielten staatliche Forschungsprogramme und Industriepolitik immer eine zentrale Rolle. So ist es auch zukünftig wichtig, dass der Staat Industriepolitik betreibt, um Innovationen voranzubringen und neue Branchen zu unterstützen. Der Staat muss Schwerpunkte setzen und mit den richtigen **Regulierungsrahmen und Anreizsystemen** Technologien und Innovationen vorantreiben, gerade in Bereichen, in denen der Markt das Risiko scheut. Im Moment der Wettbewerbsfähigkeit und eines funktionierenden Marktes muss er sich jedoch zurückziehen, um Innovationen und Kostensenkungen nicht zu behindern.

Der Fachkräftemangel ist schon heute eines der größten Probleme der Wirtschaft. Ihm muss mit einer guten Bildungspolitik, einem Ersatz von menschlicher Arbeit durch Digitalisierung und Automatisierung und einer entschlossenen und gut organisierten Einwanderungspolitik begegnet werden.

Nationalismus und der Konflikt um Rohstoffe haben Europa Krieg und Unglück beschert. Die Schlussfolgerung daraus war die Gründung der Montanunion, die in dem europäischen Binnenmarkt mündete. Jahrzehnte des Friedens haben uns vergessen lassen, wie sehr ökonomische Prozesse und nationalstaatliche Egoismen verflochten sind. Das ist gefährlich. Deshalb wollen wir heute den Weg einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft europäisch beschreiten und entsprechend die Industriepolitik mehr und mehr europäisch aufstellen.

Europäische Industriepolitik unterstützt auch kleine und mittlere Unternehmen bei der Digitalisierung, fördert den Transfer von Grundlagenforschung in die Praxis und zieht durch ein aktives Standortmanagement die besten Forscher*innen, Gründer*innen und Fachkräfte an.

Wir wollen einen **fairen globalen Wettbewerb** und nicht weniger Wettbewerb. Dafür brauchen wir eine nach ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtete europäische Industriepolitik, die Innovationen fördert und öffentliche Institutionen stärkt. Das beinhaltet auch, sich aggressiven Übernahmen entgegenzustellen, wo Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung zu unfairem Wettbewerb führen. Dafür wollen wir Kooperationen, Joint Ventures und Fusionen im Sinne des europäischen Wettbewerbsrechts ermöglichen. Der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen, Direktinvestitionen und Marktzutritte müssen auf der Basis von Standards und Gegenseitigkeit erfolgen. Eine Schlüsselrolle spielen dabei auch gerade öffentliche Ausschreibungen und Vergaben.

Eine europäische Industriepolitik muss auch die strategischen Interessen Europas berücksichtigen und die **europäische Vorstellung einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft** durchsetzen – wobei der europäische Markt den Menschen dienen muss, und zwar nicht nur in Europa. Dafür braucht es eine gemeinsame Definition und den entsprechenden Schutz von kritischer Infrastruktur und Schlüsselindustrien und ein auf unseren Grundwerten basierendes

Regelwerk für künstliche Intelligenz. So wie die europäischen Industriestandards und Normen aus dem 20. Jahrhundert weltweit den Maßstab für Produkte setzten, sollte das auch unser Anspruch in einer digitalisierten Welt im 21. Jahrhundert sein. Nur so können wir verhindern, dass andere die Normen setzen und damit unsere Werte aushöhlen.

Europäischer Rahmen für Wohlstand und Solidarität

Europäisch vereinheitlichte ökologische und soziale Regeln sind eine Grundvoraussetzung für einen Wettbewerb zwischen Unternehmen, der nachhaltigen Wohlstand schafft. Die Währungsunion soll um einen **sozialen Binnenmarkt** erweitert werden. Eine Politik, die Arbeitsmärkte liberalisiert, um sich über niedrige Löhne einen Wettbewerbsvorteil auf Kosten anderer in Europa zu sichern, ist unsolidarisch und auf Dauer nicht mit einer Währungsunion vereinbar, genauso wenig wie der in der EU besonders intensive Steuerdumpingwettbewerb. Diese falschen Konsequenzen der nationalen Regierungen nach der Bankenkrise, die die Einkommen vieler Menschen in Europa geschmälert und die Sozialsysteme geschwächt haben, haben mit dazu beigetragen, dass Europa für einige heute mehr Bedrohung denn Versprechen zu verheißen scheint. Das einseitige Sparen in der Krise hat dem Populismus direkten Auftrieb gegeben. Deshalb muss Europa, müssen die europäischen Mitgliedstaaten sozialer werden.

Die Wohlstandsunterschiede in der Union sind immens. Sie haben sich zuletzt sogar vergrößert. Wir wollen eine **Angleichung der Lebensverhältnisse** in Europa verwirklichen. Nur so kann auch die Freizügigkeit von allen Menschen als Gewinn erlebt werden. Dafür ist es notwendig, dass wohlhabende und starke Länder, allen voran Deutschland, bereit sind, einen größeren Beitrag zur europäischen Einheit zu leisten. Zumal gerade Deutschland von einer insgesamt prosperierenden EU auf längere Sicht profitieren würde. Deutsche Interessen stehen nicht gegen europäische. Sie verwirklichen sich erst durch ein geeintes Europa.

Grundsätze für den technologischen Wandel

Ein europäischer Weg für den technologischen Wandel

Eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft ist auf die freie Entfaltung menschlicher Neugierde und Kreativität angewiesen, auf wissenschaftlichen Forschungsdrang und Innovationsgeist, auf Optimismus und Offenheit. Wir wollen den technologischen Wandel so gestalten und nutzen, dass er Mensch und Umwelt nützt. Das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der Umkehrbarkeit von Entscheidungen gelten auch hier. Im **Zentrum allen Fortschritts steht der Mensch** in seiner Würde und Freiheit. Damit ist auch klar, dass Formen der Entwicklung genau dies gefährden können, die Würde und die Freiheit als Bedingung für das Menschsein. Nicht alles, was machbar ist, sollte auch getan werden. **Fortschritt** ist also politisch, und er **muss demokratisch gestaltet werden**.

In einer global verflochtenen Welt kann der technologische Wandel jedoch nicht von einem Land allein gestaltet werden. Die Rahmenbedingungen müssen wir in Europa setzen, weil wir nur so das nötige Gewicht haben. Wenn Europa die Basistechnologien des 21. Jahrhunderts nicht selbst mitgestaltet, wird es sich auf Technologien anderer verlassen müssen – und damit unter Umständen auf Standards, die nicht auf unseren eigenen Werten beruhen. Europa muss daher in der Entwicklung von Hard- und Software eigenständiger werden. Der **europäische Weg**

unterscheidet sich dabei fundamental von einem unreguliert kapitalistischen und einem autoritär gelenkten. Es geht darum, eine **strategische Souveränität der EU im Bereich der digitalen Infrastruktur** voranzutreiben.

Unser europäischer Weg setzt auf Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer durch und durch technisierten Welt mündig, aufgeklärt und damit demokratisch bewegen können. Dazu gehört es, Wissenschaft, Forschung und wirtschaftliche Innovationstätigkeit direkt und durch optimale Rahmenbedingungen zu fördern. Dabei werden Technikfolgen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigt. Der Einsatz neuer Techniken wird im demokratischen Diskurs ausgehandelt. Wir wollen die Gestaltung der Zukunft nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen, sondern verstehen sie als politische Aufgabe. Das bedeutet, im richtigen Maß auf **Regulierung und steuernde Anreize** zu setzen.

Der europäische Weg ist ein demokratischer Weg, der **Diskriminierung** in der digitalen Welt der Zukunft **verringert, statt sie zu reproduzieren**. Dazu müssen politische und gesellschaftliche Debatten organisiert werden. Die Zivilgesellschaft und die Bürger*innen werden immer wieder in Entscheidungen über technologische Pfade miteinbezogen. Die Auswahl von Entwicklungspfaden wird nicht dem Markt überlassen, sondern ist und bleibt politisch.

Den technologischen Wandel demokratisch gestalten

Der technologische Wandel ist an sich weder gut noch schlecht, er ist gestalt- und veränderbar. Aber er folgt einer Logik der Akkumulation von Einfluss, einem sich selbst verstärkenden Prozess. Dieser ist weit ausgeprägter als in der industriellen Zeit, weil Daten anders funktionieren als fossile Rohstoffe. Sie werden nicht verbraucht, sondern durch Nutzung immer mehr. Dadurch wird fraglich, ob die dezentrale Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber zentralistischen Systemen in der Vergangenheit so in der digitalen Zeit noch gilt. Die Informationseffizienz scheint bei zentralen Systemen größer, was dazu führen kann, dass undemokratische Staaten einen Wettbewerbsvorteil gegenüber demokratischen haben. Wenn wir die Digitalisierung also nicht politisch gestalten, sondern den Trends des freien Marktes überlassen, dann wird sie sich nicht entlang unserer Werte bewegen. Dann entscheiden weltweit agierende Konzerne und autoritäre Staaten nach Maßgabe des zu erwartenden Gewinns oder des politischen Zwecks über unsere Zukunft und nicht demokratisch gewählte Politik zum Wohle der Menschen.

Daten bedingen die Wissensökonomie und Digitalwirtschaft. Übermäßige Datenmacht und Datenmonopole gilt es zu verhindern und aufzubrechen. Der Umgang mit Daten muss geleitet sein von **Nachvollziehbarkeit und klaren Haftungsregeln auch bei** datenverarbeitenden Systemen. Es braucht Maßnahmen zum Schutz von Daten und Privatheit. Unternehmen und Behörden, die über viele Daten verfügen, müssen demokratisch kontrolliert werden – so muss jederzeit transparent sein, wozu und wie sie diese Daten verwenden. **Staatliche Daten werden** in anonymisierter Form **allen zur Verfügung gestellt**. Sie bieten eine gute Grundlage für Innovation und Wertschöpfung. Staatliche Institutionen verpflichten sich, nur solche Software zu verwenden, die portabel ist, also von anderen Betreiber*innen ebenfalls genutzt werden kann.

Die immer genauere Nachverfolgbarkeit und Ziselierbarkeit von Daten wirft erhebliche neue Gerechtigkeitsfragen auf. Menschen werden womöglich keine Kredite bei Banken mehr bekommen, wenn ihr Lebenswandel in allen Einzelheiten sichtbar ist, sie werden teurere oder eben keine Krankenversicherungstarife bekommen, wenn ihre DNA-Akte eine Anfälligkeit für

Krankheiten aufweist, vor Gericht werden andere Urteile gesprochen werden, wenn der gesamte Lebenslauf mit allen Einflüssen über künstliche Intelligenz ermittelt und vorausberechnet wird. **Datenschutz ist daher Schutz vor Entsolidarisierung.** Gemeinsamkeit ist auf einen gewissen Grad an Intransparenz angewiesen. Die **Diskriminierung durch Maschinen** wollen wir **verhindern**, indem nicht unbegrenzt Daten eingeholt werden dürfen.

Es braucht klare **Transparenz- und Haftungsregeln.** Dazu gehören auch die Entscheidung über einen eigenen Rechtsstatus („Elektronische Person“) für Manifestationen künstlicher Intelligenz wie zum Beispiel selbstfahrende Autos oder die Entscheidung über die Einführung einer Pflicht zum Abschluss einer Versicherung, aus der eventuell entstehende Schäden bezahlt werden können. Auch wenn Maschinen selbst lernen, muss dies so geschehen, dass daraus entspringende **Entscheidungen nachvollziehbar** bleiben, damit sie demokratisch kontrolliert werden können und damit klar ist, wer diese Entscheidungen verantwortet. Sicherstellen wollen wir das durch eine **Kombination aus Technologien, Regulierung und geeigneten Aufsichtsinstitutionen.** Auch bereits beim Design neuer Verfahren müssen diese Anforderungen mitgedacht werden – sei es bei einzelnen Algorithmen, sei es bei der Vision einer intelligent vernetzten Stadt. Europa muss hier den Standard setzen.

Als **Prinzip** muss gelten: **Entscheidungen, die in Grundrechte eingreifen, dürfen nur von Menschen – in demokratisch festgelegten Verfahren – getroffen und nicht Maschinen und Algorithmen überlassen werden.**

Grund- und Freiheitsrechte müssen selbstverständlich auch bei der Anwendung neuer Technologien gelten. Dies durchzusetzen, sehen wir als wichtige staatliche Aufgabe. Dies gilt erst recht dort, wo private Plattformen einen quasi öffentlichen Kommunikationsraum schaffen und bislang Fake News, Echokammern, Hate Speech und manipulierende Bots ihre toxische Wirkung entfalten können.

Es darf keine Ungleichheit in der Durchsetzung des Rechts geben. Die Standards des Rechtsstaats in der analogen Welt müssen denen in der digitalen Welt entsprechen. Die Umsetzung wird im Digitalen in vielen Fällen eine andere sein müssen, die **verlässliche Verankerung rechtsstaatlicher Prinzipien** darf dadurch aber nicht in Frage gestellt sein. Der Grad der Rechtsdurchsetzung muss demjenigen der analogen Welt entsprechen. Dafür wollen wir zunächst auf nationaler und europäischer Ebene vorangehen, wie es bei der Datenschutz-Grundverordnung gelungen ist, und auf dieser Grundlage dann globale Übereinkünfte zur demokratischen Regulierung vereinbaren.

Aber es ist nicht nur die Digitalisierung, deren Pfad bewusst gestaltet werden muss. Auch wenn die Versprechen der klassischen **Gentechnik** bis heute nicht eingelöst sind, so sind alte und neue gentechnische Verfahren doch in der Welt. Heute sind wir gefordert, differenzierte Maßnahmen zur Regulierung der neuen Gentechnik zu finden. Den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in geschlossenen Systemen wie etwa Bioreaktoren halten wir für weitgehend unproblematisch. Im medizinischen Bereich ist eine strikte Regulierung notwendig, die auch ethische Fragen berücksichtigt und Eingriffe in die menschliche Keimbahn ausschließt. Der bisherige Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft hat agrarindustrielle Strukturen auch aufgrund der Ausgestaltung des Patentrechts gestärkt und den Pestizideinsatz erhöht. Es sind Auskreuzungen und Resistenzen entstanden. Bezüglich neuer gentechnischer Verfahren halten wir an einem **strengen Zulassungsverfahren** und an der **europäischen Orientierung am Vorsorgeprinzip** fest.

Für einen feministischen technologischen Wandel

Wir wollen verhindern, dass Ungleichheit zwischen den Geschlechtern digital verstärkt wird. Der technologische Wandel kann zum **Vorteil für Frauen und Mädchen** werden, wenn wir ihn feministisch gestalten.

Hass im Netz, Beschimpfungen bis hin zu Vergewaltigungs- und Morddrohungen trifft heute Frauen und marginalisierte Gruppen besonders stark. In der Folge oder aus Angst davor ziehen sie sich immer stärker aus dem Diskursraum des Netzes zurück. Nur wenige Frauen bringen Hass und Gewalt im Netz zur Anzeige, und wenn sie es tun, treffen sie auf Unwissen und Unverständnis bei Polizei und Justiz. Wir wollen, dass es in diesen Institutionen flächendeckend Fort- und Weiterbildungen zum Umgang mit Sexismus und geschlechtsspezifischer Gewalt gibt.

Wichtige Errungenschaften und Erkenntnisse bei der Entwicklung der digitalen Welt und in der Informatik sind auch Frauen zu verdanken. Programmieren war ursprünglich ein von Frauen dominierter Beruf. Ihre Leistungen wurden zwar genutzt, sie selbst blieben aber bis in die jüngste Zeit oft unsichtbar. Dadurch fehlen wichtige Vorbilder vor allem für Mädchen, um sich für digitale und technische Berufe zu interessieren. Um die **Hürden für Mädchen abzubauen**, kommt der Schule eine besondere Rolle zu. Denn hier lernen Mädchen und Jungen etwas über Technik und über Rollenbilder – oder sie lernen es nicht. Wir wollen deswegen, dass Rollenbilder und Geschlechternormen sowie ein kritischer Blick darauf künftig im Unterricht und in der Lehrer*innen-Ausbildung thematisiert werden.

Neue Bildungskompetenzen fördern

Wir wollen Menschen dazu befähigen, kompetent und selbstbestimmt in einer Welt entscheiden und handeln zu können, die durch den schnellen technologischen Wandel gekennzeichnet ist – eine Welt, die wir nicht überblicken können. Eine wichtige Grundlage dafür ist gute Bildung, denn diese ermöglicht erst eine demokratische und selbstbestimmte, eine **mündige Gesellschaft**. Deswegen ist uns das gleiche Recht auf Bildung für alle Menschen so wichtig.

Bildung ist für uns mehr als Ausbildung und reine Wissensvermittlung. Sie muss den ganzen Menschen in den Blick nehmen. Neben der Lernfähigkeit an sich, neben dem Erhalt von Neugierde, Wissensdurst und Kreativität, neben ganz grundlegenden Fähigkeiten wie Rechnen, Schreiben und Lesen muss sie den Menschen zu kritischem Denken, nachhaltigem Handeln und verantwortungsvollem Entscheiden befähigen und die **selbstbestimmte Teilhabe an einer technisierten Gesellschaft** ermöglichen. Wir wollen das spezifisch Menschliche in der Bildung stärken, denn darin liegen die Fähigkeiten, die in Zeiten der Digitalisierung an Bedeutung gewinnen: Es geht dabei um das Erleben der eigenen Selbstwirksamkeit und die daraus erwachsende Verantwortung, es geht um Fähigkeiten zu Kommunikation und Kollaboration, um Kreativität und kritisches Denken, es geht darum zu erfahren, was es heißt, gemeinsam demokratische Entscheidungen zu treffen und mit- und voneinander zu lernen, es geht um Antidiskriminierung und soziales Lernen, um Fähigkeiten, die uns helfen, Probleme zu lösen, sowie um einen anderen Umgang mit Sexismus und Rollenbildern. Dies sind zugleich die Fähigkeiten, die am ehesten Zufriedenheit, Selbstbestimmung und soziale Zugehörigkeit ermöglichen. Diese Fähigkeiten müssen gelernt und erlebt werden, und es reicht nicht aus, allein digitale Technik in Schulen zur Verfügung zu stellen – zumal, wenn nicht gleichzeitig auch fachkundige Lehrkräfte ausreichend vorhanden sind. **Nicht die Digitalisierung muss in die Schulen, sondern unsere Bildungseinrichtungen müssen rein ins digitale Zeitalter.** Schulen sollen

ein demokratischer Ort sein, an dem Kinder und Jugendliche gestärkt und nicht geschwächt werden.

Bisher leistet Schule jedoch zu wenig, um die notwendigen Fähigkeiten zu entwickeln. Vor allem in den weiterführenden Schulen muss es darum gehen, Lernprozesse so zu verändern, dass Schüler*innen fachliches und überfachliches Wissen anwenden und weiterentwickeln können. Unser Fokus beim digitalen Lernen liegt auf der **Medienkompetenz** und der **digitalen Mündigkeit**. Denn Bildung als Erziehung zur Mündigkeit, zu Kritikfähigkeit und nachhaltigem Denken stärkt das demokratische und soziale Miteinander und ist die Basis für eine offene und demokratische Gesellschaft, in der Vielfalt und Respekt gegenüber der eigenen Umwelt großgeschrieben werden. In einer Welt, in der das Internet nicht nur globaler Wissensspeicher ist, sondern auch ein Propagandamedium, sind kritische Medienkompetenz und digitale Bildung ebenso wichtig wie kulturelle und Demokratiebildung, und zwar in jedem Alter. Im Bereich der digitalen Kompetenzen und der Mediennutzung benötigen wir eine Bildungsoffensive, die sich auch gezielt an ältere Menschen richtet, damit auch sie die Möglichkeiten der digitalen Welt selbstbestimmt und sicher nutzen können.

Gerade in diesen Bereichen ist auch die **außerschulische Bildung** von großer Bedeutung. In einer Welt, die immer komplexer wird, müssen gerade junge Menschen früh die Möglichkeit erhalten, diese sich auch jenseits der formalen Bildungsstrukturen selbst zu erschließen und ihre Interessen selbstbestimmt zu vertreten. Mit großem Engagement wird in vielen Vereinen, Jugendverbänden und Bildungsstätten gelernt sich einzubringen, mitzubestimmen und unsere Gesellschaft voranzubringen. Dieses Engagement muss ausreichend Raum und finanzielle Möglichkeiten erhalten sowie weiter gefördert und anerkannt werden.

Nicht zuletzt muss Bildung stärker als jemals zuvor in jedem Alter eine Selbstverständlichkeit sein. Investitionen in die berufliche Bildung, Weiterbildung und berufliche Qualifizierung sind Kernbestandteil einer Politik, die es allen Menschen ermöglicht, an einer Arbeitswelt im Wandel erfolgreich teilzunehmen. Weil das Lernen längst nicht mehr mit dem ersten Schul- oder Berufsabschluss endet, muss das Recht auf Bildung auch für das Lernen in späteren Lebensphasen gelten. Weiterbildung ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die besser gefördert werden muss. Wir wollen das **Grundrecht auf Bildung auf die berufliche Weiterbildung ausweiten**, um so ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Dazu braucht es Instrumente, die niemanden zurücklassen und jedem und jeder die Möglichkeit geben, Bildungszeit in Anspruch zu nehmen. Wer sich weiterbildet, soll mit einem auf die jeweilige Einkommenssituation zugeschnittenen Mix aus Darlehen und Zuschuss gefördert werden. Wer weniger hat, bekommt mehr und umgekehrt. So können alle die Kosten der Weiterbildung finanzieren, den Lebensunterhalt sichern und Einkommensverluste abmildern.

Wie dieses Bildungsideal am besten mit Leben gefüllt werden kann, wird sich möglicherweise je nach Umständen und je nach Schule anders darstellen. Dabei müssen die Qualität der Bildung sowie die notwendige Personalausstattung im Mittelpunkt stehen. Denn unser Bildungssystem steht durch den gesellschaftlichen und technologischen Wandel vor neuen Herausforderungen. Es muss Menschen schon heute auf Berufe vorbereiten, die es erst morgen geben wird. Zugleich tragen Menschen in einer vernetzten Welt in zunehmendem Maße Verantwortung für sich und ihre Umwelt. Wir wollen daher das **Bildungssystem für das 21. Jahrhundert** neu gestalten. Es braucht mehr Ressourcen und mehr Autonomie für die einzelnen Einrichtungen.

Optimale Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung

Wissen trägt zur Selbstbestimmung der oder des Einzelnen bei und zeichnet moderne Gesellschaften aus. Wir stehen für **evidenzbasierte Politik. Fakten statt Fake**. Mehr wissen ist besser als weniger wissen. Nur zusammen mit der Wissenschaft kann unsere Gesellschaft die vor uns liegenden Herausforderungen in Angriff nehmen, wie etwa die Wasserknappheit, die Klimakrise, Ressourceneffizienz und Elektromobilität. Wir brauchen die Wissenschaft als Problemlöser. Wir wissen: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt hat mit zur globalen ökologischen Misere beigetragen. Aber Wissenschaftler*innen haben auch die Misere als Erste erkannt, ihre Erkenntnisse in die Öffentlichkeit getragen und frühzeitig an Lösungen gearbeitet. Beispiel ist die mit großen Datenmengen arbeitende Klimaforschung. Ohne Forschung und Entwicklung gäbe es heute keine Energiewende. Ohne Wissenschaft gäbe es kein Recycling. Wissenschaftlich-technischer Wandel eröffnet Pfade in eine nachhaltige Zukunft.

Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sind zentrale Aufgaben für einen Staat, der **den großen Herausforderungen der Zukunft zuversichtlich gegenüberzutreten** möchte. Bisher ist Deutschland hier noch zu zurückhaltend. Die Prioritäten sind falsch gesetzt und es fehlt der Mut zu radikalen Innovationen.

Der schnelle technologische Wandel wälzt die Wirtschaft um. Seit der Jahrtausendwende ist gut die Hälfte der 500 umsatzstärksten Firmen vom Markt verdrängt worden. Heute sind es junge Technologiefirmen aus den USA und China, die die Liste der weltweit größten börsennotierten Unternehmen anführen. Europas wirtschaftliche Stärke hängt heute noch zu einem großen Teil von vordigitalen Kernindustrien ab. Der technologische Umbruch in der Weltwirtschaft ist daher auch für Deutschland und Europa eine fundamentale Herausforderung. Wenn wir mitgestalten wollen, welche technologischen Pfade beschritten werden und welche nicht, wenn wir ökologische und soziale Folgen berücksichtigen wollen, muss Europa bei den neuen Technologien global auf Augenhöhe gestalten können. Europa muss **attraktiv für die großen Forscher*innen der Gegenwart** sein.

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft müssen sich dieser Aufgabe gemeinsam stellen. Das bedeutet die Forschungsförderung auszubauen und Investitionen in Schlüsseltechnologien, wie sie heute künstliche Intelligenz oder Quantentechnologie darstellen, zu erhöhen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen müssen beim Wissenstransfer unterstützt werden, damit neue Technologien mit ihren Potenzialen tatsächlich eingesetzt werden und der Sprung von der Innovation zum Markt gelingt. Durch eine **steuerliche Forschungsförderung** wollen wir außerdem Investitionen in Forschung und Entwicklung fördern.

Insbesondere **Hochschulen und Forschungseinrichtungen** sind Kristallisationskeime für die Idee einer besseren Zukunft und deren Gestaltung. Hier findet Grundlagenforschung statt, entstehen technische ebenso wie soziale und geistige Innovationen, auch im Sinne von Firmengründungen aus der Wissenschaft heraus. Hier kommt das Neue in die Welt, aber hier ist auch der Ort, um unterschiedliche Szenarien, Ideen und Optionen abzuwägen sowie die Risiken und Folgen neuer Technologien zu bewerten und zur Debatte zu stellen. Damit dies gelingt, brauchen wir Wissenschaftler*innen, Denker*innen und Entwickler*innen mit Neugierde, Innovationsfreude, geistiger Freiheit, Kreativität und Verantwortungsbewusstsein. Hochschulen waren dabei immer auch ein Ort der kritischen Selbstreflexion unserer Gesellschaft. Wissenschaft analysiert gesellschaftliche Veränderungen, erkennt frühzeitig politische Umbrüche und diskutiert sie. In einer komplexer werdenden Welt gewinnen daher gerade auch Orientierungswissenschaften wie Geistes- und Sozialwissenschaften an Bedeutung. Technische Disziplinen können davon profitieren.

Für uns ist Fortschritt demokratisch zu gestalten. Nicht nur das Außenverhältnis der Wissenschaft zu einer mündigen Zivilgesellschaft, die an der Gestaltung der Zukunft aktiv teilhat und teilhaben will, ist hier relevant, auch nach innen setzen wir uns für **demokratisch organisierte Hochschulen** ein.

Optimale Bedingungen für die Wissenschaft, für Forschung und für Lehre: Das meint eine Freiheit, die nicht nur auf dem Papier steht. Politische Steuerung der Forschung hieße: Forschung auf Themen zu begrenzen, die mehrheitsfähig sind. Neues Wissen entsteht jedoch oft in Nischen und in der Opposition zur Mehrheit. Die Selbstorganisation der Wissenschaft ist oftmals deutlich effizienter im Erkennen von weißen Flecken auf den Landkarten des Wissens. Es braucht die **Freiheit von Wissenschaft und Forschung**, um kreativ und neugierig Neues zu denken und mit Mut Neues zu erfinden. Oft weiß man nicht, was neues Wissen bringt, das später maßgeblich zum Fortschritt beiträgt. Neue Fragestellungen können ungemütlich für die Gesellschaft und Politik sein. Das müssen eine evidenzbasierte Politik und eine demokratisch diskutierende Öffentlichkeit aber aushalten.

Wir sehen es als staatliche Aufgabe an, dafür zu sorgen, dass Wissenschaftler*innen und Studierende frei agieren können – ohne Angst und ohne Abhängigkeiten. Damit dies gelingt, brauchen Hochschulen eine **gute Grundfinanzierung**. Studierende brauchen zeitliche und inhaltliche Freiräume, um aus dem Studium mehr mitzunehmen als nur berufsbezogenes Wissen, um wirklich frei studieren zu können. Heute ist die Aufnahme eines Studiums noch immer stark von der sozialen Herkunft abhängig. Das wollen wir überwinden.

Hochschule und Forschungseinrichtungen, Wissenschaftler*innen und Studierende agieren schon heute in einem internationalen Kontext. Die **Wissenschaft kennt keine Grenzen**, sondern lebt vom Austausch. Entsprechend wichtig ist es uns, dass die Hochschulen und Universitäten in Europa eine internationale Strahlkraft entwickeln und global sichtbar sind. Eine freie, auskömmlich öffentlich finanzierte Wissenschaft steht in einem Rechenschaftsverhältnis zur Gesellschaft. Deswegen setzen wir uns für **Transparenz** darüber ein, wie Forschung finanziert wird, welche Projekte und Themen beforscht werden. Öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse müssen der Gesellschaft im Sinne des **Open Access** zugänglich gemacht werden. Ethische Fragen müssen in der Wissenschaft und mit der Gesellschaft diskutiert und demokratisch ausgehandelt werden. Auch hier gilt, dass nicht alles, was denkbar ist, auch gemacht werden darf. Es braucht eine **verlässliche Technikfolgeabschätzung** auch in der Forschung.

Gesellschaftliche Debatten organisieren

Den schnellen technologischen Wandel politisch zu gestalten heißt auch, ihn der gesellschaftlichen Debatte überhaupt erst einmal zugänglich zu machen. Ein gutes Beispiel dafür sind die mit den Lebenswissenschaften verbundenen Debatten. Auf der einen Seite locken medizinische Fortschritte, die Leid verringern und Krankheiten heilen können. Auf der anderen Seite stellen sich ethische Fragen nach den Grenzen medizinischer Eingriffe, vor allem dort, wo sie durch Veränderungen des Erbguts auch das Leben künftiger Generationen betreffen. Die Möglichkeiten der medizinischen Gentechnik und Reproduktionsmedizin ziehen neue Fragen nach sich. Ist alles, was machbar ist, auch wünschenswert? Welche Interessen verbergen sich dahinter, welche möglicherweise nicht intendierten Folgen sind damit verbunden?

Wir wollen, dass die Menschen selbstbestimmt Entscheidungen über ihren Körper und ihr Leben treffen können. Dazu brauchen sie **umfassende Informationen**, damit Vor- und Nachteile abgewogen werden können. Was aber passiert, wenn die Chance auf mehr Selbstbestimmung zur gesellschaftlich erwarteten Pflicht wird?

Einfache Antworten kann es hier nicht geben. Deshalb ist Politik gefragt, diese Debatten in der Gesellschaft zu organisieren. Das betrifft die Lebenswissenschaften genauso wie die Werte einer digitalen Gesellschaft oder die Ziele und Grenzen künstlicher Intelligenz. Politik muss dafür sorgen, dass alle Beteiligten und potenziell Betroffenen zu Wort kommen und gehört werden können. Verfahren wie die Bürgerversammlung oder der Diskurs unter „Zufallsbürger*innen“ können dabei helfen.

Grundsätze einer vielfältigen Demokratie

Zusammen in der Demokratie der Vielen

Demokratie ist die Grundlage für unser freies, gerechtes und friedliches Zusammenleben. Menschen eignen sich ihre Zukunft gemeinsam an und treffen gemeinsame Entscheidungen.

Deutschland gilt im internationalen Vergleich als eine der erfolgreichsten und stabilsten Demokratien. Die Liberalisierung unserer Gesellschaft, die fortschreitende Gleichstellung von Frauen sowie jahrzehntelange Einwanderung, nicht zuletzt durch offene Grenzen innerhalb Europas, haben unser Land offener, freier, gerechter und demokratischer gemacht. Menschen, die lange an den Rand gedrängt waren, erheben ihre Stimme, setzen ihre Rechte durch, besetzen wichtige Funktionen und sind heute ein sichtbarer Teil unseres Gemeinwesens. In einer offenen, vielfältigen Gesellschaft nehmen immer mehr ganz unterschiedliche Menschen „am Tisch“ Platz. Also dort, wo Entscheidungen getroffen werden.

Das führt zu **mehr Selbstbestimmung, mehr Gerechtigkeit und mehr Demokratie**. Außerdem erhöht es nachhaltig die Qualität der Entscheidungen durch die größere Vielfalt an Blickwinkeln. Je mehr unterschiedliche Interessen und Werthaltungen am Gesellschaftstisch versammelt sind, desto wichtiger, aber auch anstrengender werden die demokratischen Aushandlungsprozesse. Diese Entwicklung führt also zu neuen Debatten, Auseinandersetzungen und Herausforderungen, die – so hart und schwierig sie im Einzelnen auch sein mögen – doch ein Zeichen dafür sind, dass unsere Gesellschaft sich entwickelt.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass nicht alle, die sich heute beteiligen können, dies auch tun. Zwar öffnen sich demokratische Verfahren für immer mehr Menschen, aber dennoch fühlen sich zu viele Menschen immer noch nicht vertreten. Die niedrige Wahlbeteiligung insbesondere in sozialen Brennpunkten und abgehängten Regionen macht uns Sorgen. Wenn sich ganze Bevölkerungsteile nicht mehr politisch beteiligen, dann führt soziale Spaltung zu demokratischer Spaltung.

Für uns bedeutet die offene Gesellschaft einen wesentlichen demokratischen Fortschritt. **Menschen sind unterschiedlich, aber ihre Rechte und ihre Würde sind gleich**. Eine offene Gesellschaft entwickelt sich stets weiter und tariert permanent die Regeln ihres Zusammenlebens neu aus. Der Souverän eines demokratischen Staates sind die Staatsbürger*innen, der Verantwortungsbereich der Demokratie ist die gesamte Bevölkerung. Mehr als jede*r Zehnte, die und der hier lebt, arbeitet, lernt oder Kinder erzieht, ist in

Deutschland immer noch von politischer Teilnahme ausgeschlossen, weil die Staatsbürgerschaft fehlt. Eine schnellere und **vereinfachte Einbürgerung**, die **Akzeptanz von Mehrstaatigkeit** sowie das aktive **Wahlrecht bereits ab 16 Jahren** entsprechen dem gewachsenen Teilhabeanspruch.

Unser gesellschaftliches Selbstverständnis ist eines, das von Einwanderung und Vielfalt geprägt ist. Minderheitenrechte sind wesentlicher Bestandteil demokratischer Entscheidungsprozesse und die Repräsentanz unterschiedlicher Interessen ist Grundlage für politische Gerechtigkeit. Der **Integrationsprozess** und eine **inklusive Gesellschaft** verlangen allen viel ab. Desto mehr geht es darum, gemeinsam am gesellschaftlichen Zusammenhalt und Gemeinwesen zu arbeiten.

Eingewanderte Menschen haben viel zur wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung in Deutschland beigetragen. Sie haben diese Gesellschaft mit aufgebaut und geprägt, und auch in Zukunft wird Einwanderung selbstverständlich sein. Um das Bewusstsein für dieses Engagement zu schärfen, fordern wir in Deutschland **ein Einwanderungsmuseum**.

Auch die Geschichte der Eingewanderten prägt nun die deutsche Gegenwart. Deswegen ist eine **erweiterte Erinnerungskultur** wichtig. Sie sollte die unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Menschen berücksichtigen, die nach Deutschland eingewandert sind und hier leben. Das Bewusstsein für die Singularität der Verbrechen des Nationalsozialismus und die daraus folgende historische Verantwortung für das Morgen wachzuhalten, ist nach wie vor vordringliche Aufgabe deutscher Erinnerungskultur.

Wir treten dafür ein, dass unsere demokratischen Institutionen, Parlamente, Verwaltungen, Sicherheitsbehörden, Bildungseinrichtungen, aber auch die Medien, Kultureinrichtungen, Parteien, Verbände, Unternehmen und Gewerkschaften die vielfältige Gesellschaft spiegeln. Denn Mitsprache bedeutet, mit am Tisch zu sitzen, wenn die Dinge entschieden werden, oder die eigene Stimme in der Öffentlichkeit erheben zu können. **Strukturelle Ausschlüsse brauchen strukturelle Maßnahmen**, um ihnen zu begegnen, etwa durch Mentoringprogramme, anonymisierte Bewerbungen oder Bevorzungen bei gleicher Qualifikation.

Demokratie braucht Diskurs und Kompromiss

Es sind der gegenseitige Respekt und die Anerkennung der Rechte und der Freiheit des jeweils anderen, die in einer vielfältigen Gesellschaft die **Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen** erzeugen können. Und es sind die demokratische Begegnung und der demokratische Streit, die zu mehr Mitbestimmung führen. Die Akzeptanz der Menschenwürde, der unverletzlichen und unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte sowie eine gemeinsame Sprache sind hierbei unabdingbare Voraussetzungen für eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe aller.

Die Individualisierung unserer Gesellschaft und die Auflösung homogener Milieus ist – bei allen unbestrittenen Freiheitsgewinnen – auch eine Herausforderung für das demokratische Miteinander, weil Orte der Gemeinsamkeit und der Begegnung schwinden. Umso wichtiger sind **intakte öffentliche Räume**, von der Schule bis zur Nachbarschaft, vom Jugendzentrum bis zum Parlament, an denen die allgemeinen Angelegenheiten besprochen, erstritten und entschieden werden können. Gerade die **vielfältige und inklusive Gesellschaft** braucht diesen gemeinsamen öffentlichen Raum – und sie ist darauf angewiesen, dass alle die demokratischen Verfahren sowie die gemeinsam ausgehandelten Regeln und Gesetze respektieren und einhalten.

Das Durchsetzen eigener Interessen jenseits dieser Orte und Regeln kann keine Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in der vielfältigen Gesellschaft sein. Die Freiheit des Einzelnen hört da auf, wo die Freiheit anderer eingeschränkt wird. Die Grundlagen der demokratischen Debatte, des gesellschaftlichen Gesprächs, müssen klar vereinbart und, auch in den sozialen Netzwerken, gültig sein: **gegenseitiger Respekt** vor der Würde des anderen sowie die **Achtung von Grund- und Menschenrechten** und ein **gewaltfreier Diskurs**.

Die demokratische Gemeinsamkeit einer vielfältigen Gesellschaft steht gegen die Homogenität der Ideologie einer Volksgemeinschaft oder eines geschlossenen Kulturkreises. „**Gemeinsam in Vielfalt**“ führt zu einer Idee von Gemeinsamkeit und Solidarität, die gerade unterschiedliche Perspektiven und Interessen ernst nimmt, zu Kompromissfähigkeit sowie zu einem respektvollen Umgang mit Unterschieden, selbst dann, wenn man anderer Meinung ist. Es führt auch zur Erkenntnis, dass Parteienstreit etwas Gutes ist. Er sollte nicht reflex- oder ritualhaft sein, aber ohne die unterschiedlichen Positionen der Parteien gibt es keine demokratische Debatte.

Eine demokratische Gesellschaft ist zwingend eine feministische

Eine Gesellschaft der Vielfalt, die allen Menschen die gleichen Teilhaberechte gewährt und auf eine **pluralistische, gleichberechtigte Demokratie** setzt, braucht Feminismus. In einer Demokratie ist der Schutz der Menschenrechte Grundlage, die Realisierung der Frauenrechte Maßstab dafür. Eine Gesellschaft in geschlechtergerechter Teilhabe kann nur eine sein, welche die Rechte aller Frauen in ihrer Unterschiedlichkeit und unabhängig von Herkunft, Alter, Religion, Sexualität oder Klasse schützt und stärkt. Deshalb verfolgen wir einen Feminismus, der verschiedene Diskriminierungsformen in ihrer Verschränkung erkennt und bearbeitet.

Frauen können noch immer zu wenig über ihren Körper bestimmen. Der Schwangerschaftsabbruch ist nach wie vor im Strafgesetzbuch verankert. Aber es gilt: **My body my choice!** Frauen haben das Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung. In Städten und auf dem Land soll die Versorgung mit Hebammen und Kreißsälen gesichert sein. Es braucht zudem wohnortnahe Kliniken, die auch Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.

Jede dritte Frau wird einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder sexualisierter Gewalt. Wir wollen **Gewalt gegen Frauen und Mädchen beenden**: mit mehr Prävention, Bildung, Aufklärung und Schutz.

100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist der Frauenanteil in den Landtagen und im Bundestag rückläufig. Wenn Frauen weniger an demokratischen Debatten und Entscheidungen beteiligt sind, ist das nicht nur ungerecht, es führt auch zu anderen Ergebnissen. Damit Frauen an allen demokratischen Prozessen gleichberechtigt beteiligt sind, braucht es ein **Paritégesetz**. Voraussetzung hierfür sind Lebensbedingungen, die es allen ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.

Sexismus und Machogehabe engen Frauen ein im Job, in der Schule, in der Uni, vor Gericht, im Privatleben, in den Medien. Das nächste Jahrzehnt soll ein **Jahrzehnt des Feminismus** werden, damit Gleichberechtigung auf allen Ebenen Realität wird.

Inklusion: Vielfalt schließt alle ein

Wir streiten für eine vielfältige und inklusive Demokratie, in der alle Menschen ohne Angst in ihren Eigenarten und Lebensformen verschieden sein können und in der gleichwohl gemeinsam beraten und entschieden wird. **Antidiskriminierungspolitik** ist keine Nischenpolitik, sondern wahrt den im Grundgesetz festgeschriebenen Gleichheitsgrundsatz und damit den Kern der Demokratie. Voraussetzung dafür ist, dass Menschen, ohne sie darauf zu reduzieren, in ihren Identitäten anerkannt, repräsentiert und gesehen werden.

Gleichberechtigung für alle macht für uns eine Demokratie erst zu einer inklusiven und vollständigen. Deswegen ist es ein Angriff auf die Demokratie an sich, wenn Menschen wegen ihrer Identität oder einer Gruppenzugehörigkeit angegriffen werden: etwa, wenn einer Muslima das Kopftuch heruntergerissen wird. Dann dürfen sich nicht nur Muslim*innen schützend vor sie stellen. Ein brennendes Flüchtlingsheim ist ein Problem für die ganze Gesellschaft und nicht nur für Geflüchtete, und wenn ein Jude mit Kippa angegriffen wird, dann geht das nicht nur die jüdische Gemeinde etwas an, genauso wenig nur die queere Community, wenn LSBTIQ* Angst haben, sich offen auf der Straße als solche zu zeigen, oder nur Menschen mit Behinderung, wenn sie von der Gesellschaft behindert werden. In einer vielfältigen Demokratie muss Solidarität mit marginalisierten Gruppen aktiv eingefordert und gezielt gefördert werden.

Demokratie lebt von ihren Voraussetzungen

Für die demokratische Aushandlung vielfältiger Interessen in einer gleichberechtigten Gesellschaft braucht es off- wie online neue Fähigkeiten des Dialogs, der Anerkennung von Vielfalt, der Geduld für unterschiedliche Perspektiven, des Aushaltens von Meinungsverschiedenheiten und der fairen Interessenartikulation. All das muss gelernt werden, in politischer Bildung, in Schulen und Bildungseinrichtungen, durch Begegnungen und durch das Zusammenleben. In gleichberechtigten Gesellschaften geht es weniger um einen Wettbewerb der Meinungen als vielmehr um deren Austausch und das **gemeinsame Vorankommen durch den demokratischen Diskurs** und den fairen Kompromiss. Nur so können wir sichergehen, dass alle in ihrer Unterschiedlichkeit mitgenommen werden, und nur so dämmt man die Polarisierung der Gesellschaft ein.

Demokratie braucht eine **starke und lebendige Zivilgesellschaft**. Sie lebt von Menschen, die sich einmischen, sich für andere engagieren und unser Gemeinwesen mitgestalten – in Bürgerinitiativen und Parteien, in Vereinen, Feuerwehren und Kirchen, in NGOs, bei Demonstrationen und im Sportverein, in Communitys und Bewegungen. Solches Engagement ist der Kitt, der unsere vielfältige Gesellschaft zusammenhält, und es muss vom Staat mit Hilfe der Gemeinnützigkeit anerkannt werden.

Demokratie braucht die **freie Wissenschaft** genauso wie **freie Kunst und Kultur**. Für demokratisches Engagement und eine souveräne und selbstbestimmte demokratische Entscheidung ist die Möglichkeit zur unabhängigen Information von größter Wichtigkeit. Digitale Plattformen, die nicht von kommerziellen Interessen gesteuert sind, **unabhängiger Journalismus in freien Medien**, ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sowie solide Medienbildung von Kindesbeinen an sind der Impfschutz gegen demokratiefeindliche Kampagnen und Fake News.

Demokratie braucht **Zusammenhalt**. Nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, sondern auch in Bezug auf Bildung und kulturelle Teilhabe klappt die Gesellschaft immer stärker

auseinander. Besonders augenfällig wird die Polarisierung der Gesellschaft im Bereich des Wohnens: Wir erleben eine räumliche Segregation von Boomregionen auf der einen Seite und abgehängten Regionen, die mit Infrastrukturschwäche und Wegzug zu kämpfen haben, auf der anderen. Selbst innerhalb einer Stadt oder eines Ortes differenzieren sich die Wohnorte nach sozialem Status und Lebensstil, Räume der Begegnung zwischen ganz unterschiedlichen Menschen werden weniger. So schwindet das Verständnis füreinander, anstatt stärker zu werden. Gerade in der vielfältigen Gesellschaft ist jedoch die Fähigkeit zur Empathie und Solidarität, die Fähigkeit, auch die Perspektive der und des Anderen einzunehmen und ein Verständnis für die Unterschiedlichkeit der Menschen zu entwickeln, Voraussetzung für das demokratische und friedliche Zusammenleben.

Demokratie braucht ein **starkes Miteinander**. Deswegen wollen wir all die Orte fördern und schützen, an denen Kinder sind, sowie alle Formen von Familie und des Füreinander-da-Seins rechtlich absichern. In einer alternden und vielfältigen Gesellschaft wie der unseren ist es wichtig, dass gerade die Welten der wenigen Jungen und der vielen Alten nicht noch mehr auseinanderfallen. Kinderlärm gehört nicht ausgegrenzt, sondern mitten rein ins Leben. Deswegen brauchen wir jenseits von familiären Strukturen Räume der Begegnung, wo Gemeinschaft und gegenseitiges Verständnis wachsen können. Die Freiheits- und Beteiligungsrechte gerade alter Menschen, deren Lebenswelten sich inzwischen ebenso ausdifferenzieren wie die der jüngeren, müssen wir, auf die jeweiligen Bedürfnisse und Hintergründe abgestimmt, unterstützen.

Demokratie braucht eine **nach demokratischen Regeln organisierte Wirtschaft**. Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen zum Beispiel durch Gewerkschaften soll deshalb in allen Branchen gelten. Demokratie wird auch eingeschränkt, wenn ökonomisch Mächtige de facto mehr Einfluss auf politische Entscheidungen haben als Menschen ohne wirtschaftliche Macht. Deshalb brauchen wir klare Schranken für verdeckte, einseitige Einflussnahme wirtschaftlich machtvoller Interessen. Lobbyismus, der anderen Interessen politische Spielräume nimmt und so für unfaire Aushandlungsprozesse sorgt, muss durch vollständige Transparenz sichtbar werden.

Demokratie braucht öffentliche Räume und Institutionen

Demokratie braucht starke öffentliche Räume und Institutionen, um Sicherheit zu schaffen, Chancen zu eröffnen und Ungerechtigkeiten auszugleichen. Öffentliche Räume und Institutionen sorgen vor, um ein Auseinanderfallen der Gesellschaft zu verhindern. Sie zu stärken, ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Ein Gemeinwesen, das die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Städten und Gemeinden unseres Landes sichert, in dem Busse und Züge auch jenseits großer Städte fahren, in dem die Ärztin oder der Arzt kommt, die Schule im Dorf bleibt, Jugend- und Krankenhäuser, Theater und Orchester erhalten werden, Sportplätze und Schwimmbäder in einem guten Zustand sind, in dem nicht Menschen oder ganze Regionen abgehängt werden – all das ist in unserem Land leider keineswegs selbstverständlich. Daher glauben wir, dass der Bund hier stärker in die Verantwortung gehen sollte, und schlagen vor, eine **Gemeinschaftsaufgabe kommunale Daseinsvorsorge** im Grundgesetz zu verankern.

Das demokratische Miteinander zu üben und allen die gleichen Chancen für ein gelingendes selbstbestimmtes Leben zu garantieren – dafür braucht es gut ausgestattete Lern- und Lebensorte. Wir wollen dafür eine **gemeinsame Bildungsoffensive von Städten und Gemeinden**,

Ländern und Bund initiieren. Die großen Herausforderungen im Bildungsbereich, von der Inklusion über den Ausbau von guten Ganztagsangeboten bis zur Gestaltung des digitalen Wandels, können nicht mehr von einzelnen Akteur*innen auf getrennten föderalen Ebenen bewältigt werden. Deshalb setzen wir auf **einen modernen Bildungsföderalismus**. Mit einer gemeinsamen Idee, dem **Gebot von Kooperation** und mit mehr Geld wollen wir neue Lebenswege eröffnen. Denn gute Kitas und Ganztagschulen überall bringen mehr Wertschätzung für das schulische Personal, mehr Lernzeit für die Kinder und weniger Stress für die Eltern. Jede und jeder muss sich wahrgenommen, gefordert und unterstützt fühlen. Dann können sich alle hier zuhause fühlen – unabhängig davon, woher sie kommen.

Repräsentation ist die Grundform demokratischer Verfahren

Um den Willen der Bürger*innen einer vielfältigen Gesellschaft in demokratische Entscheidungen zu überführen, ist das Prinzip der Repräsentation angemessen und gerecht. Es ist die Grundlage demokratischer Machtausübung. Über Repräsentation und demokratisch geregelte Verfahren können sich die Meinungen, Interessen und Vorstellungen der Vielen zu Entscheidungen und Mehrheiten bündeln. Repräsentation in einer parlamentarischen Demokratie hat sich historisch bewährt und schafft **legitime Herrschaft der Menschen über sich selbst**. In ihren Repräsentant*innen begegnen die Bürger*innen einander.

Das **Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland** war ein Meilenstein der deutschen Geschichte. Es hat positive und negative Erfahrungen mit demokratischen Modellen in sich aufgenommen und einen grundrechtlichen Rahmen für die souveräne Macht der Bürger*innen über ihr eigenes Schicksal geschaffen.

Parlamente sind die zentralen Orte der Repräsentation und das Rückgrat unserer vielfältigen Demokratie. In den vergangenen Jahren wurden jedoch immer mehr Entscheidungen in Kommissionen ausgelagert. Gesetzesentwürfe kamen nicht aus der Mitte des Parlaments, sondern aus Ministerien, wo sie teilweise von Lobbyisten erarbeitet wurden. Wir wollen **starke Parlamente mit starken Abgeordneten**, die im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stehen und in denen Frauen angemessen repräsentiert sind. Parlamente müssen auf allen Ebenen sowohl rechtlich als auch organisatorisch gestärkt werden. Sie müssen ihre Rechte gegenüber der Regierungsgewalt durchsetzen und Regierungshandeln stärker kontrollieren können. Unabhängig von ihrer konkreten parteipolitischen Zusammensetzung müssen in den Parlamenten die **grundsätzliche Akzeptanz demokratischer Verfahren, gegenseitiger Respekt** vor der Würde des anderen sowie die **Achtung von Grund- und Menschenrechten** Richtschnur der Arbeit sein. Parlamente benötigen Regeln, um Abgeordnete, die im Parlament gegen diesen Grundkonsens und das parlamentarische System arbeiten, sanktionieren zu können. Eine wehrhafte Demokratie braucht wehrhafte und lebendige Parlamente. Das erfordert einen neuen Parlamentsgeist, wofür wir eine Menge von der europäischen Ebene lernen können. Dass aus der Mitte des Parlaments, fraktionsübergreifend oder auch von konkreten Fachausschüssen so gut wie keine eigenen Gesetzesänderungen, Änderungsanträge oder Initiativen kommen, sondern sich alles an den Fraktionen und vor allem der Regierungs- und Oppositionsstruktur abbildet, ist ein Armutszeugnis. Das wird in vielen anderen Parlamenten der Welt anders gelebt. Anregungen gerade auch der Opposition aufzugreifen ist keine Schwäche, sondern gehört zum Wesen einer lebendigen Demokratie und soll unsere neue Leitlinie sein.

Demokratie braucht Parteien. Doch sie müssen sich wandeln, um mit den Entwicklungen in der Gesellschaft Schritt halten zu können. Die Digitalisierung und neue Ansprüche an die

Möglichkeiten zur Mitarbeit – auch der punktuellen, zeitweisen und themenbezogenen – fordern die Parteien heraus. Deshalb braucht es **neue Beteiligungsmöglichkeiten** und eine **Öffnung der Parteien** in digitale Zeiten hinein. Das Parteiengesetz bietet dafür nur unzureichende Möglichkeiten. Wir möchten es reformieren, um die Parteien auch für die Zukunft fit zu machen und zu stärken. Daneben braucht es auch gesetzliche Einschränkungen etwa bei Parteispenden und Sponsoring, um illegitimen Einfluss auf innerparteiliche Entscheidungen zu verhindern.

Demokratie braucht Bürgerbeteiligung

Zusätzlich zur Stärkung der repräsentativen Demokratie sollten die Menschen jenseits von Wahlen mehr in die Entscheidungen auf allen Ebenen einbezogen werden. Gerade durch digitale Kommunikationswege sind Menschen heute nicht nur informierter, sondern jede*r Einzelne kann viel einfacher selbst zum/zur Akteur*in werden und hat zusätzliche Möglichkeiten zur Äußerung und Organisation eigener Interessen. Das erhöht auch den Anspruch der Menschen auf eigene Teilhabe. Diesen demokratischen Schatz wollen wir heben, die Zivilgesellschaft stärken und Menschen die Möglichkeit geben, sich für ihre Interessen einzusetzen. Gerade bestimmte Formen der Bürgerbeteiligung wie **geloste und repräsentative Bürgerforen oder Planungszellen** können hier ansetzen. Sie erhöhen nicht nur den Wissens- und Erfahrungsschatz, sondern auch die Repräsentativität von demokratischen Verfahren. Repräsentative und direkte Beteiligung können sich gut ergänzen und sich gegenseitig stärken. Es geht um mehr Bürgerbeteiligung bei gleichzeitiger Stärkung der Parlamente, nicht darum, das eine gegen das andere auszuspielen. Demokratische Politik sollte, wo immer möglich, nahe an den Bürger*innen und nahe an den Problemen gemacht werden. So können die Herausforderungen passgenauer angegangen und kann die Alltagswirklichkeit der Betroffenen besser berücksichtigt werden. Zudem können sich die Bürger*innen leichter politisch einbringen. Die Aufgaben und Zuständigkeiten sollten deshalb zwischen den politischen Ebenen – Kommunen, Länder, Bund, Europa – im Sinne der Subsidiarität verteilt werden. Wir denken **Politik von unten nach oben**.

Darüber hinaus wollen wir die bestehenden **direkt-demokratischen Möglichkeiten** auf kommunaler und Landesebene verbessern und solche Möglichkeiten auf Bundes- und europäischer Ebene einführen, bei garantiertem Minderheitenschutz. Bürgerforen mit gelosten Teilnehmer*innen können, beispielsweise bei Themen wie der Föderalismus- oder der Wahlrechtsreform, eine sinnvolle Ergänzung unserer demokratischen Strukturen darstellen.

Bessere Bürgerbeteiligung ist kein Bremsklotz, sondern kann zum Turbo auf dem Weg in die Zukunft werden. Grundprinzipien sind dabei immer Transparenz, Zugangsmöglichkeiten für alle und Ausgewogenheit in der Breite der Mitwirkung, eine frühe Beteiligung, Offenheit für Alternativen und ein Ernstnehmen auf Augenhöhe aller Beteiligten. Zugleich darf sie nicht dazu führen, dass sich gewählte Vertreter*innen ihrer Verantwortung entziehen oder sich vor unliebsamen Entscheidungen drücken.

Rechtsstaatliche Institutionen schaffen Vertrauen

Der Rechtsstaat ist der Garant für die Demokratie. Nur, wenn der oder die Einzelne sich sicher sein kann, dass es nach Recht und Gesetz zugeht, dass Grund- und Menschenrechte geachtet, geschützt und staatlich gewährleistet werden, wird er oder sie in das Funktionieren der Demokratie vertrauen. Dazu gehört, dass Gesetze in transparenter, nachvollziehbarer Weise

mehrheitlich beschlossen und konsequent umgesetzt werden. Denn selbst das demokratischste Gesetzgebungsverfahren wird untergraben, wenn es sich bei einem Gesetz nur um einen Papiertiger ohne konkrete Auswirkungen im Alltag handelt.

Demokratie und Rechtsstaat brauchen eine starke Grundlage. Unser Grundgesetz bietet sie. Aber das allein genügt nicht. Demokratie und Rechtsstaat müssen geschützt und verteidigt werden. Dazu ist grundsätzlich jede und jeder von uns aufgerufen. Wir brauchen eine lebendige demokratische Debatte über die Regeln, die für alle gelten, die dann auch für alle gelten und durchgesetzt werden müssen. Das hat auch Auswirkungen auf Justiz und Polizei als Akteur*innen im Aushandlungsprozess, etwa bei urbanen Konflikten. Die **Polizei**, als sichtbarer Arm des staatlichen Gewaltmonopols, ist in ganz besonderer Weise Hüterin und Verteidigerin von Rechtsstaat und Demokratie. Dass die Polizei sich an Recht und Gesetz hält, dass sie nicht korrupt, willkürlich, selbstgerecht oder diskriminierend handelt, ist für das Vertrauen in sie unabdingbar. Eine **unabhängige und gut ausgestattete Justiz**, die in der Lage ist, exekutive, behördliche oder legislative Maßnahmen effektiv zu prüfen und gegebenenfalls wirksam zu korrigieren, sowie verlässliche und transparente Behörden, die ihrer Arbeit diskriminierungsfrei nachgehen, tragen zu diesem Vertrauen in den Rechtsstaat ganz wesentlich bei. Doch zum Teil muss unsere öffentliche Verwaltung wieder in die Lage versetzt werden, die gemeinsamen Regeln auch umzusetzen und deren Einhaltung zu kontrollieren. Das ist nicht mehr immer der Fall, gerade aufgrund massiver Unterbesetzung. Wo sich der Staat von den Menschen abwendet, wenden die Menschen sich von der Politik ab. Entsprechend zielen wir darauf, die **öffentliche Verwaltung finanziell und strukturell zu stärken**.

Wenn Gesetze nicht mehr umgesetzt werden können – sei es von der Steuerverwaltung oder in der Justiz –, kostet das Milliarden und den Staat Vertrauen und Legitimation. Sparen auf Kosten des Rechtsstaates ist Gift für eine Demokratie. Öffentliche Verwaltung muss wieder auf Augenhöhe mit finanziell mächtigen Interessen in Konzernen und Banken agieren können. Derzeit trifft noch sehr oft eine analoge Verwaltung auf eine bereits digitale Welt. Für uns ist aber klar, dass die Herausforderungen der Zukunft nur zu bewältigen sind, wenn sich die Verwaltung selbst umfassend digitalisiert. Schon heute leidet die öffentliche Verwaltung unter massivem Fachkräftemangel. Dies lässt sich nicht ohne eine umfassende Automatisierung lösen.

Für eine vorsorgende Sicherheitspolitik

Auch wenn so manche Schlagzeilen ein anderes Bild beschreiben: **Deutschland war noch nie so sicher wie heute**. In der Tendenz nimmt die Kriminalität seit Jahren ab. Dafür sorgen auch Tag für Tag die vielen kompetenten und engagierten Mitarbeiter*innen der Sicherheitsbehörden. Doch trotz der insgesamt positiven Entwicklung sind viele Menschen verunsichert. Einige Frauen haben Angst, in der Dunkelheit durch die Stadt zu gehen, viele Menschen, die keine weiße Hautfarbe haben, werden von Neonazis bedroht, rechtsextremer Terror vernetzt sich global, die Gefahr islamistisch motivierter Anschläge ist unverändert groß. Die Schäden, die durch die Aktivitäten der organisierten Kriminalität verursacht werden, sind immens. Hinzu kommen neue Formen der Kriminalität – etwa Cyberkriminalität –, die die Menschen in ihrem Alltag treffen und die Sicherheitsbehörden vor immer wieder neue Herausforderungen stellen.

Tatsächlich ist unsere Sicherheitsarchitektur auf solche Veränderungen nicht optimal eingestellt. Inhaltlich ist eine Abkehr von der rein situativen, ereignisgeleiteten Innenpolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte notwendig. Allzu leichtfertig wurden in dieser Debatte wichtige Menschen-, Grund- und Bürgerrechte aufgrund von medialen Bildern oder gefühlten Wahrheiten

in Frage gestellt und teilweise sogar beschnitten. Der Rechtsstaat ist nicht der Streichposten der Sicherheitspolitik, sondern er ist ein zentrales Schutzgut, weil er unser Leben in der freiheitlichen Demokratie absichert gegen Chaos, Ohnmacht und Willkür. Als ein großes Sicherheitsrisiko haben wir die teilweise wildgewachsene Behördenstruktur bei Polizei und Nachrichtendiensten identifiziert. Hier gibt es gewaltige, noch aufzuarbeitende Defizite bei Aufbau, Personal, Ausstattung und Zusammenarbeit.

Unser Leitbild von der selbstbestimmten Bürger*in führt dazu, dass wir **nicht alle Menschen unter Generalverdacht stellen**. Massenüberwachung lehnen wir deswegen ab, stattdessen brauchen wir **faktenbasierte Kriminalpolitik**, die staatliche Ressourcen und Eingriffe gezielt einsetzt. Wir wollen einen Paradigmenwechsel hin zu einer auf wissenschaftlicher Analyse fußenden Sicherheits- und Kriminalpolitik, die mutig und entschlossen den **Umbau der Sicherheitsarchitektur** anpackt und Verantwortung koordiniert statt verneint. Und es braucht eine **Reform der föderalen Zusammenarbeit** von Sicherheitsbehörden genauso wie eine Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Terrorgefahr und verfassungsfeindliche Bestrebungen bedrohen, genauso wie Wirtschaft- oder Cyberkriminalität, nicht nur einzelne Bundesländer oder einzelne Mitgliedstaaten. Über den Weg von Verwaltungsvereinbarungen sollen einheitliche Standards geschaffen werden, so dass verstärkt gemeinsam ermittelt werden kann. Schwerkriminelle und potenzielle Terrorist*innen sollten sich die Grenzen der Bundesländer und Mitgliedstaaten nicht länger zunutze machen können. Im gemeinsamen Europa muss **Sicherheit europäisch definiert** werden. Das bedeutet, die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz grenzüberschreitend auszubauen im Sinne eines gemeinsamen europäischen Polizeiteams, eines Europäischen Kriminalamtes und wirklicher europäischer Staatsanwaltschaften.

Wenn Demokratie durch **Manipulation von außen** angegriffen wird, wie beispielsweise durch anonyme Großspender*innen von Social-Media-Kampagnen oder durch Hackerangriffe aus dem Kreml und andernorts, dann braucht eine wehrhafte Demokratie verbindliche internationale Regeln und rechtsstaatlichen Zugriff auf die Angreifer*innen.

Demokratie ist kein Geschenk, sondern eine Entscheidung

Demokratie lebt von den Demokrat*innen. Nur die Menschen, die sich für sie und in ihr engagieren, können die Demokratie am Leben erhalten. Denn in der Demokratie entscheiden die Menschen über die Umstände ihres Lebens und über die Regeln ihres Zusammenlebens selbst. In der Demokratie wird für die eigene Meinung, die eigene Haltung und das eigene Interesse gestritten, Menschen werden überzeugt oder überzeugen andere, und es gibt Raum für Kompromisse und das gemeinsame Vorankommen als Gesellschaft. In einer Demokratie ist der Schutz der Menschenrechte Ziel, politische Gleichheit Voraussetzung und Selbstbestimmung der oder des Einzelnen möglich. Die europäische Integration hebt die Demokratie unseres Landes auf eine neue Ebene. **Demokratie ist die politische Form, in der wir leben wollen. Demokratie ermöglicht ein Leben in Würde und Freiheit.**

DANKE!

*Dieser Bericht wird vom Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verantwortet. Im ersten Jahr der Grundsatzdebatte fanden intensive Diskussionen sowohl mit der Partei als auch mit vielen Bürger*innen und zahlreichen Organisationen der Zivilgesellschaft statt. Wir danken allen, die sich bisher mit Veranstaltungen, Impulsen, Ideen und Kritik an der Debatte beteiligt haben. Gefreut hat uns, dass über 1000 Grüne Mitglieder bisher Online über Beteiligungsgrün mitgemacht haben.*

Unser besonderer Dank gilt den Mitgliedern der sechs Impulsgruppen, die die Arbeit am Zwischenbericht mit vielen guten Ideen, aber auch mit kontroversen Debatten bereichert haben, sowie der Schreibgruppe, die den Bundesvorstand in der Erstellung dieses Berichts mit großer Kreativität und klugem Rat unterstützt hat.

Die Mitglieder der Impulsgruppe „Neue Fragen der Ökologie“:

*Ekkehard Darge
Regine Günther
Sigi Hagl
Johann-Georg Jaeger
Oliver Krischer
Jutta Paulus
Barbara Unmüßig*

Die Mitglieder der Impulsgruppe „Neue Fragen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik“:

*Felix Banaszak
Katharina Beck
Sven Giegold
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Monika Heinold
Udo Philipp*

Die Mitglieder der Impulsgruppe „Neue Fragen in der Digitalisierung“:

*Madeleine Henfling
Oliver Hildenbrand
Max Lucks
Konstantin von Notz
Yvonne Plaul
Antonia Schwarz
Malte Spitz
Till Steffen
Marina Weisband*

Die Mitglieder der Impulsgruppe „Neue Fragen in der Wissensgesellschaft und Bioethik“:

*Sandra Detzer
Katja Dörner
Katharina Fegebank
Priska Hinz
Katrín Langensiepen
Benedikt Mayer
Christian Meyer
Ellen Ueberschär*

Die Mitglieder der Impulsgruppe „Neue Fragen für Europa, die Außen-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik“:

*Agnieszka Brugger
Reinhard Bütikofer
Anna Gallina
Toni Hofreiter
Ska Keller
Erik Marquardt
Winfried Nachtwei
Sara Nanni
Omid Nouripour
Wolfgang Schmitt*

Die Mitglieder der Impulsgruppe „Neue Fragen in einer vielfältigen Gesellschaft“:

*Stefan Fassbinder
Katrín Göring-Eckardt
Werner Graf
Hasret Karacuban
Ricarda Lang
Manne Lucha
Claudia Roth
Anne Spiegel*

Die Mitglieder der Schreibgruppe:

*Denise Bentele
Tilo Berner
Melanie Haas
Britta Jacob
Doris Köster
Silke Krebs
Frederik Landshöft
Ralph Obermayer*

*Daniela Ortlauf
Stephan Schilling
Claudia Schlenker
Klaus Seipp
David Simon
Christine Spannagel
Till Westermayer*